



WIKI A...

Perspectivas Di...

- Rubén Figueroa [Movimiento Mesoamericano]
- Irazú Gómez [Red de Acompañamiento Integral]

17. Dezember 2020

19:00 Uhr (GMT+1)

Produktion al alemán / Español con subtítulos en alemán y español



[kolumbien2020.com/articulos/kolumbien2020.html](https://www.kolumbien2020.com/articulos/kolumbien2020.html)

Auswirkungen transnationaler Unternehmen auf Dorfgesellschaften und Umwelt in Mexiko
/ Impacto de empresas transnacionales en comunidades y medio ambiente en México

FREITAG, 27.11.20

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.

12:00 - 14:00 HRS (MEX)

Jahresbericht 2020

| | |
|------------|---|
| 7 | El Salvador: Länderbericht |
| 16 | Aktivitäten |
| 19 | Honduras: Länderbericht |
| 31 | Aktivitäten |
| 51 | Mexiko: Länderbericht |
| 61 | Aktivitäten |
| 77 | Kolumbien: Länderbericht |
| 88 | Aktivitäten |
| 95 | Nicaragua: Länderbericht |
| 106 | Aktivitäten |
| 109 | Perspectivas Diversas und Klimasolidarität |
| 113 | Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung |
| 117 | Kooperation & Vernetzung |
| 121 | Spenden und Förderung |

Editorial

Selbstverständlich war die Corona-Pandemie sowohl in unseren Partnerländern als auch im Ökumenischen Büro das zentrale Thema im Jahr 2020. Und natürlich waren die Menschen in Mexiko, Zentralamerika und Kolumbien, also in Ländern mit defizitären Gesundheitssystemen, viel stärker betroffen als wir in Europa. Besonders für die Ärmeren, die ihr Leben im informellen Sektor verdienen, war ein Selbstschutz zum Beispiel durch Zuhausebleiben unmöglich. Die Länder reagierten sehr unterschiedlich. Während die Regierung von Nicaragua relativ wenige Anstrengungen unternahm, das öffentliche Leben des Landes einzuschränken, wurde die Begrenzung der Bewegungsfreiheit der Menschen in El Salvador mit einer zum Teil massiven Militärpräsenz durchgesetzt. Was dieses verschiedene Vorgehen den Menschen gebracht hat, ist schwer zu beurteilen. Im Ökumenischen Büro hieß es vor allem, zusammen mit unseren Partnerorganisationen den Kontakt ohne direkten Austausch so lebendig wie bisher zu erhalten. Inwiefern uns der gemeinsame Aufbruch ins Virtuelle gelungen ist, das versuchen wir Ihnen/Euch, liebe Leser*innen(1), auf den folgenden Seiten zu zeigen.

El Salvador

Das Jahr 2020 war für El Salvador kein leichtes. Neben der Corona-Pandemie bereitet der immer offener zutage tretende Autoritarismus des Präsidenten Nayib Bukele Sorgen. Als Beispiel sind die Besetzung des Parlaments durch das Militär am 9. Februar sowie die Militarisierung des Landes zu nennen. Anstatt sich um den medizinischen Notstand zu kümmern, nutzte der Präsident internationale Hilfgelder und eine massive Neuverschuldung dazu, um seinen politischen Freunden lukrative Aufträge zukommen zu lassen und Werbung für seine Partei *Nuevas Ideas* zu finanzieren. Zwar waren die sozialen Bewegungen weiterhin an vielen Fronten aktiv und sie konnten auch zum Teil kleine Erfolge erzielen. Ob es der linken Partei sowie den anderen oppositionellen Parteien allerdings gelingt, bei den kommenden Parlaments- und Kommunalwahlen der Bewegung des Präsidenten etwas entgegenzusetzen, bleibt abzuwarten.

Honduras

Der Kollaps des ausgeplünderten Gesundheitswesens durch die COVID- und Dengue-Pandemie, eine Wasser- und eine Hungerkrise, die Folgen zweier verheerender Tropenstürme und ein autokratisches Regime, das sich auf das im Zeichen des Ausnahmezustandes weiter erstarkende Militär stützt – all das kennzeichnete Honduras im Vor-Wahljahr

2020. Während Korruptionsskandale boomten und einige neue Anklagen in den USA gegen hohe honduranische Funktionäre wegen Drogenhandels kurzfristig für Schlagzeilen sorgten, bezahlten die verarmte Bevölkerung und widerständige soziale Bewegungen erneut einen hohen Preis.

Kolumbien

Trotz Fortschritten bei der Arbeit der eigens für den Friedensprozess eingerichteten Übergangsjustiz, stiegen die Gewalt und die Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien weiter an. Das Land erlebte eine erneute Eskalation der Konflikte, wie sie zuletzt in den 80er und 90er Jahren zu beobachten gewesen war. Der Mangel an politischem Willen der Regierung, Korruption und der Krieg um Ressourcen ließen nicht zu, dass der Frieden seinen Raum fand. Die Natur und die Umwelt wurden ebenfalls stark belastet. Zusätzlich erschwerte die Pandemie die Lage erheblich und machte die Ungleichheiten im Land noch sichtbarer.

Mexiko

Dass die Regierung Andrés Manuel López Obrador (AMLO) anerkannt hat, dass in Mexiko Menschenrechte in extremen Maßen verletzt wurden und werden, ist ein wichtiger politischer Schritt. Aber praktisch hat sich dadurch kaum etwas gebessert. Menschenrechtsorganisationen beklagen weiter die vielen Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen, die unverminderte Gewalt gegen Frauen und dass auch 2020 wieder Journalist*innen ermordet wurden. Die prekäre Situation der Menschenrechte zeigte sich deutlich an der Situation der Migrant*innen aus Zentralamerika. Mit der Corona-Pandemie wurde ihr gefährlicher Weg durch Mexiko in die USA noch schwieriger als in den Jahren zuvor.

Nicaragua

Zwei Themen beherrschten das Jahr 2020 in Nicaragua: die Folgen der Pandemie COVID-19 und der beiden Hurrikane ETA und IOTA sowie die Wahlen im November 2021. Die Regierung bereitete sich auf diese Wahlen vor, indem sie die seit den Protesten im Jahr 2018 ausgeübte Repression weiter verstärkte. Mit einer Reihe neuer Gesetze hofft sie, Kritik endgültig zum Verstummen zu bringen. Die politische Opposition setzt darauf, dass internationaler Druck die Regierung zu Wahlreformen zwingen wird, und hofft, dann mit einer nationalen Koalition die Regierung Ortega-Murillo besiegen zu können. Bisher sieht es aber so aus, als ob eine Vereinigung der oppositionellen Kräfte kläglich scheitern wird.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros

Wie schon gesagt, Corona wurde auch für uns zur Herausforderung. Die Hauptamtlichen mussten sich an Home-Office gewöhnen, und wir alle daran, dass Kontakte nur noch virtuell möglich waren. Veranstaltungen, Seminare und Rundreisen konnten fast nur noch online stattfinden. In den Kapiteln zu unseren Partnerländern wird auf die einzelnen Veranstaltungen eingegangen. Besonders wollen wir unsere Leser*innen auf unsere Veranstaltungsreihe *Perspectivas Diversas* hinweisen. Es geht dort um Themen wie Klimakrise und Klimasolidarität, Extrakтивismus, Menschenrechte, Diversität und „imperiale Lebensweise“. Wir möchten mit dieser Reihe dazu anregen, verschiedene Perspektiven kennenzulernen und über unterschiedliche Vorstellungen von einem „Guten Leben“ für alle – und die möglichen Wege dorthin – zu diskutieren.

Eine weitere Herausforderung in diesem besonderen Jahr war für uns der Wechsel der Hauptamtlichen auf der Mexikostelle. So sehr wir bedauern, dass uns Cristina Valdivia verlassen hat, so sehr freuen wir uns, Patricia Rendón inzwischen in unserer – virtuellen – Mitte zu haben. Bisher ist der Wechsel trotz Corona gut gelungen und wir freuen uns über die Impulse, mit denen Patricia die Arbeit des Büros schon bereichern konnte. Wir bedanken uns ganz herzlich bei Cristina für die Jahre, die wir mit ihr zusammen arbeiten durften und freuen uns, dass ihr neues Wirkungsfeld es ihr erlaubt, dass wir in Verbindung bleiben.

Dank gebührt noch vielen weiteren. An erster Stelle danken wir allen anderen Hauptamtlichen ganz herzlich für ihren unermüdlichen Einsatz. Das gilt auch für all diejenigen, die auf unterschiedlichste Art zum Gelingen unserer Arbeit beigetragen haben: die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen, die Kooperationspartner*innen sowie unsere treuen und neuen Spender*innen. Ihrer selbstverständlichen Solidarität, mit der sie in dem außergewöhnlichen Jahr 2020 dazu beigetragen haben, Notlagen in unseren Partnerländern zu mildern, ist in dieser Broschüre ein eigenes Kapitel gewidmet.

Und schließlich möchten wir den Organisationen, die unsere Arbeit im Jahr 2020 finanziell unterstützt haben, unseren Dank aussprechen. Dies waren (in alphabetischer Reihenfolge): Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Engagement Global, Jesuitenmission, Katholischer Fonds, Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Misereor, Missionszentrale der Franziskaner, Netzwerk München, Referat für Kli-

ma- und Umweltschutz der Landeshauptstadt München. Zusätzlich haben uns noch folgende Organisationen bei der Durchführung einzelner Projekte unterstützt: Dachverband der Kritischen Aktionäre, Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen, Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland, Pax Christi, Rosa Luxemburg Stiftung, Zapapress.

Allen, denen wir zu Dank verpflichtet sind und denen, die sich uns freundschaftlich verbunden fühlen, wünschen wir weiterhin ein erfolgreiches Jahr 2021.



Die Hauptamtlichen Mitarbeiter*innen bei einer Teambesprechung. Immerhin: Man sieht und hört sich

- (1) Leser*innen: Der in diesem Jahresbericht verwendete * ist ein Mittel der sprachlichen Darstellung aller Geschlechter und Geschlechtsidentitäten, einschließlich jener abseits der gesellschaftlich vorherrschenden Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit.

Länderbericht

Das Jahr 2020 war für El Salvador kein leichtes. Neben der Corona-Pandemie bereitet der immer offener zutage tretende Autoritarismus des Präsidenten Nayib Bukele Sorgen. Zwar sind die sozialen Bewegungen weiterhin an vielen Fronten aktiv und konnten auch zum Teil kleine Erfolge erzielen. Ob es der linken Partei sowie den anderen oppositionellen Parteien allerdings gelingt, bei den kommenden Parlaments- und Kommunalwahlen der Bewegung des Präsidenten etwas entgegenzusetzen, bleibt abzuwarten.



Auf Befehl des Präsidenten besetzen am 9. Februar Soldaten das Parlament in San Salvador

Besetzung des Parlaments durch das Militär

Das Jahr begann gleich Anfang Februar mit einem autoritären Paukenschlag des 2019 an die Macht gekommenen Präsidenten Nayib Bukele. Auf dessen Befehl hin besetzten dutzende Soldat*innen am Sonntag, den 9. Februar, das Parlamentsgebäude der Hauptstadt El Salvadors. Hintergrund war ein Streit um die Genehmigung von 109 Millionen US-Dollar zur Finanzierung der Sicherheitspolitik. Im Haushalt 2020 war zu diesem Zeitpunkt bereits eine dramatische Steigerung der Ausgaben für die innere Sicherheit vorgesehen. Die Abgeordneten waren jedoch nicht bereit, dem Präsidenten, der über keine eigene Mehrheit im Parlament verfügt, zusätzliche Mittel für den Kauf von Schutzwesten, Drohnen und Hubschraubern zur Verfügung zu stellen. Neben dem Militäreinsatz kam es zu nächtlichen Drohbesuchen der Polizei bei Oppositionspolitiker*innen. Anweisungen gingen auch an die Anhänger*innen Bukeles und

Staatsbedienstete. Rund 5000 Personen kamen daraufhin vor dem Parlament zusammen, um für die Vorhaben des Präsidenten zu demonstrieren. Ziel der Aktion war es, Druck auf die Parlamentarier*innen auszuüben, damit diese doch noch der Erhöhung des Verteidigungsetats zustimmen würden.⁽¹⁾

Der Vorfall führte zu scharfer Kritik aus dem In- und Ausland und beschäftigte auch die salvadorianische Justiz. So entschied die Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs, eine Klage gegen die außerordentliche Einberufung des Parlaments zuzulassen, und erkannte damit die Verfassungswidrigkeit dieses Vorfalls an. Außerdem erließ die Kammer einen Beschluss, der es dem Präsidenten für die Zukunft untersagt, das Militär für „verfassungswidrige Zwecke“ einzusetzen.⁽²⁾

Die Generalstaatsanwaltschaft erkannte in der Besetzung des Parlaments einen „Exzess“ sowie eine „Militarisierung“⁽³⁾. Allerdings wurde bislang niemand für die Ereignisse des 9. Februar zur Rechenschaft gezogen.

Die Folgen der Corona Pandemie

Wie sonst auf der Welt auch, wurde das politische und gesellschaftliche Leben stark durch die Situation rund um die weltweite Corona Pandemie beeinflusst. Die Weltgesundheitsorganisation WHO registrierte für El Salvador bis zum 3. Januar 2021 48.905 bestätigte COVID-19 Fälle sowie 1.437 Tote durch das Virus.⁽⁴⁾ Demnach hätten laut offiziellen Zahlen rund 0,75 Prozent der Bevölkerung bisher eine Infektion durchgemacht. Über die Dunkelziffer und das tatsächliche Ausmaß der Verbreitung des Virus lässt sich freilich nur spekulieren.

Die Regierung El Salvadors reagierte auf die Pandemie Mitte März mit der Verhängung des Ausnahmezustands. Durch diesen wurde die Bewegungsfreiheit der Bürger*innen bis auf wenige Ausnahmen massiv eingeschränkt. In einigen Städten wurden zudem totale Ausgangssperren erlassen. Durchgesetzt wurden diese Maßnahmen mit einer massiven Militärpräsenz im ganzen Land.

Am Beispiel El Salvador zeigt sich jedoch, dass Strategien, wie sie in den reichen Industrienationen zur Eindämmung der Pandemie umgesetzt wurden, nicht als Modell für Zentralamerika dienen können. In einer Ökonomie, in der die Menschen zu großen Teilen von der Subsistenzwirtschaft und den täglichen Einnahmen aus informeller Arbeit abhängen, ist das Motto „quedate en casa“ (bleib zu Hause) schlicht nicht umsetzbar. Besonders dramatische Auswirkungen hat dies für die Menschen der unteren Klassen der Bevölkerung, die sich entscheiden



Gründe wieso Menschen verhaftet wurden.

müssen zu hungern oder das Risiko in Kauf zu nehmen, verhaftet zu werden. Dabei reichte es, auf dem Markt einkaufen zu gehen oder einer kranken Verwandten in der Nachbarschaft Essen zu bringen, um für mehrere Wochen zwangsweise in einem Quarantänelager untergebracht zu werden.⁽⁵⁾ Laut Amnesty International betraf dies allein in der Zeit zwischen Mitte März und Mitte Mai 2.424 Personen. Die Hygienemöglichkeiten in diesen Zentren waren jedoch in keiner Weise angemessen, um eine Infektion mit Covid-19 zu verhindern, sollte eine der Personen tatsächlich infiziert sein.⁽⁶⁾

Neben der Kritik von Menschenrechtsorganisationen verpflichtete der Oberste Gerichtshof El Salvadors die Regierung, trotz der Notlage, zur Wahrung der Grund- und Menschenrechte. Präsident Bukele erklärte jedoch, er werde sich nicht an die Anordnung der Verfassungskammer halten: „Fünf Personen werden nicht den Tod von hunderttausenden Salvadorianern beschließen. Egal, wie viel Tinte und Siegel sie haben.“⁽⁷⁾ Desaströse Folgen hatte diese Politik auch für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. So beklagten soziale Organisationen, dass 37 Prozent der Bevölkerung die gesundheitliche Erstversorgung verweigert wurde. Dies betraf auch schwangere Frauen sowie chronisch Kranke.⁽⁸⁾ Die bekannte Umweltaktivistin Margarita Posada verstarb in einem Krankenhaus, weil kein Krankenhaus sie aufnehmen wollte⁽⁹⁾

Um die Auswirkungen dieser repressiven Maßnahmen abzumildern, versprach Bukele bedürftigen Familien die Auszahlung eines Bonus von 300 Dollar. Allerdings erfolgte die Ausgabe dieser Gelder chaotisch und intransparent. So bildeten sich inmitten der Pandemie Warteschlangen und Menschaufläufe vor den Ausgabestellen. Gleichzeitig ist auch voll-

Denn neben den beschriebenen Maßnahmen wurde bekannt, dass im Zuge der Pandemie millionenschwere Aufträge für den Kauf von Schutzausrüstung und medizinischen Geräten an Unternehmen von engsten politischen Freund*innen des Präsidenten zugeschoben wurden. Zum Teil erwarben diese dann minderwertiges bis unbrauchbares Material. Mitte November standen zwei Drittel der im Zuge der Pandemie vergebenen Aufträge im Verdacht illegaler Geschäfte.⁽¹²⁾

Finanziert wurden diese Maßnahmen zum Teil durch die Hilfen internationaler Geldgeber, aber auch durch eine massive Neuverschuldung des Staates in Höhe von 2 Milliarden Dollar.⁽¹³⁾

Militarisierung auch über Corona hinaus

Dass es sich bei all den beschriebenen „Problemen“ im Kampf gegen Corona um etwas anderes handelt als um einen gut gemeinten Versuch, auf einen gesundheitlichen Notstand zu reagieren, zeigt die Situation im Departement Chalatenango. Wie sonst im Land nahm auch dort im Zuge des Ausnahmezustands die Militärpräsenz stark zu. Allerdings blieben die Soldat*innen, im Gegensatz zum Rest des Landes, auch nach Beendigung des Lockdowns weiter in den Gemeinden stationiert.

Problematisch ist, dass durch die Militarisierung auch der kleine Grenzverkehr zu Honduras unterbrochen ist. Dieser ist ein wichtiger Bestandteil des Lebens der in der Region lebenden Bevölkerung. Viele Menschen arbeiten jenseits der Grenze, haben dort Eigentum oder Familie. Die Militärpräsenz beeinträchtigt den Grenzverkehr, weil die Armee keinen Transit in das Gebiet erlaubt. Staatsangehörige aus El Salvador, die in Honduras wohnen, erhalten keine medizinische Versorgung oder sind von ihren Familien getrennt. Auch wurden Schulen und Gemeindehäuser geschlossen und von Soldat*innen besetzt.⁽¹⁴⁾

Begleitet wurden diese Maßnahmen von einer medialen Kampagne zur Diskreditierung der Bevölkerung der Region. Diese unterstützt mehrheitlich die linke Oppositionspartei FMLN. So wurden mehrere Bürgermeister*innen, ohne das Vorliegen irgendwelcher Beweise oder Indizien, als Drogenhändler*innen und Terrorist*innen bezeichnet. Gleichzeitig beklagt Rosa Lilian López von der Vereinigung der Gemeinden zur Entwicklung von Chalatenango (CCR) gegenüber dem Öku-Büro, dass den von der FMLN regierten Landkreisen zustehende Finanzmittel nicht ausgezahlt würden. In der Folge konnten weder Projekte noch die Gehälter der Angestellten bezahlt werden. Laut Informationen des *faro* handelt es sich dabei um 75 Millionen Dollar der Interamerikanischen Entwicklungsbank sowie um 165 Millionen Dollar

aus dem Topf für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (Fodes).⁽¹⁵⁾

All diese Maßnahmen lassen sich nur schwerlich mit einem gesundheitlichen Notstand rechtfertigen. Stattdessen geht es vermutlich darum, vor den kommenden Wahlen der Gemeinderäte sowie des Parlaments Ende Februar 2021 die Politik der FMLN als unfähig darzustellen, um ihr damit Wählerstimmen zu entziehen.⁽¹⁶⁾

Politik ohne Plan und Konzept

Leider ist ein solch problematisches Politikverständnis auch in vielen weiteren Politikfeldern zu beobachten. In diesem Zusammenhang beschreibt Saul Baños (FESPAD) den Ansatz der Administration Bukele als Politik ohne Plan und Konzept. Dabei scheinen sämtliche Themen, die durch die sozialen Bewegungen in den vergangenen Jahren mühevoll in die politische Arena getragen wurden, keine Rolle mehr zu spielen. Wasser, Landwirtschaftsgifte, Mindestlohn, sozialer Wohnungsbau, Gesundheit, Bildung und Klimaschutz stehen nicht auf der Agenda der Regierung. Anstatt sich für das Thema Ernährungssouveränität einzusetzen und weiterhin den lokalen Kleinbäuer*innen garantierte Mindestmengen abzunehmen, setzt Nayib Bukele auf Lebensmitteleinkäufe aus dem Ausland. Nach wie vor akut bleibt das Problem der geringen Steuereinnahmen und damit der Unterfinanzierung des Staatshaushalts.

Fortschritte sieht Baños lediglich beim Straßenbau, dem Ausbau der Infrastruktur für den Handel oder bei Bauprojekten der Privatwirtschaft, also bei Projekten, die Umwelt und Schutzgebiete sowie die Territorien indigener Gemeinschaften gefährden.

Die Zeche für diesen Politikansatz zahlt wie so oft die breite Bevölkerung. Während Bukele von einem angeblichen Wirtschaftswachstum von 5 Prozent fantasiert, berichtet Baños, dass Ende 2020 die Hälfte der Menschen des Landes in Armut leben werden. Im Vergleich zu 2019 bedeutet dies eine Zunahme von 11 Prozent, was einem Armutsniveau vergleichbar dem vor 20 Jahren entspricht.

Autoritarismus

Neben dieser Entwicklung bereitet der zunehmende Autoritarismus der Regierung große Sorgen. Bereits erwähnt wurden die Probleme der Militarisierung. Parallel dazu lässt sich das konsequente Ignorieren der verfassungsmäßigen Institutionen des Landes beobachten. Sicherlich ist es so, dass das interne System der *checks and balances* in El Salvador nie perfekt war, und immer noch durch zum Teil historisch gewachsene Machtstrukturen politisiert war und ist. Trotz aller Widrigkeiten respek-



Dem Anwalt David Morales von der Menschenrechtsorganisation CRISTOSAL wird der Zugang zu den Militärarchiven verweigert.

tierten die linke Vorgängerregierung FMLN sowie deren Widersacher in der rechten Partei ARENA die aus den Friedensverträgen hervorgegangene Ordnung als Minimalkonsens eines zivilen Miteinanders. Im Gegensatz dazu setzte sich der neue Präsident mehrmals über die Beschlüsse des Obersten Gerichts hinweg. Damit stellt sich Bukele nicht nur gegen den bereits erwähnten Minimalkonsens der salvadorianischen Gesellschaft, sondern hebt gleichzeitig das Prinzip der Gewaltenteilung sowie der Rechtsstaatlichkeit aus. Die Tatsache, dass Bukele die Möglichkeiten des Internets und der sozialen Medien nutzt, um seine Botschaften zu verbreiten, bedeutet nicht, dass ihm transparentes Regierungshandeln wichtig ist. Eher im Gegenteil.

Denn während die Vorgängerregierung das Recht auf Zugang zu Informationen über staatliches Handeln stark verbessert hatte, werden Anfragen an das *Institut für den Zugang zu öffentlichen Informationen (IAIP)* zunehmend abgelehnt.⁽¹⁷⁾

Als sehr ernüchterndes Beispiel ist in diesem Zusammenhang die Weigerung des Verteidigungsministeriums zu nennen, der Justiz Zugang zu den Militärarchiven zu gewähren. So hatte 2019 der Beginn des Prozesses gegen die Verantwortlichen für das Massaker von El Mozote, bei dem mehr als 1000 Menschen von der Armee ermordet wurden, die zarte Hoffnung auf eine Aufklärung der Verbrechen des Bürgerkriegs geweckt. Als der Menschenrechtsanwalt David Morales (CRISTOSAL),



Proteste und Repression in Cusinahat

jedoch Einsicht in die Militärarchive nehmen wollte, wurde ihm trotz richterlicher Erlaubnis der Zugang zu den Archiven mehrmals verweigert. Am 24. September gestand der Präsident dann in einer landesweit übertragenen TV- und Radiosendung ein, dass es seine Entscheidung gewesen sei, keine gerichtliche Überprüfung der Akten zuzulassen.⁽¹⁸⁾

Aktivitäten der sozialen Bewegungen

Was dennoch nicht vergessen werden sollte, ist die Tatsache, dass trotz der zeitweisen Lähmung der sozialen Bewegungen sich die Menschen weiterhin an unterschiedlichen Fronten gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Ungerechtigkeiten zur Wehr setzen. Zu nennen ist der Kampf der *Asamblea Popular de Cuisnahuat* für den Erhalt des historischen Parks für die dort lebende Bevölkerung. Dieser sollte für den Bau eines geplanten Einkaufszentrums zerstört werden.^{(19) (20)}

Weiterhin gibt es engagierte Gruppen, die sich auf politischem und juristischem Weg dafür einsetzen, Frauen zu unterstützen, die wegen eines Schwangerschaftsabbruchs oder einer Fehlgeburt im Gefängnis sitzen. Auch wenn ein politischer Durchbruch in dieser Frage derzeit nicht zu erwarten ist, gelingt es immer wieder, einzelne zu Unrecht inhaftierte Frauen auf juristischem Weg aus der Haft zu befreien.⁽²¹⁾ Auch ist es gelungen, den Bau eines Wasserkraftwerkes am Rio Sensunapán zumindest vorläufig zu stoppen.⁽²²⁾ In Soyapango besetzen 113 Arbeiterfrauen die Fabrik Industrias Florenzi, in der 35 Jahre lang Hygienartikel und Designerkleidung hergestellt worden waren. Sie fordern die Bezahlung ihrer Löhne, die die Eigentümer*innen nach der Schließung der Maquila am 8. Juli nicht bezahlen wollten. Hintergrund ist die Zahlungsunfähigkeit der Firma, die durch die Betriebschließung aufgrund des im März verhängten Ausnahmezustandes in-

solvent wurde.⁽²³⁾ Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, traten die Aktivist*innen kurz nach Jahreswechsel in einen unbefristeten Hungerstreik.

Ausblick

Entscheidend für die politischen und gesellschaftlichen Perspektiven des Landes werden jedoch die Wahlen für das Parlament und für die Landkreise am 28. Februar 2021 sein.

So ist Bukele bislang im Grunde genommen ein schwacher Präsident, der weder auf eine Mehrheit im Parlament setzen kann, noch bislang in der Lage war, die Justiz des Landes zu kontrollieren. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass die Popularität Bukeles zwar abnimmt, aber immer noch hoch ist. Dies erreicht er durch einen Regierungsstil, den Saul Baños als *populismo punitivo* (bestrafender Populismus) bezeichnet. So verfügt der Präsident über eine eigene digitale Zeitung, Fernseh- und Radiosender und einen sehr aktiven Twitter-Kanal. Für diese Art der Eigenwerbung gibt er pro Jahr 23 Millionen Dollar aus. Das über diese Kanäle vermittelte Bild einer nicht existierenden Realität führt immer noch dazu, dass eine bedeutende Anzahl der Menschen glaubt, die Dinge im Land würden sich zum Besseren ändern. Parallel dazu müssen kritische Stimmen damit rechnen, bedroht und diskreditiert zu werden.

Im Jahr 2020 war das politische Handeln Bukeles darauf ausgerichtet, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, am 28. Februar 2021 für seine Partei Nuevas Ideas (NI) möglichst viele Parlamentssitze zu gewinnen. Sollte dies gelingen, was nicht ausgeschlossen ist, hätte er freie Hand, Gesetze nach Belieben zu ändern. Im Jahr 2024 ist es dann an der Zeit, die Posten des Obersten Gerichtshofes, des Rechnungshofes, der Generalstaatsanwaltschaft und des Menschenrechtsombudsmanns neu zu besetzen. Sollte Bukele dann seine Mehrheit bis ins Jahr 2024 halten können, würde er damit die totale Kontrolle über die Institutionen des Landes erlangen.

Insofern sei laut Baños das Ziel der übrigen Parteien, dieses Szenario zu verhindern, um nach den Wahlen im Februar eine starke parlamentarische Opposition bilden zu können. Wichtig wäre aber auch eine stärkere und organisierte Reaktion der Bevölkerung, die laut des Experten von FESPAD langsam zu erkennen ist, es aber wohl noch dauern wird, bis genug Menschen ihre Angst ablegen und bereit sind, sich gegen den Autoritarismus der Regierung zur Wehr zu setzen.

Aktivitäten zu El Salvador:

11. Februar: Beitrag auf amerika21: Präsident von El Salvador lässt Parlament durch Militär und Polizei besetze

Am 9. Februar wurde das Parlament El Salvadors von Soldaten besetzt. In einem Beitrag auf dem Nachrichtenportal amerika21 berichteten wir über die Hintergründe.⁽²⁴⁾

23. Juni, Online-Veranstaltung: Die Corona-Krise in El Salvador und die Auswirkungen auf die salvadorianische Umweltbewegung und die Zivilgesellschaft mit Zulma Larin

Auf der Veranstaltung berichtete Zulma Larin vom Kommunitären Umweltnetzwerk El Savadors (RACDES) über die aktuelle Situation in El Salvador und die sich auch dort ausbreitende Corona-Pandemie. Dabei wurde deutlich, dass die Maßnahmen der Regierung Bukele gegen die Ausbreitung des Corona-Virus nicht an die Realitäten der Bevölkerung des Landes angepasst waren und sind. Kritisiert wurde unter anderem, dass Corona dafür genutzt wurde, eine massive Militarisierung des Landes durchzuführen. Darüber hinaus stellte der verhängte Lockdown durch die massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit die Lebensgrundlage der Familien infrage. Denn sie verfügen meist nicht über Ersparnisse und sind zum Überleben auf ihre tägliche Arbeit angewiesen. Sorge bereitete der Referentin ebenfalls die massive Zunahme der Neuverschuldung, die das Land in Zukunft wieder unter die Kontrolle der Banken und internationalen Finanzinstitute bringen könnte. Im Allgemeinen erschwert die Situation rund um die Pandemie die Arbeit der Umweltbewegung und der Zivilgesellschaft. Grund dafür sind zum einen die eingeschränkte Bewegungsfreiheit sowie die Zunahme der Repression durch die massive Militärpräsenz. Die Veranstaltung erfolgte in Kooperation mit dem Netzwerk Entwicklungspolitik Saarland (NES).⁽²⁵⁾

August bis Oktober: Unterstützung des Kampfes gegen die Zerstörung des Parks von Cuisnahuat

In Cuisnahuat (Departamento Sonsonate) wehren sich die Bewohner*innen gegen die Zerstörung ihres historischen Parks. Dieser sollte für den Bau eines Einkaufszentrums zerstört werden. Ende August verschärfte sich der Konflikt, als die Protestierenden gewaltsam durch Spezialkräfte der Polizei geräumt wurden. Das Öku-Büro unterstützte den Kampf der Asamblea Popular von Cuisnahuat durch eine Solidaritätserklärung sowie im Rahmen unserer Informationsarbeit durch Beiträge auf unserer Webseite und auf [amerika21](https://amerika21.de).⁽²⁶⁾ Auf Anfrage unserer Partnerorganisation RACDES leisteten wir ebenfalls einen kleinen finanziellen Beitrag zur Unterstützung.

Die Zerstörung des Parks von Cuisnahuat ist derzeit durch den Beschluss einer Umweltrichterin gestoppt worden. Die Asamblea Popular von Cuisnahuat nutzt die Zeit, um weiter an der Bewusstseinsbildung und Aufklärung der Bevölkerung zum Erhalt des Parks zu arbeiten.

10. Dezember, Onlineveranstaltung: Militarisierung in El Salvador und deren Auswirkungen auf die Arbeit von Basisorganisationen, mit Rosa Lilian López

Ende Oktober protestierte die Bevölkerung im Departement Chalatenango gegen die massive Militärpräsenz (siehe Länderbericht El Salvador) in ihren Gemeinden. Um mehr über die Situation und die Probleme rund um das Problem der Militarisierung zu erfahren und hierzulande bekannt zu machen, organisierten wir eine Online-Veranstaltung mit Rosa Lilian López von der Vereinigung der Gemeinden zur Entwicklung von Chalatenango (CCR). Siehe dazu auch das Interview auf unserer Website.⁽²⁷⁾

- (1) <https://amerika21.de/2020/02/237297/el-salvador-attentat-auf-demokratie>
- (2) <https://amerika21.de/2020/02/237402/el-salvador-gerichtshof-gegen-praesident>
- (3) https://elfaro.net/es/202008/el_salvador/24748/Fiscal-Melara-no-ve-delito-en-la-toma-de-la-Asamblea-con-el-Ej%C3%A9rcito-el-9F.htm
- (4) (<https://covid19.who.int/region/amro/country/sv>, gesehen am 10. Januar 2021)
- (5) <https://arpas.org.sv/2020/04/cronicas-de-cuarentena-parte-1-ser-detenido-en-un-barrio-pobre/>
- (6) <https://amerika21.de/2020/05/240117/corona-el-salvador-hunger-repression>
- (7) <https://amerika21.de/2020/04/239373/el-salvador-autokratie-und-chaos>

- (8) <https://arpas.org.sv/2020/12/denuncian-pesima-gestion-de-pandemia-corrupcion-e-improvisacion-del-goes-en-el-2020/>
- (9) <https://diario.elmundo.sv/fallece-margarita-posada-reconocida-defensora-de-derechos-humanos/>
- (10) <https://www.cafe-la-cortadora.org/index/el-salvador/solidaritaet/>
- (11) https://elfaro.net/es/202009/el_salvador/24781/Gobierno-de-Bukele-lleva-un-a-%C3%B1o-negociando-con-la-MS-13-reducci%C3%B3n-de-homicidios-y-apoyo-electoral.htm
- (12) https://elfaro.net/es/202011/el_salvador/24995/668--de-las-compras-de-insumos-m%C3%A9dicos-bajo-investigaci%C3%B3n-por-negociaciones-il%C3%ADcitas.htm
- (13) [https://elfaro.net/es/202003/el_salvador/24197/\\$2000-millones-de-deuda-y-un-comit%C3%A9-de-once-personas-para-enfrentar-el-coronavirus.htm](https://elfaro.net/es/202003/el_salvador/24197/$2000-millones-de-deuda-y-un-comit%C3%A9-de-once-personas-para-enfrentar-el-coronavirus.htm)
- (14) <https://amerika21.de/2020/11/244910/elsalvador-militarisierung-grenze-hondur>
- (15) [https://elfaro.net/es/202011/el_salvador/25019/Corte-de-Cuentas-a-Fiscal%C3%ADa-Hacienda-retuvo-\\$75-millones-de-alcald%C3%ADas-sin-base-legal.htm](https://elfaro.net/es/202011/el_salvador/25019/Corte-de-Cuentas-a-Fiscal%C3%ADa-Hacienda-retuvo-$75-millones-de-alcald%C3%ADas-sin-base-legal.htm)
- (16) <https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas/articulos/veranstaltungsartikel-5.html>
- (17) https://elfaro.net/es/202010/el_salvador/24948/El-nuevo-Instituto-de-Acceso-a-la-Informaci%C3%B3n-hace-secreto-el-informe-de-Probidad-de-Bukele.htm
- (18) <https://amerika21.de/2020/10/243978/el-salvador-justiz-militaerarchive>
- (19) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-504/el-salvador-repression-gegen-partnerorganisation-des-%C3%B6ku-b%C3%BCros-zerst%C3%B6rung-des-parks-von-cuisnahuat-vorl%C3%A4ufig-gestoppt.html>
- (20) <https://amerika21.de/analyse/244137/el-salvador-park-von-cuisnahuat>
- (21) <https://amerika21.de/2020/09/243788/el-salvador-freilassung-cindy-erazco>
- (22) <https://amerika21.de/2020/07/241777/el-salvador-wasserkraftprojekt-gestoppt>
- (23) <https://amerika21.de/blog/2020/12/246322/textilfabrik-besetzung-el-salvador>
- (24) <https://amerika21.de/2020/02/237297/el-salvador-attentat-auf-demokratie>
- (25) <https://www.oeku-buero.de/details/online-veranstaltung-die-corona-krisis-in-el-salvador-und-die-auswirkungen-auf-die-salvadorianische-umweltbewegung-und-die-zivil.html>
- (26) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-504/el-salvador-repression-gegen-partnerorganisation-des-oeku-bueros-zerstoeerung-des-parks-von-cuisnahuat-vorlaeufig-gestoppt.html>
- (27) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-504/el-salvador-fuer-die-erhaltung-des-parks-von-cuisnahuat-dialog-statt-repression.html>
<https://amerika21.de/analyse/244137/el-salvador-park-von-cuisnahuat>
- (27) <https://www.oeku-buero.de/details/militarisierung-in-el-salvador-und-deren-auswirkungen-auf-die-arbeit-von-basisorganisationen.html>

Länderbericht

Der Kollaps des ausgeplünderten Gesundheitswesens durch die COVID- und Dengue-Pandemie, eine Wasser- und eine Hungerkrise, die Folgen zweier verheerender Tropenstürme und ein autokratisches Regime, das sich auf das im Zeichen des Ausnahmezustandes weiter erstarkende Militär stützt, kennzeichneten Honduras im Vor-Wahljahr 2020. Während Korruptionsskandale boomten und einige neue Anklagen in den USA gegen hohe honduranische Funktionäre wegen Drogenhandels kurzfristig für Schlagzeilen sorgten, bezahlten die verarmte Bevölkerung und widerständige soziale Bewegungen erneut einen hohen Preis.⁽¹⁾

COVID, Eta, Iota und der Narcostaat – die honduranische Tragödie 2020

„Es ist eine Tragödie, die wir hier in Honduras erleben. Wer nimmt denn endlich das Ausmaß des Skandals wahr, dem wir hier täglich ausgesetzt sind?“ Miriam Miranda, Koordinatorin der Organisation OFRANEH und seit über 30 Jahren Kämpferin für die Rechte und die Selbstbestimmung der afroindigenen Garifuna-Gemeinden in Honduras ist nicht bekannt für exzessives Jammern oder effekthascherische Rufe nach Unterstützung von außen. Es will schon etwas heißen, dass wir dieses Jahr in den zahlreichen Video-Seminaren und Konferenzen diese Sätze mehrfach von ihr gehört haben und oft in graue, erschöpfte Gesichter der Referent*innen blickten. Nein, niemand will wirklich wahrnehmen, was in Honduras (und nicht nur dort) passiert. Die „internationale Gemeinschaft“ setzt auf die üblichen Mechanismen: Hilfgelder und Kredite, so genannte Entwicklungsprojekte, formal demokratische Wahlen.

„Hier erkrankten die Leute an COVID, aber sie sterben an Korruption“⁽²⁾

Offiziellen Zahlen zufolge starben 2020 in Honduras etwas über 3.000 Menschen an oder mit einer COVID19-Infektion. Die wahren Zahlen werden auf mindestens das Doppelte geschätzt. Der Verband der Beerdigungsunternehmer*innen sprach am Jahresende von 7.400 registrierten COVID-Toten in dem Neun-Millionen-Einwohner*innen zählenden Land. Die NGO ACI Participa listete die Namen von 79 Ärzt*innen auf, die von Ende März bis Ende Oktober an COVID19 gestorben waren. Hinzu kommen mehrere hundert Krankenpfleger*innen und deren Familienangehörige.

Die Regierung Hernández hatte Mitte März den Ausnahmezustand ausgerufen, Grundrechte suspendiert und strenge, von Polizei und Militärpolizei kontrollierte Ausgangssperren verhängt. Die Folgen für die Menschen waren ebenso schwerwiegend wie die der Pandemie. Da zwei Drittel der honduranischen Erwerbstätigen im informellen Sektor arbeiten – mit anderen Worten: sich und ihre Angehörigen mit dem jeweiligen Tagesverdienst notdürftig über Wasser halten – waren die kargen Finanzreserven nach wenigen Tagen aufgebraucht und die Menschen verzweifelt.

Steigerung der Armutsrate um zehn Prozent erwartet



COVID-Wahlkampf-Gel: "Mit sauberen Händen kommt Honduras voran – Juan Orlando Präsident."

Bis Juli gab es 36.000 Festnahmen wegen Verstoßes gegen die Ausgangssperren, Berichte über Demütigungen und Schläge im Polizeigewahrsam machten die Runde, Proteste wurden wie üblich mit Polizeigewalt und viel Tränengas niedergeschlagen. Zehntausende Schüler*innen waren von jeglichem Bildungsangebot ausgeschlossen, tausende Studierende mussten ihr Studium vorzeitig abbrechen. Expert*innen schätzen, dass die Armutsrate, die bisher bei etwa 60 Prozent lag, allein im Zusammenhang mit der COVID19-Pandemie um zehn Prozent steigen

wird.⁽³⁾

Während Beschuldigte oder Angeklagte älterer Korruptionsfälle 2020 freikamen, wurde seit Beginn der Pandemie ein Skandal nach dem nächsten bekannt. Die meisten waren mit der staatlichen Gesellschaft *Invest-H* verbunden: Der Einkauf ungeeigneter Beatmungsgeräte, völlig überteuerter Schutzkleidung, ungeeigneter Schutzmasken für medizinisches Personal, 250.000 verdorbener COVID-Tests ... Für Furore sorgte vor allem die Akquise überteuerter mobiler Krankenhäuser, bei der u.a. staatliche Gelder vorab an einen dubiosen Mittelsmann in den USA bezahlt wurden, statt an die Lieferanten aus der Türkei.⁽⁴⁾ Zwei der Hospitäler erwiesen sich zudem als alt, beschädigt und teilweise unbrauchbar. Ihre Ankunft und ihr Aufbau wurden streng abgeschirmt, Journalist*innen am Berichten gehindert, der Nationale Antikorruptionsrat zur Beobachtung einen Kilometer auf Distanz gehalten.⁽⁵⁾



"Wo ist das Geld? Honduras fordert es" – Protest gegen Korruption und Unterschlagung bei Schutzausrüstung, Beatmungsgeräten, mobilen Krankenhäusern...

Im August platzte der Bevölkerung der Kragen und auf den Straßen wurde der Protest unüberschaubar. Besonders die in Riesenlettern auf Ausfallstraßen und an Bürgermeisterämter gemalte Parole „Donde está el dinero? Honduras lo exige“ (Wo ist das Geld? Honduras verlangt es) schaffte es in die internationalen Schlagzeilen. Bis Jahresende waren fünf der geordneten sieben mobilen Hospitäler noch nicht im Einsatz.⁽⁶⁾

„Ein Land, in dem der Rechtsstaat nichts weiter als eine Fiktion ist“⁽⁷⁾

Das Mandat der 2016 eingerichteten Internationalen Unterstützungsmission gegen Korruption und Straflosigkeit in Honduras (Misión de Apoyo Contra la Corrupción y la Impunidad de Honduras, MACCIH) endete im Januar; eine Verlängerung um vier Jahre kam für die honduranische Regierung unter Präsident Juan Orlando Hernández nicht in Frage. Die Mission hatte gemeinsam mit der honduranischen Sonderstaatsanwaltschaft UFECIG unter anderem ein weitverzweigtes Korruptionsnetz aufgedeckt, in das über 60 Abgeordnete, einschließlich des Kongresspräsidenten und potentiellen Anwärter auf das Amt des Staatspräsidenten, Mauricio Oliva, verwickelt waren.⁽⁸⁾ Mit dem Ende

der MACCIH und der folgenden Schwächung der Sonderstaatsanwaltschaft verfestigten die Mächtigen in Honduras das herrschende System der Straflosigkeit, demontierten die Reste einer unabhängigen Rechtsstaatlichkeit weiter und sicherten das reibungslose Funktionieren der Justiz zugunsten von Partikularinteressen, die oftmals eng mit dem organisierten Verbrechen verwoben sind.⁽⁹⁾

Am 22. Januar, drei Tage nach dem Ende der MACCIH, stellte das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte in Honduras seinen Bericht "Wahlverbrechen in Honduras bleiben straffrei" vor, der anlässlich der Proteste gegen den Betrug bei den Präsidentschaftswahlen 2017 schwere Vorwürfe gegen den Staat wegen der exzessiven Anwendung von Gewalt erhob. Der Bericht bestätigte, dass mindestens 22 Demonstrant*innen, die bei der Teilnahme an Protesten von staatlichen Sicherheitskräften, überwiegend Mitglieder der Militärpolizei erschossen wurden und die Taten weitgehend strafflos blieben.⁽¹⁰⁾ Die Leiterin des UN-Büros, Maria Soledad Pazo, räumte bald darauf ihren Posten.⁽¹¹⁾

Anklage gegen Ex-Polizeichef in New York

2020 erhob eine New Yorker Staatsanwaltschaft Anklage gegen mehrere ehemalige honduranische Politiker*innen und Staatsbedienstete: Der prominenteste Fall betraf den ehemaligen Polizeichef von Honduras, Juan Carlos "El Tigre" Bonilla wegen Verschwörung zum Drogenhandel, Mord und illegalem Waffenbesitz. Das könnte den honduranischen Präsidenten, Juan Orlando Hernández, weiter in Bedrängnis bringen. Im Oktober 2019 war bereits sein Bruder, Juan Antonio "Tony" Hernández, von einem New Yorker Gericht wegen jahrelanger Zusammenarbeit mit Drogenkartellen verurteilt worden. Auch der Präsident selbst, im Prozess als "Mitverschwörer 4" bezeichnet, habe mehrere Millionen US-Dollar Wahlkampfhilfe aus dem Drogentransport erhalten. Bonilla soll seine Position als hochrangiger Polizeioffizier genutzt haben, um Kokaintransporte durch Honduras Richtung Norden schützen zu lassen.

Bonillas Ernennung zum Chef der honduranischen Polizei im Jahr 2012 hatte für scharfe Kritik gesorgt, da ihm Beziehungen zu Todeschwadronen und "soziale Säuberungen" wie außergerichtliche Hinrichtungen von Bandenmitgliedern vorgeworfen wurden. Ein interner Bericht der damaligen Polizeikommissarin, Maria Luisa Borjas, hatte mehrere solcher Fälle ans Licht gebracht. Polizeichef Bonilla musste 2013 seinen Posten aufgeben, da er nach einem Auftragsmord an einem mit den Hernández-Brüdern rivalisierenden Drogenboss nicht mehr zu halten war. Bonilla wurde anschließend in diplomatischer

Mission nach Kolumbien entsandt, wo er die dortigen Drogengeschäfte von "Tony" Hernández tatkräftig unterstützt haben soll. 2016 legte ihm der bis heute amtierende Sicherheitsminister General Pacheco nahe, in den Ruhestand zu gehen. Dem Minister werden ebenfalls Verbindungen zu Drogenkartellen nachgesagt.⁽¹²⁾

Bonilla stritt in einem TV-Interview alle Anschuldigungen ab und ist seither offenbar untergetaucht. Borjas, mittlerweile Abgeordnete der Oppositionspartei LIBRE, war 2020 vom Präsidenten des Obersten Gerichtshofs wegen angeblicher Verleumdung des Unternehmers Camilo Atala verurteilt worden. Familienangehörige Atalas stehen unter Verdacht, unter anderem den Mord an Berta Cáceres in Auftrag gegeben oder zumindest billigend in Kauf genommen zu haben. Der ehemaligen Polizistin Borjas drohen nun bis zu vier



Hand aufs Herz Admiral Fuller: Wie hält es die US-Regierung mit dem honduranischen Präsidenten und seiner Entourage? Der Presstext der honduranischen Regierung sieht es so: "Tegucigalpa, 19. Oktober 2020 Der Chef des US-Südkommandos, Admiral Craig S. Fuller, gratulierte und würdigte heute die Regierung von Präsident Juan Orlando Hernández für ihre Bemühungen und ihren Beitrag zur Operation Dominion, die dem Drogenhandel und dem organisierten Verbrechen in der Region schwere Schläge versetzt hat."

Jahre Haft. Als Anfang Oktober eine COVID-Infektion bei ihr festgestellt wurde, verließ sie das Land.⁽¹³⁾ Der oppositionelle Journalist David Romero Ellner, Leiter des TV-Senders Radio Globo, ebenfalls wegen Verleumdung verurteilt, hatte sich im Gefängnis mit COVID angesteckt und war im Juli 2020 daran gestorben.⁽¹⁴⁾

Neues Strafrecht: Mildere Strafen für Korruption

Trotz jahrelanger öffentlicher Proteste und legalen Manövern der Opposition im Kongress trat Ende Juni 2020 ein neues Strafgesetzbuch in Kraft. Einer der Hauptkritikpunkte ist die Milderung der Strafen für Korruptionsdelikte. Analyst*innen fürchten zudem, dass in Kombination mit neuen Regelungen des Strafprozessrechts Ermittlungen im Bereich Korruption und organisiertes Verbrechen weiter erschwert werden.⁽¹⁵⁾

Nach Ansicht von Menschenrechtsorganisationen birgt das neue Strafrecht außerdem das Risiko, dass die Meinungs- und Pressefreiheit

weiter eingeschränkt und sozialer Protest in Zukunft noch leichter verfolgt, kriminalisiert und mit hohen Haftstrafen geahndet werden kann. Unter anderem werden Protestcamps als „Aneignung fremden Eigentums“ weiter kriminalisiert und mit Haftstrafen von zwei bis vier Jahren sanktioniert.⁽¹⁶⁾

Die Interamerikanische Menschenrechtskommission (IAMRK) und das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) äußerten sich unter anderem besorgt über die Formulierung der "strafrechtlichen Verantwortung für durch die Medien begangene Verbrechen" und über die Beibehaltung von "Beleidigung" und "Verleumdung" als strafrechtlich relevante Delikte.

„Die Ordnung stören“ = Terrorismus

Die Ausübung des Rechts auf friedliche Demonstration sei durch das neue Strafrecht ebenso gefährdet wie die wirksame Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Beunruhigend seien auch die Definitionen der Straftatbestände der "unrechtmäßigen Versammlungen und Demonstrationen", "Störung der öffentlichen Ordnung" und der "Bildung einer terroristischen Vereinigung". Unter den Begriff des Terrorismus fällt nun die Vereinigung von zwei oder mehr Personen, die sich mit dem Ziel verbünden, „die Ordnung zu stören oder Terror in der Bevölkerung oder einem Teil der Bevölkerung zu verbreiten“. IAMRK und OHCHR stellten fest, dass dies zur Kriminalisierung einer Vielzahl von Verhaltensweisen führen könnte, die im Lichte der internationalen Rechtsprechung und der Menschenrechtsstandards nicht als „Terrorismus“ klassifiziert werden dürften.⁽¹⁷⁾

Causa Berta Cáceres: Ein Jahr der Verzögerungen

Dem Antrag ihrer Anwälte, zwei wegen des Mordes an Berta Cáceres verurteilte Mittelsmänner wegen der COVID-Epidemie freizulassen wurde nicht stattgegeben.⁽¹⁸⁾ Die Nebenklage stellte im Mai 2020 einen Antrag, Ermittlungen gegen Daniel Atala Midence als einen der mutmaßlichen Auftraggeber des Mordes einzuleiten. Atala war Finanzchef des Unternehmens Desarrollos Energéticos SA (Desa), welches das Wasserkraftwerk „Agua Zarca“ bauen wollte. Berta Cáceres hatte sich gemeinsam mit der Organisation COPINH und betroffenen Gemeinden dagegen gewehrt. Vor ihr waren bereits lokale, weniger bekannte Gegner*innen des Projektes ermordet wurden. Im August 2020 wurde der Prozess gegen den 2018 verhafteten ehemaligen Geschäftsführer der Desa, David Roberto Castillo Mejía eröffnet – trotz



Wir fordern weiter "Gerechtigkeit für Berta": Vier Jahre nach der Ermordung gab es keine Fortschritte im Prozess gegen den ehemaligen CEO des Energieunternehmens Desa, David Castillo.

Protesten unter Ausschluss der Öffentlichkeit inclusive der Familienangehörigen von Berta und von Mitgliedern des COPINH und aus betroffenen indigenen Lenca-Gemeinden. Castillo gilt der honduranischen Justiz bisher als einziger Auftraggeber des Mordes. Die Beweislage gegen ihn vor allem durch Chatprotokolle aus beschlagnahmten Mobiltelefonen ist erdrückend.⁽¹⁹⁾

Das Jahr war deshalb geprägt von einer groß angelegten Social Media-Kampagne für den Angeklagten und den Bemühungen seiner Anwälte, einen Teil dieser Beweise als von einer Sachverständigen „manipuliert“ und damit nichtig erklären zu lassen. Als dies nicht gelang, verlegten sie sich – erfolgreich – darauf, den Beginn der Beweisaufnahme bis zum Jahresende (und darüber hinaus) unter anderem mit immer neuen Befangenheitsanträgen zu verzögern. Anwalt Víctor Fernández kommentierte zum achten Abbruch der Verhandlung im November 2020, es sei völlig legitim, einen Mandanten gut zu verteidigen und dafür auch Rechtsmittel und Zeit in Anspruch zu nehmen, irgendwann sei aber diese Möglichkeit überzogen und es beginne eine Phase des Missbrauchs des Rechtes auf einen fairen Prozess.⁽²⁰⁾

Ein zweiter Strafprozess in der Causa Berta Cáceres, der von der MACCIH und UFECIC vorermittelte Fall "Betrug am Gualcarque", betrifft 16 staatliche Funktionäre, denen Korruption bei der Genehmigung des Wasserkraftprojekts „Agua Zarca“ am Fluss Gualcarque, vorgeworfen wird. Am 17. Dezember erließ das Verfassungsgericht eine Verfügung, dass zehn der 16 Angeklagten sich nicht vor Gericht verantworten müssen. Der von Berta mitgegründeten und geleiteten Organisation COPINH und der Gemeinde Rio Blanco wird weiter das Recht verweigert, Nebenkläger in diesem Fall zu sein.⁽²¹⁾

Tropenstürme: „Sólo el pueblo salva al pueblo“

Im November attackierten der Hurrikan Eta und der Tropensturm Iota große Teile des Landes. Vor Eta und den begleitenden heftigen Regenfällen war eine Woche lang gewarnt worden, ohne dass die Regierung ausreichend Vorsorge getroffen hätte, rechtzeitig bedrohte Siedlungen zu evakuieren. Als Eta dann im Norden des Landes auf Land getroffen war, traten die Flüsse mit extremen Überschwemmungen über die Ufer, Brücken und Straßen wurden weggerissen, zahlreiche Menschen erst gerettet, als ihnen das Wasser schon buchstäblich bis zum Hals stand. In den ersten Tagen erreichten uns Berichte, dass Militär und Polizei Hilfseinsätze von Solidaritätsgruppen und NGOs behinderten. Besonders betroffen waren das Sula-Tal und Teile des Departements Progreso. Mediziner*innen kritisierten die fehlenden COVID-Schutzmaßnahmen in den Notherbergen, wo es an Abstand, Masken, Essen, Kleidung, schlicht an allem fehlte. Der Bevölkerung fehlte und fehlt weiterhin auch das Vertrauen in einen sinnvollen und gerechten Umgang der zugesagten Hilfsgelder. Während z.B. die Zentralamerikanische Bank für Wirtschaftsintegration BCIE 500 Millionen US-Dollar an Hilfsgeldern zusagte, verbreitete sich zum Slogan des Jahres: „Donde está el dinero?“ – Wo ist das Geld? ein zweiter: „Sólo el pueblo salva al pueblo.“ – Nur die Bevölkerung rettet die Bevölkerung.⁽²²⁾

Eine Woche nach Eta traf Iota in Honduras auf Land und führte zu Überschwemmungen und Erdbeben auch in den westlichen Landesteilen. Weit über eine halbe Million Menschen hatte inzwischen ihre Behausungen verlassen müssen, etwa 90.000 befanden sich noch im Dezember entweder in Notunterkünften oder unter Plastikplanen am Rand großer Straßen. Während die einen alles verloren geben mussten, weil ihre Siedlungen komplett zerstört worden waren, begannen die anderen, Schlamm und Unrat aus Straßen und Häusern zu schaufeln.

Und die Rufe, nach Untersuchungen gegen den Chef des Katastrophenschutzes und Staatschef Hernández wurden lauter. Etwa viereinhalb Millionen Menschen, die Hälfte der Bevölkerung, waren und sind von den Folgen der Stürme und heftigen Regenfälle betroffen. Mindestens 99 Menschen ertranken in den Fluten oder starben unter Erdrutschen. Etwa 26.000 Häuser wurden zerstört, 58 Brücken und 87 große Ortsverbindungsstraßen unbrauchbar oder schwer beschädigt. 80 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion wurde vernichtet. Das wirtschaftliche Zentrum

des Landes, das Sula-Tal im Norden, stand nun vollständig unter Wasser. Die wirtschaftlichen Verluste werden auf umgerechnet zehn Milliarden US-Dollar geschätzt. Die Zivilgesellschaft forderte eine Expert*innen-Kommission für den Wiederaufbau, Präsident Hernández stellte jedoch sein eigenes Gremium zusammen und begann internationale Hilfgelder und Darlehen einzusammeln, die ihm bzw. seinen Partei-Kolleg*innen für soziale Programme und Investitionsprogramme im Wahljahr 2021 zur Verfügung stehen.⁽²³⁾



Folgen des im globalen Norden erzeugten Klimawandels: Die Stürme über dem Atlantik werden häufiger und heftiger. An der Karibikküste schwächen Agrarindustrie und Tourismusanlagen die lokalen Rückhaltekapazitäten.

Räumung „aus Umweltschutzgründen“

Eine selbstorganisierte Hüttensiedlung von Autowäscher*innen am Stadtrand der Großstadt San Pedro Sula hatte viele Hurrikanopfer aufgenommen: Der Bürgermeister der Stadt ließ sie am 1. Dezember gewaltsam räumen – „aus Umweltschutzgründen.“ Sicherheitskräfte erschossen bei der Räumung einen jungen Mann, Rafael Flores Hernández. Während Anfang Dezember eine Kaltfront mit neuen

Regenfällen über das Land zog, harrten noch über 2000 Menschen zwischen der Ortschaft La Lima und der Großstadt San Pedro Sula am Rand eines mehrspurigen Boulevards unter Plastikplanen und notdürftig zusammengezwimmerten Brettern aus.⁽²⁴⁾ Der Boden für die nächste Karawane tausender verzweifelter Menschen, die nur noch aus Honduras weg wollten, war bereitet.

NQH2O – Wasser an der Börse

„Dieser Montag, der 7. Dezember 2020, wird sich ins Gedächtnis der Menschheit einprägen. Wasser, die unentbehrliche Flüssigkeit für das Leben auf dem Planeten Erde, wurde an diesem Tag in die Angebots- und Nachfrageströme des Finanzmarktes einbezogen. So wie Weizen, Mais, Sojabohnen, Erdöl und Gold auf dem Futures-Markt gehandelt werden, wird künftig das Schwanken des *Nasdaq Veles California Water Index* mit dem Tickersymbol **NQH2O** an der New Yorker Börse seine Knappheit als Ware (Commodity) widerspiegeln.“⁽²⁵⁾

In Honduras nutzte die Regierung den bis zum Jahresende verlängerten Notstand wegen der Folgen von Eta und Iota, um Ende Dezember 14 neue Wasserkraftprojekte ohne weitere Prüfung per Dekret als Maßnahme zum „Hochwassermanagement“ durchzusetzen und gleichzeitig im Handstreich deren Privatisierung zu verfügen. Auftragsvergabe und Abwicklung wird in den Händen privater Banken liegen.⁽²⁶⁾

Mord an indigenem LIBRE-Kandidaten

Ein Mordkommando aus vier Männern in tarnfarbenen Hosen, Sturmhauben und teils auch Militärstiefeln, erschoss am Abend des 26. Dezember den honduranischen Gewerkschafter und indigenen Lenca-Umweltaktivisten Félix Vásquez in dem Dorf El Ocotal (Departement La Paz) in seinem Haus, vor den Augen seiner Familienangehörigen. Vásquez, der bei den Vorwahlen im März 2021 für die Gruppierung *Somos Más* der linksliberalen Partei LIBRE kandidieren wollte, war in den Monaten davor offenbar mehrfach bedroht worden. Viele Honduraner*innen fühlten sich an den Mord an Berta Cáceres 2016 erinnert, Kommentator*innen werteten den Mord als düsteres Vorzeichen für das Wahljahr 2021.⁽²⁷⁾

(1) Javier Suazo: Honduras. país de pandemias. <https://www.alainet.org/es/articulo/205417>

- (2) Zitiert nach Karla Lara: <https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas/articulos/26-juni-2020-widerstand-in-covid19-zeiten-online-gespr%C3%A4ch-und-musik-mit-der-honduranischen-musikerin-und-aktivistin-karla-lara.html>
- (3) Daten aus: ACI Participa (2020) Honduras: Corrupción, muerte y destrucción. Informe situacional de defensoras y defensores de los derechos humanos 2020. <https://share.mayfirst.org/s/aWZqnWko7f9mWJR>
- (4) <https://www.agenciaocote.com/blog/2020/10/23/el-empresario-detras-de-la-venta-de-hospitales-moviles-sobrevalorados-a-honduras/>
<https://contracorriente.red/2020/06/22/compra-de-hospitales-moviles-fue-una-estafa-las-irregularidades-de-invest-h-continuan/>
- (5) <https://cespad.org/hn/2020/07/17/cronologia-la-corrupcion-detras-de-la-compra-de-los-hospitales-moviles/>
- (6) <https://www.dw.com/es/honduras-protesta-en-plena-pandemia-d%C3%B3nde-est%C3%A1-el-dinero/a-54547766>
https://www.swissinfo.ch/spa/coronavirus-honduras_coronavirus-sigue-al-alza-en-honduras-y-hospitales-adquiridos-no-funcionan/46281488
- (7) ACI Participa 2020 a.a.O.
- (8) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-wirft-mission-gegen-korruption-aus-dem-land.html>
<https://lateinamerika-anders.org/wp-content/uploads/2020/03/lateinamerika-anders-01-2020.pdf>; S. 20f.
- (9) spad.org/hn/2020/12/16/desde-los-principales-organos-del-estado-el-desmontaje-de-la-agenda-anti-corrupcion-heredada-por-la-macch/h/
- (10) Responsabilidad por las violaciones a los Derechos Humanos cometidas en el contexto de las elecciones de 2017 en Honduras: avances y desafíos. <http://oacnudh.hn/wp-content/uploads/2020/01/INFORME-TEM%C3%81TICO-2017-Enero-2020.pdf>
- (11) ACI Participa 2020 a.a.O.
- (12) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-pr%C3%A4sident-hern%C3%A1ndez-nach-us-anklage-gegen-ex-polizeichef-unter-druck.html>
- (13) <https://elpulso.hn/?p=48704>
- (14) <https://cpj.org/2020/07/honduran-journalist-david-romero-dies-after-contracting-covid-19-in-jail/>
- (15) <https://es.insightcrime.org/noticias/analisis/codigo-penal-criminales-honduras/>
- (16) <https://radioprogressohn.net/np/un-código-penal-que-criminaliza-los-campamentos-por-la-dignidad/>
- (17) Leicht gekürzter Auszug aus dem Dossier „Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen“ https://www.rt-za.de/wp-content/uploads/2021/01/RT-ZA_Dossier_Kriminalisierung_MenschenrechtsverteidigerInnen_In-ZA_WEB_2021.pdf Vgl.auch <https://contracorriente.red/2020/05/24/juez-guillermo-lopez-lone-es-un-codigo-penal-con-destinatarios-ya-establecidos/>
- (18) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/m%C3%B6rder-von-berta-c%C3%A1ceres-in-honduras-bald-frei.html>

- (19) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-kommt-bewegung-in-den-prozess-im-mordfall-berta-c%C3%A1ceres.html>
- (20) Eigene Aufzeichnung; vgl. auch <https://jubileosuramericas.net/causa-berta-caceres-observaciones-preliminares-audiencia-proposicion-de-pruebas-de-david-castillo/>
- (21) <https://copinh.org/2020/12/el-copinh-se-pronuncia-ante-la-resolucion-sobre-el-caso-fraude-sobre-el-gualcarque/>
- (22) Besser als alle Zahlen und Statistiken beschrieb die Kolumne von Melissa Cardoza die Situation und Stimmung im Land:
- (23) Kompilation aus Daten in: https://honduras-forum.ch/wordpress/wp-content/uploads/2021/01/2012_AnotherMonthInHonduras.pdf und https://honduras-forum.ch/wordpress/wp-content/uploads/2020/12/2011_AnotherMonthInHonduras.pdf
- (24) <https://radioprogressohn.net/instante/demandan-que-ministerio-publico-actue-de-oficio-en-asesinato-de-lavador-de-carros/>
- (25) Zitiert nach <https://avispa.org/inicia-especulacion-financiera-del-agua-en-wall-street/> Übersetzung Ökubüro
- (26) <https://radioprogressohn.net/portada/gobierno-aprovecha-emergencia-para-entregar-construccion-de-represas-a-empresa-privada/>
- (27) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/indigener-gewerkschafter-in-honduras-von-mordkommando-erschossen.html>

Aktivitäten zu Honduras

Kooperation mit der Garífuna-Organisation OFRANEH

Die Organisation OFRANEH (Organización Fraternal Negra Hondureña – Geschwisterliche Schwarze Honduranische Organisation) vertritt über 40 afroindigene Garífuna-Gemeinden im Norden von Honduras. 2020 konnten wir unsere seit Jahren bestehende Verbindung weiter stärken und ausbauen.



Das Leben der Garífuna zählt! Aktion gegen Rassismus und staatliche Komplizenschaft.

Gewaltsames Verschwindenlassen in der Gemeinde Triunfo de la Cruz

Es war einer jener Tage, die ein Vorher und ein Nachher markieren. Nichts ist in der Gemeinde Triunfo de la Cruz an der honduranischen Atlantikküste seit dem 18. Juli 2020 so wie zuvor. Am frühen Morgen, es herrschte noch COVID-bedingte Sperrstunde, nur Polizei und Militär sind davon ausgenommen, kamen schwerbewaffnete Männer auf Pick-Ups in die Gemeinde: Sie trugen Sturmhauben und Westen der staatlichen Ermittlungspolizei DPI. Die Männer suchten offenbar gezielt nach

Führungspersonen der Gemeinde und dringen gewaltsam in deren Häuser ein. Vor den Augen entsetzter Familienmitglieder und herbeigeeilter Gemeindebewohner*innen führten sie den erst 28-jährigen Gemeinderatsvorsitzenden und OFRANEH-Aktivisten Alberth Sneider Centeno sowie Milton Joel Martínez Álvarez, Suami Aparicio Mejía García, beide ebenfalls Mitglieder des Komitees für Landrechte, den Fischer Gerardo Misael Trochez Calix und einen Besucher der Gemeinde, Junior Rafael Juárez Mejía, in Handschellen ab. Sie zwangen die fünf Männer auf ihre Fahrzeuge und rasten mit ihnen davon. Seither sind die gewaltsam Verschleppten nicht wiederaufgetaucht. Die zu Hilfe gerufene Polizei aus der



Garífuna-Gemeinden protestierten landesweit für die Suche nach den gewaltsam Verschwundengelassenen.

nahegelegenen Stadt Tela erschien nicht, stattdessen einige Stunden später erneut die Ermittlungspolizei DPI gemeinsam mit dem Militär. Seither fehlt von den Verschleppten jede Spur.

Die Bewohner*innen von Triunfo de la Cruz und

weitere Garífuna-Gemeinden protestierten mit Kundgebungen und Straßensperren. Weltweit verbreitet sich der solidarische Ruf „Lebend habt ihr sie uns genommen, lebend wollen wir sie zurück“. Das honduranische Büro des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte klassifizierte die Entführung als gewaltsames Verschwindenlassen – ein Staatsverbrechen, das nicht verjährt. Der interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte und der Ausschuss gegen das Verschwindenlassen der Vereinten Nationen (CED) forderten den honduranischen Staat auf, nach den Verschleppten zu suchen, Täter*innen und Auftraggeber*innen zu ermitteln und zur Verantwortung zu ziehen. Der honduranische Staat leugnete jedoch jegliche Beteiligung an dem Verbrechen und teilte, so OFRANEH, das ganze Jahr 2020 über nichts Substantielles zu seinen Ermittlungen mit, in welche die DPI offenbar eingebunden ist. Die offiziellen Medien versuchten sehr rasch eine Beziehung der Entführten zur Drogenmafia zu konstruieren und befeuerten damit eine Diffamierungskampagne

gegen die Entführten und ihre Familien in den sozialen Medien. In Triunfo de la Cruz droht sich Angst auszubreiten wie ein lähmendes Gift: Es gibt Dutzende von Augenzeug*innen des Verbrechens. Auf welchen Schutz können sie vertrauen?

Vor dem gewaltsamen Verschwindenlassen hatte Sneider Centeno mehrfach Drohungen erhalten: Die zuständigen Behörden in Tela hatten sich geweigert, seine Anzeige aufzunehmen. Der Vater von vier kleinen Kindern fuhr deshalb in Begleitung von Miriam Miranda in die Hauptstadt Tegucigalpa und zeigte die Drohungen dort an. Sneider und seine Kolleg*innen vom Komitee für Landrechte setzten sich für den Erhalt der Mangrovenwälder an der Küste und gegen Landraub zugunsten von Tourismusprojekten und Ölpalmbau ein. Ein Hauptziel von Sneiders Arbeit als Gemeinderatsvorsitzender war die Umsetzung eines Urteils des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahr 2015: In dem Urteil wird der Staat zur Rückgabe von Garífuna-Gemeindeland und Reparationen für die Gemeinden Triunfo de la Cruz und Punta Piedra verpflichtet. Seither drängen die Gemeinden und OFRANEH vergeblich auf die Umsetzung des Urteils.

Im Juni 2020 wurde der Gemeinderatsvorsitzende von Punta Piedra, Antonio Bernardéz ermordet. Er war 2015 als Zeuge vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte geladen und hatte über Fälle von Landraub und die Verletzung der territorialen Rechte seiner Gemeinde ausgesagt. Allein in den Jahren 2019 und 2020 wurden 40 Mitglieder von OFRANEH ermordet, hunderte Garífuna verließen ihre Gemeinden in den Karawanen, die sich in Richtung USA auf den Weg machten.⁽¹⁾ Die Entvölkerung ganzer Dörfer an der Küste ist auch deswegen eine große Gefahr für das Fortbestehen der Garífuna in Honduras, weil große Teile ihrer Territorien als mögliche „Sonderzonen für Beschäftigung und Entwicklung“ (Charter Cities, Start Up Cities) ausgewiesen sind: Unterhalb einer bestimmten Bevölkerungsdichte können ihre Territorien umstandslos vom Staat an private Investor*innen verkauft, aus dem Geltungsbereich honduranischen Rechtes ausgegliedert und vollständig privatisiert werden (siehe Kapitel ZEDE in diesem Jahresbericht).



Hoffnungsvollere Tage:
OFRANEH-Frontfrau
Miriam Miranda mit
Sneider Centeno

Advocacy, Eilaktion, Berichte

Während der oft als entscheidend angesehenen ersten 48 Stunden nach dem Verbrechen an Snieder Centeno und seinen Gefährten informierten wir Bundestagsabgeordnete und baten sie, unverzüglich ihre Besorgnis zu äußern und in Honduras nach dem Verbleib der Verschwendungelassenen zu fragen. Danach verfassten wir eine Eilaktion, die freundlicherweise von der Christlichen Initiative Romero in Münster technisch betreut und weiterverbreitet wurde.⁽²⁾ Mit Solidaritätsfotos und kurzem Video beteiligten wir uns an internationalen Kampagnen, auch unter dem Motto #GarifunaLivesMatter, in denen wir mit OFRANEH, den Angehörigen und Tausenden von Unterstützer*innen weltweit forderten „Lebend habt ihr sie verschleppt, lebend wollen wir sie zurück!“

Am 30. August, dem Internationalen Tag gegen gewalt-sames Verschwindenlassen, machten wir mit einer Pressemitteilung erneut auf den Fall aufmerksam und solidarisierten uns mit den Forderungen von OFRANEH:



90 Tage nach dem Verbrechen forderten wir erneut Aufklärung, Wahrheit und Gerechtigkeit.

<https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/30-august-internationaler-tag-der-opfer-des-verschwindenlassens.html>

Zudem berichteten wir kontinuierlich entweder selbst oder veröffentlichten Berichte aus unserem Netzwerk HondurasDelegation auf unserer website:

<https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-staat-schweigt-weiter-%C3%BCber-verbleib-der-entf%C3%BChrten-garifuna.html>

<https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/keine-spur-der-entf%C3%BChrten-menschenrechtsverteidiger-in-honduras.html>

<https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/kriminelle-strukturen-im-dienste-des-staates-und-das-gewaltsame-verschwindenlassen-von-garifuna-in-honduras.html>

<https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-gewaltsames-verschwindenlassen-von-garifuna.html>

Kooperation mit OFRANEH Europa

Wir freuen uns sehr, dass sich im zweiten Halbjahr eine kleine Gruppe von OFRANEH-Mitgliedern, die in europäischen Ländern leben, konsolidiert hat und die honduranische Mutterorganisation von hier aus unterstützt. Wir durften mit OFRANEH Europa Erfahrungen austauschen, Kontakte knüpfen und einige interne Gespräche auch im internationalen Rahmen hosten und begleiten. Wir sind sehr dankbar für das Vertrauen und hoffen, dass wir diese nicht unbedingt immer öffentlich sichtbare, aber sehr produktive Zusammenarbeit 2021 fortsetzen können. Die Täter*innen müssen zur Rechenschaft gezogen werden, die Angehörigen von Sneider und seinen Mitstreiter*innen, die Gemeinde Triunfo de la Cruz und OFRANEH müssen die Wahrheit erfahren und sie brauchen Garantien, dass eine solche Tat sich nicht wiederholen kann.

Statt Solidaritätsreise: Online-Veranstaltungen

Wegen der Corona-Pandemie konnte unsere für August 2021 geplante Solidaritätsreise in die neu gegründete Garifuna-Gemeinde Vallecito nicht stattfinden. Auch das erste von drei geplanten Vorbereitungsseminaren mussten wir im März buchstäblich in letzter Minute absagen. Wir orientierten uns um und boten gemeinsam mit unserem Netzwerk HondurasDelegation über das Jahr eine Serie digitaler Veranstaltungen zu Honduras mit Schwerpunkt auf der Geschichte und aktuellen Situation der Garifuna-Gemeinden an:

28. April 2020 – Honduras: Soziale Bewegungen zwischen Drogenstaat, Militär und Korruption

<https://www.oeku-buero.de/details/honduras-soziale-bewegungen-zwischen-drogenstaat-milit%C3%A4r-und-korruption.html>

22.Mai 2020 – Verteidigung der Gemeingüter: Indigene Gemeinden und ihre widerständige Selbstorganisation

<https://www.oeku-buero.de/details/verteidigung-der-gemeing%C3%BCter-indigene-gemeinden-und-ihre-widerst%C3%A4ndige-selbstorganisation.html>

16. Juni 2020 – Vallecito. Ort des Kampfes und der Hoffnung

<https://www.oeku-buero.de/details/vallecito-ort-des-kampfes-und-der-hoffnung.html>

30. Oktober – 1. November 2020 Wochenendseminar: Globales Klima, lokale Kämpfe (Beteiligung mit einem Vortrag und Moderation)

<https://www.oeku-buero.de/details/globales-klima-lokale-k%C3%A4mpfe.html>

ZEDE Próspera: Modellstadt für private Investor*innen

Sonderentwicklungszonen, Charter-Cities, private Modellstädte: Seit Jahren hatten wir das Ende 2012 durch den Austausch von Verfassungsrichter*innen in einer Art Soft-Coup für Honduras ermöglichte libertäre Projekt mit Argusaugen verfolgt. Der Blick ging vor allem nach Süden, wo lange Zeit über eine Sonderzone für Beschäftigung und Ökonomische Entwicklung „Zona Especial de Empleo y Desarrollo



"Modellstädte: Vertreibung der Garifuna aus Honduras." OFRANEH mobilisiert seit Jahren gegen Privatstädte (hier eine Demonstration 2015). Die Errichtung der ersten Charter City ab Mai 2020 auf der Karibikinsel Roatán überraschte dennoch.

Económico“ (ZEDE) im Golf von Fonseca spekuliert wurde. Dann war im Mai 2020 die erste von über einem Dutzend bisher für Honduras geplanten ZEDE plötzlich da – an anderer Stelle als gedacht:

Während der COVID-Pandemie wurde der Start von ZEDE Próspera auf der Karibikinsel Roatán bekannt gegeben. Dort werden nun die ersten Häuser der weltweit ersten extraterritorialem Modellstadt für private Investor*innen mit eigener Gesetzgebung und eigener Rechtsprechung gebaut. Einer der Ideengeber und Investoren für das Projekt ist der deutsche Unternehmer Titus Gebel, u.a. Gründer der Deutsche Rohstoff AG. Auf seiner Website <https://www.freeprivatecities.com/de> schreibt er, dass Freiheit auf demokratischem Weg nicht zu erreichen sei und preist freie Privatstädte als „neues Produkt auf dem ‚Markt des Zusammenlebens‘“ an.

Beteiligung der TUM International GmbH

Ein Tochterunternehmen der Technischen Universität München, die TUM International GmbH, entwickelt nach eigener Aussage die wirtschaftlichen Aktivitäten der ZEDE Próspera auf Roatán. Sie will zudem einen als Ableger von Próspera geplanten Industriestandort in der

Küstenstadt La Ceiba verwalten.⁽³⁾ Weitere internationale Unternehmen wie das Architekturbüro Zaha Hadid aus London und die Unternehmensberatung EY sind ebenfalls an der Entwicklung von Próspera beteiligt.⁽⁴⁾

Honduras hat zugunsten der Errichtung privater Modellstädte auf verfassungswidrige Weise mehrere Artikel seiner Verfassung als demokratische Republik geändert. Die Pläne für die ZEDE Próspera werden zudem ohne die vorherige Information und Beteiligung der lokalen Bevölkerung umgesetzt, die Enteignung und Vertreibung befürchtet. Auf Roatán ist das vor allem auch die seit Jahrhunderten dort lebende englischsprachige Schwarze Bevölkerung der Gemeinde Crawfish Rock. An der honduranischen Karibikküste steht die Existenz zahlreicher afroindigener Garífuna-Gemeinden auf dem Spiel. Sie wehren sich seit Jahren gegen die Landnahme für Großprojekte, die sich durch die ZEDE noch weiter zu verschärfen droht.

Arbeitskreis ZEDE gegründet

Wir knüpften im zweiten Halbjahr 2020 Kontakte auf die Insel Roatán, recherchierten, besuchten digitale Foren mit Betroffenen, Mitgliedern des Runden Tisches zur Verteidigung der Territorien der Islas de Bahía, Jurist*innen und Entscheidungsträger*innen und führten mehrere Gespräche mit Gemeindevertreter*innen. Wir stellten das Thema und die ersten Ansätze des sich formierenden Widerstandes bei einem öffentlichen Plenum des Ökubüros vor und gründeten gemeinsam mit unserem Netzwerk HondurasDelegation den überregionalen Arbeitskreis ZEDE. Mit zwölf Teilnehmenden aus München, Berlin, Heidelberg und Mexiko konnte der AK ZEDE seine Arbeit im zweiten Halbjahr konsolidieren und wird sie 2021 weiterführen.

BUKO-Seminar im November

Im November 2020 organisierten wir ein digitales Halbtagesseminar (als Veranstaltung der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung) zu den bisher in der deutschen Öffentlichkeit kaum bekannten rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen der honduranischen ZEDE. Wir informierten über die Situation auf Roatán, wo sich derzeit breiter Widerstand gegen die ZEDE Próspera formiert und blickten auf die Kämpfe der organisierten Garífuna-Gemeinden an der Karibikküste. Als Referent*innen konnten wir Beth Gaglia, (Anthropologin, Washington DC), Andrea Nuila (Juristin, Heidelberg), Miriam Miranda, (Generalkoordinatorin der

Garífuna-Organisation OFRANEH, La Ceiba) und Venessa Cardenas (Vize-Präsidentin des Gemeinderates von Crawfish Rock, Roatán) gewinnen. Im Kontext des Seminars, an dem u.a. sechs Journalist*innen teilnahmen, entstanden mehrere Veröffentlichungen. Wir erstellten eine ausführliche Semindokumentation für unsere Website: <https://www.oeku-buero.de/charter-cities-zede/articles/buko-seminar-charter-cities-zede-honduras.html>

Kriminalisierung von Umweltaktivist*innen: Der Fall Guapinol

Anfang 2020 waren in Honduras Konzessionen für 371 Bergbau- und 120 Wasserkraftprojekte bekannt, berichtete der Koordinator des Gemeindefomitees zum Schutz der öffentlichen Güter aus Tocoa, Juan López, anlässlich der Gründung einer landesweiten Allianz von 18 Organisationen zur Verteidigung des Zugangs zu sauberem Wasser. Ein großer Teil dieser Konzessionen kam illegal oder unter zumindest fragwürdigen Bedingungen zustande, viele bedrohen die Lebensgrundlagen der betroffenen Bevölkerung.(5)

Emblematisch für den Kampf der Gemeinden um ihr Trinkwasser standen 2020 weiterhin die Aktivist*innen aus Guapinol und Sector San Pedro und weiteren kleineren Dörfern im Bezirk Tocoa. Dort wurden nach einer umstrittenen Abstimmung im Kongress zwei Konzessionen für Eisenerztagebauprojekte im Nationalpark *Montaña de Botaderos – Carlos Escaleras* vergeben. Sie gehören inzwischen dem Unternehmen Los Pinares des mächtigen Unternehmerpaares Lenir Pérez und Ana Facussé. Während diese von „verantwortlichem Bergbau“ sprechen, sind die Gegner*innen der Auffassung, dass die Tagebaue inmitten der Kernzone eines Naturschutzgebietes eine Gefahr für das Wassereinzugsgebiet der Flüsse Guapinol und San Pedro darstellen. Betroffene Gemeindebewohner*innen, die ihr Trinkwasser aus diesen Flüssen beziehen, versuchten deshalb seit 2015 juristisch gegen die Genehmigungen vorzugehen. Als das nicht fruchtete, errichteten sie ein Protestcamp an der Zufahrtsstraße. Im September 2018 erschoss ein Wachmann des Unternehmens Los Pinares dort einen jungen Mann vor den Augen dutzender Zeug*innen. Protestierende ließen den Chef der Sicherheitsfirma bis zum Eintreffen der Polizei nicht gehen. Gegen den Wachmann wurde offenbar nicht einmal ermittelt, 30 Gemeindemitglieder wurden jedoch wegen „Freiheitsberaubung“ und wegen des angeblichen Inbrandsetzens eines Fahrzeugs und eines Baucontainers angezeigt. Nachdem Anfang 2019 das Verfahren gegen



Militarisierung und Kriminalisierung. Ein Bewohner von Guapinol zeigt der anrückenden Armee, wofür die Gemeinde einsteht: Den Schutz ihres Flusses.

einen Teil der Gruppe wegen Mangels an Beweisen eingestellt wurde, stellten sich weitere sieben Mitglieder des Protestcamps einige Monate später freiwillig der Justiz. Für sie hatte das erhebliche Folgen: Seit dem 1. September 2019 sitzen sie nun in Untersuchungshaft. Ein weiterer Aktivist, der 66-jährige Jeremías Martínez ist sogar schon seit Dezember 2018 im Gefängnis. Ihn haben ironischerweise die Polizisten festgenommen, die ihm zum Schutz wegen seiner Gefährdung als Menschenrechtsverteidiger zugeteilt worden waren.

Das *Center for Justice and International Law* (CEJIL) veröffentlichte Ende Februar 2020 ein Rechtsgutachten, in dem es heißt, dass im Fall der acht Inhaftierten aus Guapinol Garantien eines rechtsstaatlichen Verfahrens verletzt wurden und die Untersuchungshaft willkürlich sowie ohne ausreichende Begründung verhängt wurde. Sie stütze sich unter anderem auf telefonisch geäußerte Anschuldigungen, die niemals vor Ort überprüft worden seien. CEJIL und zahlreiche weitere Organisationen fordern die sofortige Freilassung der Gefangenen. Der Fall Guapinol gilt inzwischen international als Präzedenzfall für den unrechtmäßigen Einsatz von Untersuchungshaft, um Menschenrechtsverteidiger*innen und Umweltaktivist*innen in Honduras mundtot zu machen: <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/eu-parlamentarierinnen-fordern-die-freilassung-der-guapinol-aktivistinnen.html>

Das gesamte Jahr 2020 war geprägt von der Sorge um die Gesundheit der Inhaftierten, die seit März ihre Angehörigen nicht mehr sehen konnten, später dann erkrankten und teilweise deutliche COVID-Symptome aufwiesen⁽⁶⁾ und vom monatelangen juristischen Tauziehen des mehrköpfigen Anwaltsteams um ihre Freilassung.



Angehörige und Unterstützer*innen lassen nicht locker: Freiheit für die kriminalisierten und inhaftierten Verteidiger des Menschenrechtes auf Wasser.

Erbittert stellten die Mitglieder des Gemeindef Komitees fest, dass die Strategie von Unternehmen und Staatsanwaltschaft aufzugehen drohte, Kraft und Ressourcen im Abwehrkampf gegen die Kriminalisierung zu verschleißern. Sie ließen dennoch nicht locker: Vom Wasser der Flüsse, die im Nationalpark entspringen, hängen mehrere tausend Menschen ab. Sie fließen auf einer relativ kurzen Strecke über eine große Höhe hinweg rasch in Richtung Atlantik. Deswegen ist die Möglichkeit, Sedimente und Verunreinigungen auf dem Weg abzubauen viel geringer als andernorts.

Am 13. Oktober 2020 wurde Arnold Joaquin Morazan, ein Bewohner von Guapinol, der vor allem in der Anfangsphase der Proteste sehr aktiv gewesen war, vor seinem Haus in der Gemeinde Guapinol von Unbekannten erschossen. Der Mord geschah einen Tag nachdem die Nominierung der acht Inhaftierten für den Sacharow-Menschenrechtspreis des EU-Parlamentes bekannt gegeben worden war.

Der Mord ereignete sich in einer Situation, die geprägt war von Diffamierungskampagnen und Einschüchterung gegen die Gegner*innen der Eisenerztagelbau und der mittlerweile in Bau befindlichen Pelletieranlage des Unternehmens Inversiones Ecotek (Haupteigentümer Lenir Perez und Ana Facussé) am Ortsrand von Guapinol, ganz in der Nähe des gleichnamigen Flusses. Militär und Polizei rückten immer

wieder in die Gemeinde ein, Familienangehörige der inhaftierten Menschenrechtsverteidiger aus Guapinol berichteten in Gesprächen mit solidarischen Organisationen zudem, dass eine Gruppe Bewaffneter sich im Ort etablierte und immer wieder drohend ihre Macht zur Schau stelle. Diesen Kräften wird nachgesagt, dass sie enge Beziehungen zu den Unternehmen Inversiones Los Pinares und Inversiones Ecotec unterhalten.

Kurz vor Weihnachten 2020 lehnte die Richterin Zoe Guifarro vom Amtsgericht in Tocoa einen erneuten Antrag auf Haftentlassung gegen Kautions ab und entschied, dass die acht Inhaftierten aus Guapinol auch nach 15 Monaten bzw. zwei Jahren weiter in U-Haft bleiben müssen. Familienangehörige und Mitglieder des Komitees zur Verteidigung der Gemeingüter im Bezirk Tocoa äußerten sich traurig, enttäuscht und empört. Komitee-Mitglied Juana Esquivel sprach von einer völlig "verrotteten Justiz" und einem "Folter-system".

Die Verhandlung wurde von großer internationaler Aufmerksamkeit begleitet: 39 EU-Abgeordnete hatten sich für die Freilassung der acht Männer sowie einen rechtsstaatlichen Prozess eingesetzt, über 200 Organisationen aus aller Welt



Ausgesperrt: Das Gericht in Tocoa ließ kein Publikum zur öffentlichen Verhandlung über die Haftentlassung zu.

unterschrieben einen offenen Brief an die honduranische Justiz. Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte hatte Prozessbeobachter*innen vor Ort, mehrere Botschaften, darunter die der USA, Kanadas, Deutschlands und der EU-Delegation hatten angekündigt, den Prozess zu beobachten. Virtuell war dies jedoch nicht möglich, da keine Live-Übertragung eingerichtet wurde.

Das Gerichtsgebäude selbst war von Polizei und Spezialkräften des Militärs umstellt, Angehörige und Unterstützer*innen der Untersuchungshäftlinge wurden von der öffentlichen Verhandlung ausgesperrt.

Stahl für den globalen Norden – Knast für den globalen Süden



Permanente Bedrohung durch Bewaffnete; Gemeindeaktivistin Juana Zúniga bei unserer Online-Konferenz

Im Oktober organisierten wir eine Online-Veranstaltung mit Juana Esquivel (Stiftung San Alonso Rodríguez und Gemeindegemeindekomitee von Tocoa) und Juana Zúniga aus Guapinol.

Im November gestalteten wir mit Original-Tönen und zusätzlichen Informationen eine

Radiosendung bei Radio Lora München dazu und dokumentierten sie auf unserer Website: <https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas/articles/7-oktober-2020-stahl-f%C3%BCr-den-globalen-norden-knast-f%C3%BCr-den-globalen-s%C3%BCden.html>

Begleitung durch das Ökubüro

Wir nahmen 2020 an den regelmäßigen virtuellen internen Treffen und öffentlichen Pressekonferenzen mit Anwält*innen, Familienangehörigen und Mitgliedern des Gemeindegemeindekomitees aus Tocoa teil und begleiteten sie als internationale Beobachterin bei einem Gespräch mit Vertreter*innen des Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen und Justizpersonal. In mehreren Artikeln berichteten wir über die Situation:

<https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-eu-abgeordnete-reagieren-auf-erneuten-mord-an-umweltsch%C3%BCtzer.html> (Mitarbeit)

<https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/politische-justiz-in-honduras-gericht-entscheidet-gegen-umweltaktivisten.html>

<https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-richter-in-1%C3%A4sst-umweltaktivisten-aus-guapinol-in-u-haft.html>

<https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/warum-in-honduras-eine-neue-allianz-um-zugang-zu-wasser-k%C3%A4mpft.html>

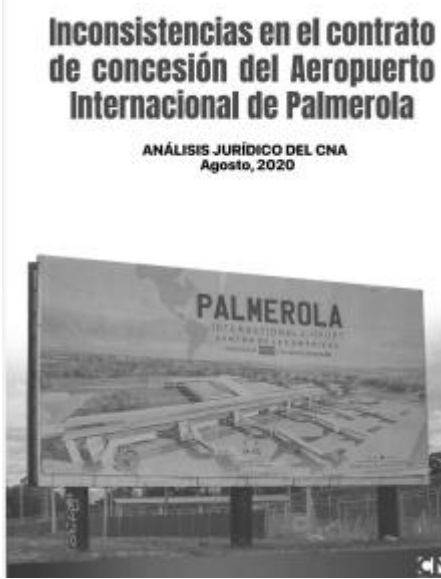
Wir verfassten eine ausführliche Fallbeschreibung für das Dossier „Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen in Zentralamerika“ (siehe das Kapitel Öffentlichkeitsarbeit in diesem Jahresbericht), informierten Bundestags- und Europaabgeordnete und unterstützten gemeinsam mit dem Brüsseler Advocacy Netzwerk Red EU Lat die Bewerbung der Menschenrechtsverteidiger aus Guapinol und Berta Cáceres posthum für den Menschenrechtspreis des EU-Parlamentes.

Palmerola International Airport: Nachfragen aus dem Bayerischen Landtag

Pérez/Facussé sind nicht nur im Bergbau-Business tätig. Sie besitzen auch Hafen-Lizenzen und bauen und betreiben den neuen internationalen Flughafen von Honduras. Kooperationspartnerin ist dafür eine Tochtergesellschaft der Münchner Flughafengesellschaft, die Munich Airport International GmbH (MAI). Im Februar 2020 entfachten honduranische Unternehmer*innen erneut eine Debatte über die für den honduranischen Staat nachteiligen Vertragsbedingungen für Palmerola International Airport und forderten eine Untersuchung.⁽⁷⁾ Ende Juli spitzte sich die Debatte nochmals zu: Es ging darum, dass ein 51 Millionen US-Dollar-Finanzloch, das durch den COVID-bedingten zusätzlichen Rückgang der Fluggastzahlen um 29 Prozent entstehen würde, offensichtlich vom Staat gestopft werden sollte, während spätere Einnahmen ausschließlich an die privaten Betreiber gehen würden. Die Flughafengesellschaft PIA ruderte schließlich zurück.⁽⁸⁾

Ende August veröffentlichte der honduranische Antikorruptionsrat CNA ein Dossier zu dem Fall. Darin geht es um die Konzessionsvergabe an Lenir Pérez und Ana Facussés Unternehmen PIA nun auch für den alten Flughafen Tocontín ohne ordentliche Ausschreibung und einmal mehr um die Konzession für Palmerola International Airport: Der CNA stellt nach einer Analyse der wichtigsten Aspekte des Konzessionsvertrags in Bezug auf den internationalen Flughafen Palmerola fest, dass darin „eine Reihe von Unregelmäßigkeiten (...) enthalten sind, die in jeder Hinsicht als Liste von Vorteilen interpretiert werden müssen, die ausschließlich den Konzessionär PIA begünstigen und eindeutig den Interessen des Staates Honduras zuwiderlaufen.“⁽⁹⁾ Der Staat Honduras investiere 125 Millionen US-Dollar gegenüber 87 Millionen US-Dollar von Investor*innen, die jedoch 69,4 Prozent der erzielten Gewinne behalten werden und überdies von Steuern befreit seien.

Sofern die unrealistisch hohe Mindestzahl internationaler Passagiere auf jährlicher Basis nicht überschritten wird, werde der Staat Honduras keine Einnahmen als Gebühr erhalten, trage aber allein das Verlustrisiko. Besorgniserregend sei auch, „dass die Rechtssicherheit untergraben wird,



"Ungereimtheiten im Konzessionsvertrag des Internationalen Flughafens Palmerola" – Der honduranische Antikorruptionsrat veröffentlichte im August 2020 eine juristische Analyse dazu.

da ohne ein Ausschreibungsverfahren, wie in Artikel 11 der Bestimmungen des Gesetzes zur Förderung öffentlich-privater Partnerschaften vorgeschrieben, da der vorübergehende Betrieb des Internationalen Flughafens Toncontón direkt an den Konzessionsnehmer PIA vergeben wurde. Das erscheint verdächtig, da nicht bekannt ist, ob PIA (der Konzessionsnehmer) die Unterlagen vorgelegt hat, die die technische, rechtliche und finanzielle Fähigkeit zur Einhaltung der für eine solche Konzession geltenden Vorschriften belegen ...“(10).

Auf eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Johannes Becher vom 11. September 2020 teilte die Bayerische Staatsregierung am 8. Oktober 2020 mit, weder die Münchner Flughafengesellschaft noch ihre Tochter MAI würden in dem Bericht des Antikorruptionsrates erwähnt. Sämtliche von ihm kritisierte Konditionen des Konzessionsvertrages seien Teil der öffentlichen Ausschreibung gewesen, es seien keine Sachverhalte bekannt, die dagegen sprächen, dass das Verfahren ordnungsgemäß abgelaufen sei. (EMCO/PIA war damals unterstützt vom der Münchner Flughafengesellschaft die einzige Bewerberin gewesen, die Red.) 2018 hatten wir in einer Pressekonferenz im Bayerischen Landtag mit dem Augenzeugen und Betroffenen Daniel Langmeier auf die damals bekannten Praktiken von Lenir Pérez in Bezug auf seine Tätigkeit als Bergbauunternehmer hingewiesen, von denen auch eine Fallstudie im Bericht von Global Witness: Honduras. The deadliest place to defend the

planet (2017) berichtet.

MdL Becher fragte am 11. September noch einmal nach:

„Hat die FMG bzw. MAI inzwischen Kenntnis über die Vorwürfe gegen Lenir Pérez bzgl. massiver Menschenrechtsverletzungen (Entführung von internationalen Menschenrechtsbeobachter*innen und Morddrohungen gegen diese und andere missliebige Personen) und Gesetzesverstöße (u.a. schwere Bestechung in mehreren Fällen)?“

Finanzminister Füracker antwortete am 8. Oktober 2020:

„Die MAI überprüft ihre Geschäftspartner regelmäßig und greift hierzu gegebenenfalls auch auf die Unterstützung von externen Kanzleien und Prüfungsgesellschaften oder anderen Quellen zu. Im Frühjahr 2020 wurde zuletzt eine externe Rechtsanwaltskanzlei von der MAI beauftragt, etwaige im Raum stehende Vorwürfe gegen Lenir Pérez zu prüfen. Dies erfolgte ergänzend zu einer Sanktionslistenprüfung durch die FMG im Jahr 2015 und einer von der MAI vor dem Hintergrund der Schriftlichen Anfrage 17/22357 beauftragten Prüfung der Vorwürfe durch eine lokale Kanzlei. Die MAI hat mitgeteilt, dass die detaillierte Analyse der externen Rechtsanwaltskanzlei die geäußerten Vorwürfe nicht bestätigt hat.“

"Honduranisch-deutsches Konsortium"

Es fällt auf, dass in München stets davon die Rede ist, man habe nur einen Beratervertrag mit der EMCO/PIA, während in Honduras von der Unternehmensgruppe EMCO-München gesprochen und geschrieben wird und internationale Medien, wie z.B. Forbes, im Oktober 2020 berichteten, dass ein „honduranisch-deutsches Konsortium“ aus EMCO und Flughafen München nun auch die Konzession für den Betrieb des Cargo Terminals auf dem internationalen Flughafen von El Salvador erhalten habe.⁽¹¹⁾

Die laut MAI und Bayerischer Staatsregierung auch von der Deutschen Botschaft und der Deutschen Handelskammer sehr begrüßte Zusammenarbeit mit Lenir Pérez/Ana Facussé entwickelt sich also weiter. Solange Pérez in Honduras nicht mit einer Anklage rechnen muss und erst recht nicht rechtskräftig verurteilt ist, was ja – so eine diplomatische Quelle – angesichts der Zustände im honduranischen Rechtssystem äußerst unwahrscheinlich sei, ist für die Zusammenarbeit offenbar alles in bester Ordnung.

Es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Richtung der honduranische Antikorruptionsrat weiter recherchiert.

Weitere Aktivitäten zu Honduras

Gespräch und Musik mit Karla Lara

Voller Vorfreude erwarteten wir im März die honduranische Künstlerin und Aktivistin Karla Lara in München. Es kam bekanntermaßen anders: Durch das beharrliche Engagement unserer Freund*innen vom Stattpark Olga konnten wir schließlich im Juni „Talk



8.März 2020: Miriam Miranda, Frauen von OFRANEH und Karla Lara auf der Bühne zum Internationalen Frauenkampftag in Tegucigalpa.

& Songs“ zur aktuellen politischen Lage in Honduras digital in guter Soundqualität für etwa 200 Zuhörer*innen und Zuschauer*innen präsentieren. Karla Lara: „Ich spreche als politische Dissidentin, als Feministin und als Aktivistin der sozialen Bewegungen. Ich möchte Hoffnung ausdrücken, auch wenn alles sich verschworen hat, uns die Hoffnung zu nehmen.“ Zum Nachhören und Nachlesen haben wir den Abend hier dokumentiert:

<https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas/articles/26-juni-2020-widerstand-in-covid19-zeiten-online-gespr%C3%A4ch-und-musik-mit-der-honduranischen-musikerin-und-aktivistin-karla-lara.html>

Unterstützung der LGBTIQ*-Community

Die LGBTIQ*-Community in Honduras kämpfte weiter für ihre Rechte. Angesichts der Situation ist das schon die gute Nachricht. Wie auch im Fall der indigenen Gemeinden ist die interamerikanische Rechtsprechung ein Hoffungsanker – wenn auch kein kurzfristig

wirksamer. Im November 2020 wurde erstmals ein Mord an einer Trans-Frau vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte verhandelt.

Vicky Hernández, Trans*-Aktivistin des *Colectivo Unidad Color Rosa* wurde kurz nach dem Putsch 2009 nachts auf den



Gerechtigkeit für Vicky Hernández: Zum ersten Mal verhandelt der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte die außergerichtliche Hinrichtung einer Trans*Frau.

Straßen der Stadt San Pedro Sula von der Polizei gejagt und später erschossen aufgefunden: eine außergerichtliche Hinrichtung, die unaufgeklärt und straflos blieb.⁽¹²⁾

„Zehn Jahre lang hat der Staat keine Ermittlungen veranlasst oder vorangetrieben, um die Beteiligung der staatlichen Sicherheitskräfte zu klären. Die einzige Ermittlungslinie ist ergebnislos geblieben und basierte auf Stereotypen. Der Staat war nicht in der Lage, die eindeutigen Beweise für die Beteiligung des Staates im Zusammenhang mit der Gewalt gegen Trans-Frauen zu widerlegen“, betonte der Präsident der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (IACHR), Joel Hernández vor Gericht.⁽¹³⁾

Die honduranische LGBTIQ*-Organisation *Cattrachas*, die den Fall 2012 eingereicht hatte, erhofft sich vom noch ausstehenden Urteil strukturelle Wirkung, eine Anerkennung und Definition von Trans*-Feminizid: "Mein Aktivismus konzentriert sich auf die Veränderung von Rechtsnormen – die nächste Generation wird sich auf die Veränderung von sozialen Normen konzentrieren", sagte Cattracha-Vorsitzende Indyra Mendoza im Gespräch mit der Internetradio-Plattform "The World".⁽¹⁴⁾

Das 2020 trotz Protesten und Klagen vor dem Verfassungsgerichtshof in Kraft getretene neue Strafrecht verschlechterte die rechtliche Lage auch für diskriminierte Gruppen.⁽¹⁵⁾ Die Überprüfung vor dem UN-



Coronavirus, Verachtung und Diskriminierung sind nicht dasselbe. Intersektionale Kampagne der LGBTIQ*Organisation *Catrachas*.

Menschenrechtsrat zeigte 2020 erneut die enormen staatlichen Defizite auch in diesem Bereich: Honduras setzte auch in den vergangenen vier Jahren die Empfehlung, ein Gesetz zur Genderidentität auf den Weg zu bringen, nicht um.⁽¹⁶⁾

Die von öffentlichen Dienstleistungen wie dem prekären Gesundheitswesen und dem Zugang zum Arbeitsmarkt besonders stark ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen litten extrem unter dem im März verordneten Ausnahmezustand mit vollständigem Lockdown.⁽¹⁷⁾ Wir folgten einem Aufruf der LGBTIQ*-Organisation

Arcóris de Honduras und sammelten Spenden für die Weiterarbeit der Organisation, die Pakete mit Lebensmitteln und Medikamenten vor allem an hungernde Trans*Sexarbeiter*innen verteilte, die sich nicht auf die Straße wagen konnten. Die Organisation riskierte einiges, gab es doch keine Möglichkeit, eine staatliche Erlaubnis für diese Unterstützungsaktionen zu bekommen, stattdessen Polizei- und Militärkontrollen und zahlreiche Festnahmen.

Zunächst schien der Lockdown die öffentlich sichtbaren Kapitalverbrechen gerade an Trans*-Frauen zu reduzieren, im zweiten Halbjahr hatte sich die Situation jedoch bereits wieder der grausamen „Normalität“ in Honduras angepasst. Am 10. Juli wurde die junge Aktivistin der Trans-Frauengruppe *Muñecas de Arcóris*, Scarleth Campbell im Stadtzentrum von Tegucigalpa von Unbekannten erschossen. Wir drückten Trauer, Wut und Schmerz in einem Text aus: <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-erneut-mord-an-transaktivistin.html>

Die honduranischen Medien berichteten 2020 – fast immer in diskriminierender, homophober und transfeindlicher Weise – über die

Ermordung von 19 Mitgliedern der LGBTIQ*-Community.⁽¹⁸⁾

Im Januar 2020 hatte Paola Flores, ebenfalls Menschenrechtsverteidigerin der *Muñecas de Arcoíris*, ein Attentat verletzt überlebt. Sie war wenige Monate zuvor aus dem temporären Exil in Costa Rica zurückgekehrt. Wir solidarisierten uns mit Paola und ihrer Begleiterin und forderten Schutz und Aufklärung. <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/erneut-attentat-auf-transaktivistin-in-honduras.html>

Paola Flores entschloss sich schweren Herzens, Honduras ganz zu verlassen und in Spanien um Asyl zu ersuchen. Während wir diesen Jahresbericht schreiben, ist über ihren Antrag noch immer nicht entschieden. Im Dezember schlugen wir Paola Flores als Referentin einer internationalen Online-Tagung der Hirschfeld-Eddy-Stiftung vor und durften sie dort virtuell begleiten.⁽¹⁹⁾

Ankommen in Europa?

Zur Situation von Geflüchteten sind wir in regelmäßigem Kontakt mit einer sehr aktiven und engagierten Gruppe geflüchteter Honduraner*innen in Mecklenburg-Vorpommern. Leider konnten wir die von der Gruppe erarbeitete Ausstellung zur politischen und sozialen Situation in Honduras und den Gründen ihrer Flucht wegen der Pandemie noch nicht in München zeigen. Wir hoffen, dass dies 2021 möglich sein wird. Unser besonderer Dank gilt der Münchner Rechtsanwältin und langjährigen Verbündeten Juliane Scheer, die kurz vor Jahresende Asylbewerber*innen aus Honduras online Rede und Antwort stand. Wir nahmen 2020 an einer Fortbildung des Münchner Flüchtlingsrates teil, tauschten uns mit unseren Kolleg*innen vom Honduras Forum Schweiz zu Asylfragen aus und besuchten eine Online-Pressekonferenz mit dem honduranischen Aktivisten Erlin Mejía und seinem mexikanischen Anwalt Gabriel Campos. Der schwedische Staat hatte Mejía, der im Rollstuhl sitzt, Asyl in dritter Instanz verweigert, so dass dieser sich nun an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wandte.⁽²⁰⁾

- (1) <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-journal/honduras-es-fehlt-jede-spur>
<https://www.theguardian.com/global-development/2020/jul/23/garifuna-honduras-abducted-men-land-rights>
- (2) <https://www.ci-romero.de/eilaktion-garifuna-triunfo/>
- (3) <https://www.tum-international.com/de/referenzen-detail/clusteraufbau-und-industrielle-standortentwicklung/roatan>
- (4) <https://prospera.hn/>
- (5) <https://criterio.hn/organizaciones-sociales-de-honduras-se-unen-en-defensa-del-agua/>
- (6) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/covid-19-keine-hafterleichterungen-f%C3%BCr-aktivistinnen.html>
- (7) <https://www.laprensa.hn/premium/1355744-410/concesionaria-de-palmerola-podr%C3%A1-transferir-todo-su-capital-y-ganancias-al-exterior>
<https://www.laprensa.hn/premium/1355415-410/contrato-de-palmerola-debe-ser-sometido-a-una-revisi%C3%B3n-detallada-juan-carlos>
<https://www.laprensa.hn/premium/1355416-410/concesi%C3%B3n-de-palmerola-no-pagar%C3%A1-canon-en-28-a%C3%B1os>
- (8) <https://tiempo.hn/palmerola-pide-513-millones-mas-falso-dicen-sapp-concesionaria>
<https://criterio.hn/filtracion-de-carta-mete-en-apuros-a-concesionaria-de-aeropuerto-palmerola-que-ahora-niega-reclamo-de-51-3-millones/>
- (9) <https://www.cna.hn/2020/08/24/inconsistencias-en-el-contrato-de-concesion-del-aeropuerto-internacional-de-palmerola>
- (10) <https://confidencialhn.com/cna-revela-inconsistencias-en-contrato-de-concesion-del-aeropuerto-internacional-de-palmerola/>
- (11) <https://forbescentroamerica.com/2020/10/09/grupo-hondureno-aleman-operara-terminal-de-carga-en-aeropuerto-de-el-salvador/>
- (12) <https://www.hrw.org/news/2020/11/11/amicus-curiae-case-vicky-hernandez-and-family-v-honduras>
https://www.ishr.ch/sites/default/files/article/files/third_party_submission_iachr_honduras_final_english_june10_2.pdf
- (13) <https://www.be1radio.com/piden-condenar-a-honduras-por-el-asesinato-de-la-activista-y-mujer-trans-vicky-hernandez-latinoamerica-internacional/>
- (14) <https://www.pri.org/stories/2020-03-10/activist-group-taking-state-honduras-first-trans-femicide-court-case>
- (15) <https://www.hrw.org/es/report/2020/10/07/vivo-cada-dia-con-miedo/violencia-y-discriminacion-contras-las-personas-lgbt-en-el-s.95-ff>
- (16) https://www.uprinfo.org/sites/default/files/document/honduras/session_36_-_may_2020/2._right_here_right_now_stmt.pdf
- (17) <https://pbi-honduras.org/es/node/7970>
- (18) <https://cattrachas.org/index.php/es/observatorio>
- (19) <https://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/infocentrum/online-konferenz-2020-lsbü-rechte-sind-menschenrechte/programm>
- (20) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/politisch-verfolgter-aus-honduras-klagt-vor-dem-cu-gerichtshof-gegen-schweden.html>

Länderbericht

Im Jahr 2020 haben wir die Menschenrechtssituation in Mexiko weiterverfolgt. Die Gesamtbilanz ist nicht ermutigend. Positiv hervorzuheben ist jedoch die Bereitschaft der Regierung AMLOS gegen Korruption und Straflosigkeit vorzugehen. Ein Beispiel dafür ist die Einrichtung der Wahrheitskommission, die sich mit Fällen von gewaltsamen Verschwindenlassen befasst.

Die erste Regierung, die die Menschenrechtskrise anerkennt und als seine Verantwortung sieht und den politischen Willen hat, etwas dagegen zu tun.

Diametral zu den guten Absichten der Regierung steht der starke Gewaltanstieg in Mexiko. In den letzten beiden Jahren ist die Gewalt gegen Indigene Gemeinschaften, Frauen, Menschenrechtler*innen, Kriminalisierte, politische Gefangene und Journalist*innen im ländlichen Bereich angestiegen. Hinzu kommt die Lethargie des Justizsystems.

Mexiko und die Corona Pandemie

Als im März 2020 die ersten Fälle des Corona-Virus bekannt wurden, mussten sich Politik und Bevölkerung auf eine pandemische Situation mit Ungewissen Folgen einstellen.

Die Corona Krise traf hier auf ein bereits wirtschaftlich geschwächtes Land, das seit 2019 sinkendes Wirtschaftswachstum verzeichnet.⁽¹⁾ Die Regierung des 2018 gewählten Präsidenten und Staatsoberhaupt Andrés Manuel López Obrador, hegte zwar die Absicht einer sozialen Veränderung im Rahmen der umfassenden Transformation des Landes (*Cuarta Transformación, 4T*), allerdings scheitert es bisweilen an der Umsetzung. Somit waren sowohl das Gesundheitssystem als auch soziale Sicherungssysteme nicht ausreichend auf eine solche Krisensituation vorbereitet.

Die Informationslage ist stark von den morgendlichen Pressekonferenzen (*Mañanera*) des Präsidenten geprägt und wird seit Pandemiebeginn durch die abendlichen Pressekonferenzen des Gesundheitsministers abgerundet. Hierbei wird auch der Umgang von AMLOS mit dem Virus deutlich, bis vor kurzem ertete er berechtigte Kritik für das nicht Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung.

In Mexiko ist eine Übersterblichkeit zu verzeichnen, wie in kaum einem anderen Land. 1 886 245 Menschen haben sich offiziell mit dem Virus infiziert, 161 240 sind an oder mit dem Coronavirus gestorben.⁽²⁾

Die Letalitätsrate liegt bei 9,3%⁽³⁾ und lässt darauf schließen, dass die Dunkelziffer an Infizierten deutlich höher ausfällt.

Die vergleichsweise hohe Letalitätsrate⁽⁴⁾ lässt vermuten, dass bis heute kaum auf das Virus getestet wird. Das lässt sich darauf zurückführen, dass 50% der Mexikaner*innen in Armut leben. Wer positiv getestet wird, muss den wirtschaftlichen Ruin, der damit einhergehen würde, einberechnen und entscheidet sich deshalb oft dagegen.

Dennoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Vereinigte Mexikanische Republik ein föderaler Staat ist und Bundesstaaten und Gemeinden unterschiedlich auf die Pandemie reagiert haben. Manche reagierten proaktiv, haben Ausgangssperren verhängt, den Gesundheitssektor in kürzester Zeit ausgebaut und Hilfszahlungen an die Bevölkerung oder Unternehmen verteilt. Landesweite Ausgangsbeschränkungen und Kontaktsperren gibt es hingegen nicht. Im Juni 2020 wurde das vierstufige Ampelsystem⁽⁵⁾ eingeführt, das Überblick verschaffen und neue Normalität bringen soll.

Wie bereits erwähnt, hat die Corona Krise Mexiko wirtschaftlich hart getroffen. Dass die Politik unterdessen weiterhin auf ihre Austeritätspolitik setzt, scheint mehr als fragwürdig. Der im November vorgestellte Haushaltsplan für 2021 zieht weitere Kürzungen mit sich. Was zum einem mit den gering ausfallenden Steuereinnahmen zusammenhängt, zum anderen auch damit, dass Präsident AMO keine weitere Staatsverschuldung eingehen möchte.⁽⁶⁾ Währenddessen steigt die Ungleichheit in Mexiko weiter an, grade im Bereich des informellen Sektors sind viele Menschen betroffen, aber auch im formellen Sektor.

Rund 12, 5 Millionen Jobs sind auf Grund der Covid-19 Pandemie verloren gegangen. 10,4 Millionen davon waren Jobs aus dem informellen Sektor, es hat demnach besonders die Menschen hart getroffen, die sowieso nicht sozialversichert sind⁽⁷⁾. Im formellen Sektor sind vor allem die Tourismusbranche, sowie die industrielle Fertigung betroffen.

Corona Soforthilfen hat es kaum gegeben.⁽⁸⁾ Von Kürzungen bleiben die Prestigeprojekte des Präsidenten unberührt.

Tren Maya, Dos Bocas und der Flughafen Santa Lucía

Tren Maya – das Großprojekt von AMLO – ist auf der Halbinsel Yucatán eine Zugstrecke mit einer Länge von ca. 1500 Kilometern. Die Zugstrecke soll die fünf Bundesstaaten Chiapas, Tabasco, Campeche, Yucatán und Quintana Roo miteinander verbinden. Laut Regierungsseite soll hiermit die Wirtschaft, im sonst so prekären Süden des Landes, angekurbelt werden. Bis zu 80.000 neue Jobs sind mit dem Bau der Zugstrecke versprochen, außerdem soll es den Tourismus ankurbeln, aber auch dem Güter- und Personenverkehr dienlich sein. Hierfür müs-

sen aber zugleich hunderte Familien zwangsumgesiedelt werden, betroffen sind auch 600 Hektar Regenwald, der als Schutzraum für bedrohte Tierarten gilt. Da scheint es wenig verwunderlich, dass der Tren Maya von der lokalen, meiste indigenen Bevölkerung, Menschenrechtler*innen und Umweltschützer*innen negativ beurteilt wird. Bis September 2020 hatten indigene Gemeinden bereits sechs Klagen gegen den Bau der Zugstrecke eingereicht, was die Regierung jedoch nicht von dem Bauvorhaben abhielt.⁽⁹⁾

Dos Bocas ist eine Raffinerie des staatlichen Ölkonzerns Pemex in Dos Bocas. Die Fertigstellung des Projekts ist für Ende 2022 angesetzt. Trotz des Ölpreisschocks 2020 scheint sich die Regierung AMLOS nicht von diesem Großprojekt abwenden zu wollen, vielmehr wurden Gelder, die auch für den Anbau erneuerbarer Energien hätten genutzt werden können, in den Ausbau der Raffinerie gesteckt.

Die drei Großprojekte der AMLO Regierung waren schon vor Pandemieausbruch umstritten, da der wirtschaftliche Nutzen noch unklar erscheint und die Negativauswirkungen auf die Bevölkerung und Natur nicht ausreichend beleuchtet wurden, um so fragwürdiger, da sie nicht von den Einsparungen betroffen sind.

Situation von Medienschaffenden und Menschenrechtler*innen

Ende des Jahres wurden in einem Zeitraum von zehn Tagen drei Journalisten getötet, dies macht deutlich, dass trotz der Versprechen AMLOS gegen Gewalt im Land vorzugehen, die Gewalt gegen Journalist*innen nicht vorbei ist.

Am 29. Oktober wurde Arturo Alba Medina, 49, ein Journalist und Moderator der Nachrichtensendung Telediario auf Kanal 6 der Gruppe TV Multimédios Television, in Ciudad Juárez (Bundesstaat Chihuahua) ermordet. Er hatte gerade das Fernsehstudio verlassen, als zwei bewaffnete Männer ihn in seinem Auto erschossen.

Der Journalist Israel Vázquez Rangel, 31, der für das digitale Medienunternehmen El Salmantino arbeitete, starb am Montag des 09. Novembers. Er war von der Polizei zum Fundort menschlicher Überreste gerufen worden, auf dem Weg dorthin eröffneten zwei unbekannte Männer das Feuer auf ihn. Er starb an seinen Verletzungen.

Eine Woche zuvor, am Nachmittag des 02. November, wurde der unabhängige Journalist Jesús Alfonso Piñuelas Montes, 43, in Ciudad Obregón, in der Gemeinde Cajeme, einem der gewalttätigsten und gefährlichsten Bezirke des Bundesstaates Sonora, erschossen. Er arbeitete



Mikrofon mit Schutzmaske wegen Covid 19. "Sie bringen uns um"

andere Art und Weise zum Schweigen gebrachten Journalist*innen annehmen, veröffentlichte ihre Arbeit „*The Cartel Project*“ am 06. Dezember 2020. Das Projekt entstand im Zuge des brutalen Mordes an der Journalistin Regina Martínez.

Regina Martínez arbeitete im Bundesstaat Veracruz (einer der Hauptorte der Kartelle und ihrer Drogengeschäfte). Ihre Recherche führte sie ins Umfeld der Gouverneure von Veracruz, außerdem stellte sie die These auf, dass vermisste Mexikaner*innen in öffentlichen Gemeinschaftsgräbern entsorgt worden seien.

Teil ihrer Recherchearbeit war es, die Anzahl der Leichen in den Gräbern mit den offiziellen Statistiken zu vergleichen.

Genau diese Arbeit stellte sich als besonders gefährlich dar, da es sich um Menschen handelte, die im Auftrag der Kartelle oder der Behörden verschwinden sollten. Am Tatort wurden weder Computer noch die letzten Interviewaufnahmen gefunden.

Der Mord an der Journalistin brachte Bewegung in das Land, es folgte eine Protestwelle gegen den Staat und seiner Untätigkeit gegenüber der Gewalt an Journalist*innen.

Allerdings gilt dieser Augenblick auch als Auftakt für brutale Gewalt gegen Medienschaffende.

Forbidden Stories nahm sich der Recherchearbeit von Regina Martínez an und veröffentlichte diese im Dezember 2020, außerdem baten sie

für mehrere regionale Medien, unter anderem bei dem Sender *Televisora del Pacífico* und die Tageszeitung *El Regional de Sonora* sowie die Nachrichtenagentur Agencia ICE. Er betrieb auch zwei Facebook Seiten, *Zarathustra Pensa* und *El Shop de la Noticia*, auf denen er über allgemeine aktuelle Angelegenheiten sowie über kriminelle und polizeiliche Angelegenheiten (bekannt als „*nota roja*“) berichtete.

Forbidden Stories, eine gemeinnützige Organisation von Medienschaffenden aus den unterschiedlichsten Ländern, die sich Geschichten von verschwundenen, getöteten oder auf

López Obrador um Antworten. Dieser versprach die Ermittlungen wieder aufzunehmen, fraglich bleibt, wieviel man seinen Worten trauen kann.

Seit AMLOS Amtseintritt gab es bereits 38 Morde an Journalist*innen, bei nur 5% aller Fälle wird ein Täter verurteilt.⁽¹⁰⁾

Im Jahr 2020 wurden laut *Committee to Protect Journalists* 9 Journalist*innen getötet, bei fünf von diesen ist man sich sicher, dass sie auf Grund ihrer Arbeit getötet worden sind. Hinzu kommt, dass im Laufe der Covid-19 Pandemie Treuhandfonds gestrichen worden sind, betroffen ist unter anderem der Föderale Mechanismus zum Schutz von Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen, der 2012 geschaffen wurde und dem Innenministerium angegliedert ist. Dadurch kann die Sicherheit für Medienschaffende und Menschenrechtler*innen noch weniger garantiert werden. Besonders in den Gebieten, die von der organisierten Kriminalität eingenommen sind, ist die Gefahr für Medienschaffende und Menschenrechtler*innen immens hoch.

Positiv zu berichten ist, das im Fall der 2017 ermordeten Journalistin, Miroslav Breach – auch sie berichtet über Korruption und Drogenhandel - der Mörder zu 50 Jahren Haft verurteilt wurde. Dies gilt als Präzedenzfall, da die meisten Morde an Journalist*innen, Medienschaffenden und Menschenrechtler*innen straffrei bleiben und lässt hoffen, dass künftig mehr Sicherheit für Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen geschaffen wird.

Weltweit gehört Mexiko zu einem der gefährlichsten Länder für Medienschaffende, in einem Land, in dem faktisch kein Krieg herrscht. Auf der Rangliste der Pressefreiheit nimmt es Platz 143 von 180 ein.

Gewalt gegen Frauen

Gewalttaten und Tötungsdelikte an Frauen sind während der Krise gestiegen. Leider sind aber auch Institutionen, Programme und Projekte, die zum Schutz von Frauen ins Leben gerufen wurden, von den Budgetkürzungen der Regierung betroffen oder mussten auf Grund von Ausgangssperren pausieren.

220 028 Frauen erlebten im Jahr 2020 häusliche Gewalt, 16 543 Frauen sind vergewaltigt worden, 940 Frauen starben an Feminiziden, wurden also auf Grund ihres Geschlechts getötet.⁽¹¹⁾

Mexiko zählt zu einem der unsichersten Länder für Frauen. Im Schnitt sterben zehn Frauen am Tag.⁽¹²⁾ Die damit einhergehende Wut fand im März, während und nach dem Internationalen Frauentag, neuen Ausdruck. Eine Welle des Protestes hat Mexiko ergriffen.



"Nicht eine mehr, nicht eine weniger, lebendig wollen wir Frauen sein"

ihre Leben wertvoll sind.⁽¹³⁾ Diese Protestbewegung gilt als die Größte in der mexikanischen Geschichte. Mit den Ausgangsbeschränkungen wurden die Proteste von Frauen und feministischen Gruppen für die Öffentlichkeit unsichtbar. Dies änderte sich im September 2020. Ausgangspunkt war die Besetzung der Menschenrechtskommission CNDH in Mexiko Stadt, der sich Angehörige von Verschwendungemachten, Opfern sexualisierter Gewalt und gewaltvoll getöteten Menschen, sowie feministische Gruppierungen anschlossen. Das Ziel ihrer Protestaktion war die Aufklärung verschiedener Fälle von Gewalt und Verschwindenlassen von Frauen und Kindern zu erreichen. Die anfängliche Protestaktion in Mexiko Stadt entwickelte sich zu einer politischen Besetzung mehrerer Menschenrechtskommissionen bundesweit.

Am 11. September wurde dann die Besetzung feministischer Kollektive in Ecatepec von der Polizei gewaltsam geräumt. Hier zeigte sich die Repression seitens der Polizei. Die Gewalt und Gefahr, die Frauen in Mexiko erleben müssen, werden deutlich.⁽¹⁴⁾

Migration

Im Januar 2020 warfen die Nationale Menschenrechtskommission CNDH der *Guardia Social* – 2019 ins Leben gerufene Nationalgarde, die sich aus Streitkräften und föderaler Polizei zusammensetzt - vor, gegen Menschenrechte im Zusammenhang mit einer Migrant*innenkarawane verstoßen zu haben.⁽¹⁵⁾

Mit Beginn der Pandemie kam es zu einem Rückgang der Migrant*innenkarawanen aus Honduras, Guatemala und El Salvador. Zum einen wurden die Grenzen geschlossen, zum anderen verschärfte Mexiko die strafrechtliche Situation, Migrant*innen mit Covid-19 wurden bis zu zehn Jahre Haft angedroht. Nichts desto trotz wurden etliche Migrant*innen aus den USA in ihre Heimatländer abgeschoben.

Während der Pandemie war auch die Hilfe für Geflüchtete seitens der Regierung sehr gering. In Flüchtlingslager leben viele Menschen auf engstem Raum und ohne medizinische Versorgung zusammen, getestet wird kaum.

Mexiko gilt als ein Schwellenland, viele Menschen flüchten auf Grund von Gewalt, politischer Verfolgung, ökonomischer Verarmung, um nur ein paar der Gründe für ihre Flucht aufzuzählen. Sie fliehen aus Zentralamerika, durchqueren dabei Mexiko, bleiben dort oder versuchen ihren Weg über die Mauer in die USA.



Grenzzaun USA / Mexiko

Bereits im Bericht des letzten Jahres haben wir berichtet, dass Mexiko in seiner Migrationspolitik stark von den USA abhängig ist.

Das von Trump erlassene Dekret „*Remain in Mexico*“ führte in den letzten beiden Jahren zur Abschiebung von ca. 70 000 Menschen, die von den USA nach Mexiko abgeschoben worden sind. Dort warten viele bis heute auf die Bearbeitung ihres Asyltrages. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch fordert die Aufhebung des Dekrets, denn viele Asylsuchende leiden unmittelbar an der Grenze, an physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt, sowie anderer Traumata. Nach der Zollandrohung auf mexikanische Exporte wurde auch die Südgrenze Mexikos zu Guatemala militarisiert. Mexiko fungiert hier als verlängertes Arm der USA.

So lässt die Präsidentschaft Bidens neue Hoffnung aufkommen, dass sich die Situation für Migrant*innen bessert.

Biden kündigte bereits an, dass er einen anderen Kurs in der Migrationspolitik einschlagen möchte.

Mitte Dezember 2020 führte das Ökobüro eine virtuelle Veranstaltung durch, an der Rubén Díaz Figueroa als Vertreter der Organisation *Movimiento Migrante Mesoamericano* und Irazú Gómez Vargas, Mitbegründer von *Red de Acompañamiento Integral a Migrantes*, als Gastredner teilnahmen. Beide berichteten über die aktuelle Migrationspolitik in Mexiko und Zentralamerika und analysierten, wie sich der Regierungswechsel in den USA auf die Perspektiven für Migrant*innen und Geflüchtete in der Region auswirken könnte. Ruben Díaz Figueroa setzte seinen Fokus vor allem auf Menschen, die während der Durchreise durch Mexiko in die

Vereinigten Staaten verschwinden, die Rolle der Mütter, die ihre Kinder suchen und auf Menschenrechtsorganisationen, die sich für die Rechte von Migrant*innen einsetzen.

Rubén Díaz Figueroa und Irazú Gómez Vargas ermöglichten dem Ökubüro eine Annäherung an die Erfahrungen und Kämpfe von Migrant*innen auf dem Weg von Zentral- nach Nordamerika und die Aktionen zivilgesellschaftlicher Gruppen zur Verteidigung der Menschenrechte von Migrant*innen und Geflüchteten.

Das gewaltsame Verschwindenlassen von Menschen in Mexiko und Sechs Jahre Ayotzinapa



#Ayotzinapa: Das Verbrechen muss umfassend aufgeklärt werden. Das gewaltsame Verschwindenlassen von 43 Lehramtsstudenten aus Ayotzinapa bleibt auch nach sechs Jahren straflos.

Anlässlich des 6. Jahrestages des Verschwindenlassens der 43 Studenten aus Ayotzinapa verkündete der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador, dass es sich persönlich für die Aufklärung des bekannten Falles einsetzen werde. „Ich möchte, dass Sie wissen, dass Haftbefehle gegen Mitglieder des Militär ausgestellt worden sind und sie werden verurteilt werden.“, versprach er den Eltern und Verwandten der jungen Männer.⁽¹⁶⁾

Im November 2020 wurde der Offizier José Martínez Crespo wegen seiner mutmaßlichen Verbindung zum Verschwinden der 43 Studenten von Ayotzinapa verhaftet. Damit ist er der erste Angehörige des Militärs, der im Fall Ayotzinapa inhaftiert wurde. Dennoch sind die Haftbefehle, die der Präsident angeordnet hat nur zum Teil vollzogen.

Nach offiziellen Angaben des Innenministerium aus dem Jahr 2020 wurden von 1964 bis 2019 873 geheime Gräber gefunden und 147.033 als vermisst gemeldet. 85.396 sind seit dem wieder aufgetaucht, 61.637 Menschen gelten nach wie vor als vermisst.

Von dieser Zahl der Vermissten sind 15.835 Frauen und 45.612 Männer, 190 sind als unbestimmt gelistet.⁽¹⁷⁾ Der Sekretär für Menschenrechte Alejandro Encinas gab am 16. Juli 2020 eine neue Zahl an Vermissten bekannt, 73.224. Damit zeigte er die Diskrepanz zwischen den im Personenregister als vermisst geltenden Personen und der öffentlichen genannten Zahl des Innenministeriums.

Im Dezember 2020 meldete das *Movimiento Nacional por Nuestros Desaparecidos* (MNNDM), dass nach wie vor mindestens 50.505 Leichen als nicht identifiziert gelten.⁽¹⁸⁾

Laut MNNDM ist diese Zahl 30 Prozent höher, als die von den forensischen Behörden im Dezember 2019 gemeldete (38.891 nicht identifizierte Leichen).

2019 wurde *el Mecanismo Extraordinario de Identificación Forense* gegründet. Ein Expertengremium, welches autonom agiert und zur Unterstützung der Identifizierung von Leichen oder skelettalen Überresten im ganzen Land beiträgt. Trotz der Forderungen der Familien und die damit einhergehende Dringlichkeit gibt es dieses Gremium in ausgereifter Form noch nicht.⁽¹⁹⁾

Das MNNDM forderte am Internationalen Tag der Menschenrechte (10.12.2020) den Präsidenten AMLO dazu auf, eine politische und interinstitutionelle Bereitschaft zu zeigen und das MEIF auszubauen, welches dieser Krise in Mexiko gewachsen ist.

Seit der Präsident Felipe de Jesús Calderón 2006 den Kartellen den Krieg erklärt hat, hat das gewaltsame Verschwindenlassen in Mexiko zugenommen. AMLOS Vorgänger Enrique Peña Nieto hat nichts dagegen unternommen. Vorherige Regierungen haben das gewaltsame Verschwindenlassen nicht als Staatsangelegenheit anerkannt.

Somit weckt die Regierung AMLOS, durch die öffentliche Anerkennung und der Dialogmöglichkeit, erstmals Hoffnung bei den Angehörigen. Doch laut der Organisation der Menschenrechtsverteidiger in Mexiko sind auch zwei Jahre nach dem Wahlsieg AMLOS die Maßnahmen unzureichend.⁽²⁰⁾

Die Gewaltspirale ist seit Regierungsantritt AMLOS dennoch kaum gesunken, allein im Jahr 2020 verzeichnet Mexiko rund 34 000 Morde, 70 000 Menschen gelten indes noch immer als vermisst. Auf dem Korruptionswahrnehmungsindex nimmt Mexiko Platz 124 von 180 ein.⁽²¹⁾ Die Ge-

waltpirale lässt sich nur mit der Stärkung der Mexikanischen Institutionen bekämpfen, so dass das organisierte Verbrechen nicht strafflos bleiben kann.

- (1) <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/specials/special/mexiko/covid-19-allgemeine-situation-und-konjunkturentwicklung-234290>
- (2) Stand 05. Februar 2021 - <https://covid19.who.int/region/amro/country/mx>
- (3) <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/specials/special/mexiko/covid-19-allgemeine-situation-und-konjunkturentwicklung-234290>
- (4) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1103785/umfrage/mortalitaets-rate-des-coronavirus-nach-laendern/>
- (5) <https://datos.covid-19.conacyt.mx>
- (6) <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/specials/special/mexiko/covid-19-massnahmen-der-regierung-234294>
- (7) <https://amerika21.de/2020/06/240502/mexiko-corona-krise-arbeitslosigkeit>
- (8) <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/specials/special/mexiko/covid-19-massnahmen-der-regierung-234294>
- (9) https://www.deutschlandfunk.de/tourismus-oder-naturschutz-mexikos-umstrittener-maya-zug.724.de.html?dram:article_id=484470
- (10) https://www.deutschlandfunkkultur.de/morde-an-journalisten-in-mexiko-auf-rekordstand.265.de.html?drn:news_id=1198840
- (11) https://drive.google.com/file/d/1RHUjF-foAgeft_iaAGgXliPvvgRfPT9b/view
- (12) <https://www.br.de/nachrichten/kultur/frauenmorde-in-mexiko-kampagne-gegen-gewalt-und-toetung.RsBaiyL>
- (13) <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-03/mexiko-gewalt-frauen-streik-demonstration>
- (14) <https://lateinamerika-nachrichten.de/artikel/feministische-kaempfe-stehen-nicht-still/>
- (15) <https://www.kas.de/documents/252038/7938566/Corona+Blog+-+Demokratie+-+Monatsrückblick+Oktober+2020.pdf/81859e40-964f-6e34-be16-26716be929bb?version=1.0&t=1605692210211>
- (16) <https://www.animalpolitico.com/2020/09/6-anos-ayotzinapa-80-detenidos-aprehension-militares/>
- (17) <https://www.gob.mx/segob/prensa/presenta-gobernacion-informe-de-fosas-clandestinas-y-registro-de-personas-nacional-de-desaparecidas-o-no-localizadas>
- (18) <https://movndmx.org/implementar-meif-2020/>
- (19) <https://quintoelab.org/crisisforense/un-pais-rebasado-por-sus-muertos/>
- (20) <https://frayba.org.mx/la-desaparicion-forzada-en-mexico-continuidad-e-impunidad/>
- (21) <https://www.transparency.de/cpi/>

Aktivitäten zu Mexiko

2020 war für das Öku-Büro ein Jahr interner Veränderungen. Zum einen hat sich unsere Kollegin Cristina Valdivia, die seit 2016 für das Mexiko-Referat zuständig gewesen war, aus dem Team des Ökumenischen Büros verabschiedet, um sich neuen beruflichen Herausforderungen zu stellen. An dieser Stelle möchten wir ihr für all ihre Beiträge und ihre Arbeit während der Jahre, in denen sie Teil des Ökubüro-Teams war, danken.

Andererseits stellte die Coronapandemie das Ökubüro-Team und die Organisationen, mit denen wir gemeinsam unsere Arbeit entwickeln, vor große Herausforderungen. Das betraf vor allem die Durchführung einiger für 2020 geplanter Aktionen und Aktivitäten, z. B. die Rundreisen in Deutschland mit Menschenrechtsverteidiger*innen und Umweltschützer*innen sowie kulturelle Veranstaltungen zur Kommunikation und Sensibilisierung für Menschenrechtsthemen in Mexiko.

Die Beziehung des Austausches mit und der Unterstützung von Basisorganisationen in Mexiko sowie die gemeinsame Arbeit in Deutschland mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen konnte jedoch aufrechterhalten werden. Die Dialoge wurden durch den Einsatz von Kommunikationstechnologien und Online-Plattformen intensiviert, was den Austausch und die Weiterverfolgung komplexer Themen wie Migration, gewaltsames Verschwindenlassen, Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen sowie die Auswirkungen des Vorgehens transnationaler Unternehmen auf Gemeinden und die Umwelt erleichterte.

In Bezug auf diesen letzten Punkt konnten wir die *ToxiTour México* in Deutschland virtuell durchführen, was zu einem wichtigen Erfolg im Jahr 2020 wurde und gezeigt hat, dass es durch Solidarität und gemeinsame Arbeit möglich ist, die Forderung nach Menschenrechtsgarantien in gefährdeten Gemeinschaften zu stärken und die Kämpfe, die viele soziale Basisorganisationen, Aktivist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen in verschiedenen Teilen der Welt führen, sichtbar zu machen.

Im Folgenden möchten wir über die wichtigsten Aktivitäten berichten, die im Jahr 2020 und insbesondere in der zweiten Jahreshälfte durchgeführt wurden.

Teilnahme am VII. Seminar OSC UE-México

Das Ökubüro war eine der Organisationen in Deutschland, die am *VII Seminario de la Sociedad Civil* teilnahmen, zu dem zivilgesellschaftliche

Organisationen der EU und Mexikos eingeladen waren. Das Seminar fand am 09.07.2020 statt und wurde zu einem wichtigen Raum der Vorbereitung für den *IX Diálogo de Alto Nivel sobre Derechos Humanos entre la Unión Europea y México*, bei dem am 10.07.2020 zivilgesellschaftliche Organisationen eine umfassende Diagnose der Menschenrechtskrise in Mexiko abgaben und Empfehlungen an die mexikanischen und europäischen Behörden formulierten.

Während des Dialogs berichteten mexikanische Menschenrechtsorganisationen dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte Eamon Gilmore über die schwerwiegende Menschenrechtskrise in Mexiko, die durch die Auswirkungen der Gesundheits- und Wirtschaftskrise während der Coronapandemie noch verschärft wird, da sich diese unverhältnismäßig stark auf die Menschenrechte, vor allem von besonders gefährdeten Personen und Gruppen auswirkt.

Die Organisationen brachten ihre Besorgnis über die Zunahme von Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger*innen und die mangelnde Transparenz bei der Genehmigung des Globalabkommens zum Ausdruck und formulierten konkrete Empfehlungen und Forderungen, um die mexikanischen und europäischen Behörden zur Einhaltung ihrer internationalen Menschenrechtsverpflichtungen zu mahnen.

Sie forderten die Stärkung der Beziehungen zwischen Mexiko und der Europäischen Union in politischen, technischen und Kooperationsangelegenheiten sowie die Stärkung der Mechanismen zur Konsultation und Beteiligung der Zivilgesellschaft sowie der Transparenz und Rechenschaftspflicht. ⁽¹⁾

Im Folgenden sind einige der Empfehlungen seitens der zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgelistet:

Das im Finanzrahmen der Europäischen Union 2021-2027 für Kooperationsmaßnahmen mit Mexiko vorgesehene Budget sollte erweitert werden.

Im Hinblick auf die Tendenz zur Militarisierung, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bedroht, wurde empfohlen, dass Mexiko angemessene interne und externe Kontrollen zur Überwachung der Nationalgarde und anderer Sicherheitselemente einrichtet und dass die Europäische Union mit Blick auf den für 2024 vorgesehenen Rückzug der Streitkräfte aus Aufgaben der öffentlichen Sicherheit technische und finanzielle Hilfen zur Stärkung der zivilen Polizeikräfte in Bezug auf Sicherheitsaufgaben leistet.

Der Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen, die aufgrund ihrer Arbeit gefährdet sind, sollte gestärkt

und die Menschenrechtsstrategien sollten angesichts des Anstiegs der Gewalt im Zusammenhang mit der Pandemie neu bewertet werden, insbesondere diejenigen, die darauf abzielen, gefährdete Gruppen zu schützen, vor allem Frauen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen, Migrant*innen, LGBTQ* Personen, die indigene Bevölkerung sowie Kinder und Jugendliche.

Zum Thema des gewaltsamen Verschwindenlassens wurde Mexiko empfohlen, auf die Umsetzung eines allgemeinen Gesetzes zu diesem Thema auf Bundes- und Staatsebene sowie auf die angemessene Umsetzung des Außerordentlichen Mechanismus zur forensischen Identifizierung und die Durchführung von Projekten der technischen Zusammenarbeit mit der EU zur Bewältigung der forensischen Krise hinzuwirken.

Es wurde zur Umsetzung verbindlicher Mechanismen zur Identifizierung, Verhinderung, Behandlung und Behebung tatsächlicher und potenzieller Schäden durch in- und ausländische öffentliche und private Geschäftsaktivitäten geraten.

Solidaritätsaktion für Lucía Baltazar und andere indigene Frauen in Haft

Lucía Baltazar, Angehörige der indigenen Nahuatl in Guerrero, ist bildende Künstlerin, Fotografin und Dichterin. Sie war im Kampf gegen das Verschwindenlassen der 43 Studierenden von Ayotzinapa aktiv. Auf der Suche nach ihrer Schwester Alejandra wurde Lucía 2015 in Mexiko-Stadt festgenommen und in das Hochsicherheitsgefängnis des Bundesstaates Nayarit verbracht. Dies geschah ohne Haftbefehl und konkrete Anklage. Seit 2018 ist sie im Frauengefängnis von Tanivet im Bundesstaat Oaxaca inhaftiert.



Resilience, ein Kunstwerk der Nahuatl-Künstlerin Lucia Baltazar, die seit 2015 im Gefängnis sitzt.

Gemeinsam mit anderen Organisationen der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko unterstützen wir Solidaritätsaktionen aus Deutschland in Zusammenarbeit mit dem Kollektiv Liquidám-

bar in Mexiko, das den Prozess von Lucía Baltazar und anderen indigenen Frauen und Menschenrechtsaktivist*innen, die politische Gefangene sind, begleitet.

Als Teil der durchgeführten Aktionen wurde das Video *¡Lucy Libre!* coproduziert, in dem auf die Situation und Geschichte von Lucía Baltazar aufmerksam gemacht und ihre Freiheit gefordert wird. Das Video ist auf unserer Website und auf der Website der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko verfügbar. Darüber hinaus unterstützen wir die vom Kollektiv Liquidámbur geforderte Amnestie für Lucía Baltazar. Zum Jahresende veröffentlichten wir einen Aufruf zur Solidarität und zu dringend benötigten Spenden, um einen Teil der Kosten für ihren täglichen Bedarf zu decken.⁽²⁾

Vortrag und Diskussion. MigrAcciones: Gespräch über Migration aus Zentralamerika nach Mexiko

Am 17.12. fand das virtuelle Panel MigrAcciones statt, das sich mit der von Migrant*innen auf der Durchreise von Zentral- nach Nordamerika erlebten Menschenrechtskrise befasste.

Dazu waren zwei mexikanische Menschenrechtsverteidiger*innen eingeladen, Rubén Díaz Figueroa von der Mesoamerikanischen Migrant*innenbewegung (*Movimiento Migrante Mesoamericano*) und Mitbegründer des Projekts Brücke der Hoffnung (*Puente de Esperanza*) und Irazú Gómez Vargas, unabhängige Beraterin für Migrationsfragen und Mitbegründerin des Netzwerks für die integrale Begleitung von Migrant*innen (*Red de Acompañamiento Integral a Migrantes*).

In ihrem Vortrag warf Irazú Gómez einen kritischen Blick auf die Einwanderungspolitik in Mexiko und den Vereinigten Staaten und analysierte,

wie sich der Regierungswechsel in den USA auf die Perspektiven für Migrant*innen und Geflüchtete in der Region auswirken könnte.



Vortrag von Irazú Gómez im virtuellen Gespräch über Migration aus Zentralamerika nach Mexiko

Rubén Díaz Figueroa kontextualisierte die ernste Situation der Diskriminierung und des Ausgesetztseins, die das Leben und die Sicherheit von Migrant*innen auf dem Weg von Zentral- nach Nordamerika gefährdet, und ermöglichte uns außerdem eine Annäherung an die Erfahrungen und Kämpfe und die Aktionen zivilgesellschaftlicher Gruppen zur Verteidigung der Menschenrechte von Migrant*innen und Geflüchteten.

MigrAcciones wurde vom Öku-Büro in der Reihe *Perspectivas Diversas* veranstaltet und in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Bad Boll durchgeführt. Die Moderation übernahmen Patricia Rendón (Öku-Büro) und Mauricio Salazar (Evangelische Akademie Bad Boll).

Virtuelle Rundreise *ToxiTour México* in Deutschland: „Wirtschaft, die vergiftet. Einflüsse transnationaler Unternehmen und des Freihandels auf Menschen und Umwelt in Mexiko“

Hintergrund:

Im Dezember 2019 reisten Vertreter*innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Parlamentarier*innen und Wissenschaftler*innen aus einigen europäischen Ländern im Rahmen der Karawane #ToxiTourMéxico nach Mexiko. Die Reise wurde von der Globalen Kampagne des Transnationalen Instituts (TNI), der Nationalversammlung der Umweltschädigten (*Asamblea Nacional de Afectados Ambientales*, ANAA) und Basisorganisationen von Umweltschützer*innen in Mexiko organisiert. Auch



"Die Verteidigung unserer Flüsse ist die Verteidigung unseres Lebens"

das Öku-Büro gehörte der deutschen Delegation bei der internationalen Karawane durch Mexiko an.

Die Karawane, die durch sechs Regionen reiste, die über verschiedene Bundesstaaten des Landes entlang der neovulkanischen Achse verteilt sind, hatte zum Ziel, die sozialen, arbeitsrechtlichen und ökologischen Auswirkungen der transnationalen Konzerne in den sogenannten „Industrieparadiesen“ in Mexiko sichtbar zu machen, die sich infolge der Freihandelsabkommen mit den USA, Kanada und der Europäischen Union entwickelt haben.

Neben der Sichtbarmachung dieser Probleme zeigte die ToxiTour-Karawane auch die Fähigkeit zur Organisation und zum Widerstand auf, die die betroffenen Gemeinden in den besuchten Regionen entwickelt haben.

Eines der Ergebnisse der *ToxiTour México* 2019 war die Planung einer Tour durch Deutschland für 2020, an der Umweltschützer*innen der Organisation *Centro Fray Julián Garcés de Derechos Humanos y Desarrollo Local* aus Tlaxcala und des Kollektivs *Un Salto de Vida* aus El Salto in Jalisco teilnehmen sollten. Ziel war es, die deutsche Gesellschaft auf die Realitäten aufmerksam zu machen, mit denen die Menschen vor Ort konfrontiert sind, auf die Verantwortung transnationaler Konzerne für die Umweltzerstörung und die gesundheitlichen Folgen für die Menschen hinzuweisen und den Kampf dieser Organisationen zur Verteidigung des Territoriums und der Menschenrechte zu unterstützen.

Die virtuelle Rundreise *ToxiTour México* 2020 mit Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland

Da die Tour aufgrund der Coronapandemie nicht wie geplant umgesetzt werden konnte, fand stattdessen zwischen dem 5. und dem 27. November 2020 in Deutschland eine Reihe von virtuellen Treffen statt, die auf zweierlei Art umgesetzt wurden. Zum einen fanden Online-Gespräche zwischen Vertreter*innen der Organisation *Fray Julián Garcés de Derechos Humanos y Desarrollo Local* und des Kollektivs *Un Salto de Vida* mit deutschen Behörden, Parlamentarier*innen und offiziellen Stellen statt. Deren Ziel war es die Fälle von Umweltzerstörung und die direkte Betroffenheit des Lebens der Gemeinden in Tlaxcala und El Salto in Jalisco durch das Vorgehen der lokalen und transnationalen Industrie, zu der auch europäische und deutsche Unternehmen gehören, zu problematisieren.

Diese Gespräche wurden von Catharina Köhler, Mexiko-Referentin bei MISEREOR, und Carola Hausotter, Koordinatorin der Deutschen



Graciela González Torres von *Un Salto de Vida*, Jalisco, während ihres Vortrags bei einer Online-Veranstaltung von Toxi Tour en Alemania

Menschenrechtskoordination Mexiko, organisiert.

Zum anderen ermöglichte die virtuelle Tour den Austausch der eingeladenen mexikanischen Organisationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Akteur*in-

nen in Deutschland und den Medien. In diesem Zusammenhang wurde eine Reihe von sechs Veranstaltungen durchgeführt, die für die interessierte Öffentlichkeit in Deutschland, Mexiko und weltweit zugänglich waren und in Zusammenarbeit mit den folgenden Partnern organisiert wurden: Öku-Büro München, Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko, MISEREOR, México Vía Berlin, Zapapres, Partner Südmexikos, Menschenrechte Mexiko-Köln und Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen. Die sechs Veranstaltungen wurden aus München (07.11.20), Berlin (13.11.20), Leipzig (14.11.20), Hamburg (18.11.20), Frankfurt (25.11.20) und Köln (27.11.20) organisiert.

Durch die Vorträge von Alejandra Méndez Serrano, Leiterin des Zentrums *Fray Julián Garcés* in Tlaxcala, und Alán Carmona, Graciela González und Atahualpa Sofia Enciso vom Kollektiv *Un Salto de Vida* aus El Salto in Jalisco erfuhren die Teilnehmer*innen der virtuellen Veranstaltungen aus erster Hand von der kritischen Umwelt- und Gesundheitssituation, mit der die Gemeinden in den Gebieten, in denen die sogenannten „Industrieparadiese“ errichtet wurden, seit Jahrzehnten konfrontiert sind. Dabei ging es speziell um das Chapala-Santiago-Becken, das sich aus der Chapala-Lagune und dem Santiago-Fluss zusammensetzt und zwischen den Bundesstaaten Jalisco und Nayarit im Westen des Landes liegt, wo die giftigen Einleitungen aus den größten Industrieparks Mexikos zusammenlaufen, sowie das Atoyac-Zahuapan-Becken,

bestehend aus dem Atoyac-Fluss und dem Zahuapan-Fluss.

Die *ToxiTour México* in Deutschland hatte die folgenden Ziele:

- internationale Aufmerksamkeit für die dramatische Lage in den betroffenen Regionen zu erzeugen
- die Beteiligung deutscher Firmen an Umwelt- und Gesundheitsschäden sichtbar zu machen und auf ihre Mitverantwortung hinzuweisen
- für ein Lieferkettengesetz zu werben, das deutsche Unternehmen verbindlich zur Einhaltung von Menschenrechten und zum Umweltschutz verpflichtet
- zu verdeutlichen, dass die Problematik Eingang in die bilateralen Gespräche zwischen Deutschland und Mexiko sowie zwischen der EU und Mexiko finden muss und dass deutsche Parlamentarier*innen hierauf Einfluss nehmen müssen, sowie über die Möglichkeiten der Bundesregierung zu sprechen, sich an einer Verbesserung der Situation zu beteiligen.

Die in der virtuellen Tour in Deutschland problematisierten Fallbeispiele: Verschmutzung der Wassereinzugsgebiete Chapala-Santiago und Atoyac- Zahuapan



Alán Carmona von *Un Salto de Vida*, El Salto, Jalisco. Virtuelle Toxi Tour 2020.

1) *Un Salto de Vida*: „Das sind keine Industrieparadiese, sondern Umwelthöllen“

Alán Carmona, Graciela González und Atahualpa Sofía Enciso vom Kollektiv *Un Salto de Vida* berichteten vom allmählichen Prozess der Verschlechterung der Natur und des Lebens der

138.000 Einwohner*innen von El Salto, einem kleinen Municipio im Bundesstaat Jalisco, das sich über 42 km² erstreckt und an den Ufern des Río Grande de Santiago, einem der größten und am stärksten verschmutzten Flüsse des Landes, liegt.

Sein Wasser ist voller Giftmüll aus den großen Fabriken im Industriekorridor und im Großraum Guadalajara. Der Gestank des Wassers und sein hoher Schadstoffgehalt gehören in El Salto zum Alltag.

„Seit den 1970er-Jahren hat diese Region einen beschleunigten Prozess der Industrialisierung erlitten, ausgelöst durch die Ankunft von transnationalen Konzernen wie Ciba-Geigy, Nestlé, IBM, Honda, Cargill, Hershey und anderen, die auf Kosten der Verwüstung unseres Territoriums enorme Profite erzielt und den Bewohner*innen, die von diesen Gewässern abhängig sind, jede Möglichkeit der Koexistenz mit dem Fluss und dem See genommen haben“, sagte Alán Carmona in einem der ToxiTour-Gespräche in Deutschland.

„Wir bezeichnen die ‚Industrieparadiese‘ als Umwelthöllen in der Opferzone für den Freihandel in Mexiko“, erklärte Atahualpa Sofia Enciso, als sie während ihres Vortrags eine Bildfolge über die Lagune von Chalapa, die in den frühen 1900er-Jahren ein natürliches Reservoir und Hauptquelle der Trinkwasserversorgung im Großraum Guadalajara gewesen war, sowie ein Bild des Wasserfalls El Salto de Juanacatlán zeigte, der vor vierzig Jahren als das mexikanische Niagara galt.



„Wir bezeichnen die ‚Industrieparadiese‘ als Umwelthöllen in der Opferzone für den Freihandel in Mexiko“, erklärte Atahualpa Sofía Enciso von Un Salto de Vida.

Was einst ein Paradies war, existiert heute nicht mehr. Wo einst die Natur herrschte, gibt es jetzt einen offenen Abwasserkanal.

Atahualpa Sofia Enciso erzählte, was es bedeutet, an einem vergifteten Fluss aufzuwachsen, und welche Auswirkungen die Giftbelastung auf die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen in El Salto hat: „Wir sind in einer Diktatur der Normalität aufgewachsen. In den letzten 40 Jahren haben wir den Fluss nicht mehr sauber gesehen, denn es war Teil unseres

Lebens, einen Fluss voller Schaum zu sehen. Die Höhe des Schaums ist erstaunlich. Als Kind bin ich immer runter zum Fluss gegangen und habe mit Schaumstoffschnurrbärten und Perücken gespielt, als ob es da eine riesige Waschmaschine gäbe. Traurigerweise leiden viele der Kinder, die wie wir im Schaum gespielt haben, viele aus meiner Generation oder jüngeren Generationen, nun an Nierenversagen, Krebs, Tumoren.“⁽³⁾

Im Jahr 2011 führte das Mexikanische Institut für Wassertechnologie (Instituto Mexicano de Tecnología del Agua, IMTA) eine Studie zur Wasserqualität durch und stellte fest, dass täglich 1090 verschiedene Schadstoffe und insgesamt 507 Tonnen Schadstoffe in die Gewässer des Chapala-Santiago-Beckens eingeleitet werden.

Einige dieser Stoffe sind hochgiftig, z.B. Phthalate (Hormongifte), Phenole, die die neuronale Entwicklung beeinträchtigen, Toluol, ein krebserregender Stoff, und sogar Flammschutzmittel.⁽⁴⁾

Seit Jahrzehnten wird gefordert, dass diese Region wegen der anhaltenden Verschmutzung des Santiago-Flusses als Umwelt- und Gesundheitsnotstandsgebiet anerkannt wird. Aber die veralteten Vorschriften, die die industriellen Einleitungen regeln, sorgen dafür, dass die an den Ufern des Flusses angesiedelten Unternehmen weiter ungestraft ihr Abwasser in den Fluss einleiten.⁽⁵⁾

Der Kampf der Basisorganisationen, die die Rechte der Gemeinden auf ein menschenwürdiges Leben mit Gesundheit und einer vor den verheerenden Aktionen der Industrie geschützten Umwelt verteidigen, geht weiter: „Trotz allem verlieren wir die Hoffnung nicht“, so das Fazit von Atahualpa, Alán und Graciela vom Kollektiv *Un Salto de Vida*.

2) Centro Fray Julián Garcés: „Es gibt keine soziale Gerechtigkeit ohne Umweltgerechtigkeit“

Alejandra Méndez Serrano, Leiterin des *Centro Fray Julián Garcés de Derechos Humanos y Desarrollo Local* in Villa Alta und Tlaxcala, veranschaulichte die sozio-ökologische Situation in den Bundesstaaten Puebla und Tlaxcala und beschrieb ausführlich die Verschmutzung des Atoyac-Zahuapa-Einzugsgebiets, das zur hydrologischen Region des Balsas-Flusses gehört, in der hydrologischen und administrativen Region IV, einer der größten in Mexiko. Das hydrologische Einzugsgebiet des Alto-Atoyac-Flusses umfasst Teile der Bundesstaaten Tlaxcala, Puebla und Mexiko und besteht aus 84 Municipios.⁽⁶⁾

Die Region ist stark vom beschleunigten Prozess der Urbanisierung und Industrialisierung gezeichnet, der sie mit der Ansiedlung von Pemex und Volkswagen in den 1960er-Jahren zum viertgrößten Ballungsraum

des Landes gemacht hat. Mehr als 20.000 produzierende Unternehmen sind in diesem Gebiet angesiedelt, davon etwa 1.200 aus dem Ausland. Die Präsenz europäischer Unternehmen, vor allem im Bereich Autoteile, spielt dort eine wichtige Rolle.

Alejandra Méndez Serrano fasste das Problem während der virtuellen ToxiTour so zusammen: „Die Industrialisierung brachte den Raubbau an unseren Flüssen und Grundwasserleitern mit sich, die Schädigung der Gesundheit der ursprünglichen Bewohner*innen des Beckens, die Entstehung und das Wachstum von kriminellen Banden, die sich dem Frauen- und Mädchenhandel zur sexuellen Ausbeutung verschrieben haben.“



Während ihrer Präsentation zeigt Alejandra Méndez Serrano von Centro Fray Julián Garcés, Tlaxcala, eine Infografik der im Wassereinzugsgebiet von Atoyac-Zahuapan ansässigen Unternehmen.

Zu den Fällen, die Alejandra Méndez Serrano anprangert, gehören die wirtschaftlichen und kulturellen Umweltkosten, die aus den seit mehr als einem halben Jahrhundert andauernden Aktivitäten von Volkswagen vor Ort resultieren, sowie die Verschmutzung durch Chemieunternehmen wie BASF und BAYER. „Hier zwei Beispiele: In unserem Gebiet gibt es eine starke Regenzeit, die die Bäuer*innen nutzen, um zu pflanzen und sich selbst mit Lebensmitteln zu versorgen. Aber was hat Volkswagen gemacht, damit seine Autos nicht beschädigt werden, wenn sie unter freiem Himmel stehen? VW hat diese Anti-Hagel-Kanonen installiert, die den Regen zerstreuen und verhindern, dass er fällt. Das hat dazu geführt, dass die Ernten nicht so eingebracht werden, wie sie traditionell oder historisch in der Region eingebracht werden sollten, und es hat die Ernte verringert und in vielen Fällen ging sie ganz verloren. Das hat die Bevölkerung, die Bäuerinnen und Bauern des Gebietes und ihre Lebensgrund-

lagen schwer getroffen. [...] Dazu muss gesagt werden, dass sich der Volkswagen-Konzern in unserer Region erst nach der gewaltsamen Enteignung der Bäuer*innen und der Anwendung öffentlicher Gewalt durch den Staat niedergelassen hat. Und die ökologischen und sozialen Auswirkungen wurden mit Erpressungen über mögliche Arbeitsplatzverluste gerechtfertigt. [...] Es gibt auch Dutzende von Unternehmen im Umfeld des Konzerns, deren Aktivitäten von der Nachfrage von Volkswagen abhängen. Daher sind wir der Meinung, dass die Bilanzierung der sozialen und ökologischen Auswirkungen von VW auch diejenigen dieser abhängigen Unternehmen und der gesamten Lieferkette umfassen sollte. Volkswagen montiert Autos, kauft aber Zulieferungen von mehreren der in den Korridoren ansässigen Industrien. [...] Chemiekonzerne wie BASF und BAYER produzieren u. a. giftige Agrochemikalien und leiten unter dem Schutz der Umwelt-Deregulierung das Abwasser aus ihren Aktivitäten in die kommunale Kanalisation. Angesichts der Ineffizienz der kommunalen Abwasserreinigungssysteme in unserer Region landen alle Abwässer aus der Produktion dieser Unternehmen in unseren Grundwasserleitern, in unseren Flüssen, in unseren Bächen, in unseren Kanälen und natürlich auf unseren landwirtschaftlichen Flächen. [...] Anstatt uns zu schützen, kümmern sich die Behörden um die Interessen der Konzerne. Vergessen wir nicht, dass das Freihandelsabkommen Investitionsschutzklauseln enthält und anwendet, aber es enthält keine Klauseln, die tatsächlich dem Schutz unserer Menschenrechte dienen. [...]"⁽⁷⁾

Durch die Menschenrechtspastoral der Diözese Tlaxcala (*Pastoral de Derechos Humanos de la Diócesis de Tlaxcala*) und das Koordinationskomitee für einen Atoyac mit Leben (*Coordinadora por un Atoyac con Vida*), eine regionale Organisation, die sich aus Menschen zusammensetzt, die von der sozio-ökologischen Krise in der Wassereinzugsregion Atoyac-Zahuapa betroffen sind, führen die Gemeinden seit nunmehr 18 Jahren den Kampf für den Schutz von Mutter Erde, die Gesundheit der Gemeinden und die Ausrottung des Handels mit Frauen und Mädchen zur sexuellen Ausbeutung. Ihre Kämpfe haben dazu geführt, dass sie bei zwei Gelegenheiten ihre Ansprüche vor dem Lateinamerikanischen Wassertribunal (Tribunal Latinoamericano del Agua, TLA) vortragen konnten, durch eine im Jahr 2011 eingereichte Beschwerde die Herausgabe der Empfehlung Nr. 10 von 2017 durch die Nationale Menschenrechtskommission (Comisión Nacional de los Derechos Humanos, CNDH) in Mexiko zu erreichen.⁽⁸⁾

Dabei handelt es sich um das erste offizielle Dokument, das die ver-seuchte Umwelt und die Gesundheitsrisiken der Bevölkerung anerkennt und die gesamte Korruption und Strafflosigkeit dokumentiert, mit der die Industrien arbeiten, und das die Empfehlung beinhaltet, einen Raum für die interinstitutionelle Koordination zwischen CONAGUA, SEMAR-NAT, dem Gesundheitssekretariat der Regierung von Puebla und Tlaxcala und den Gemeinden des Oberen Atoyac-Beckens zu schaffen, um mit der Beteiligung der Zivilgesellschaft und mit Industrien, die sich beteiligen wollen, die Umsetzung eines Sanierungsprogramms für das Becken zu koordinieren. „Denn es hat sich gezeigt, dass die einzelnen Behörden unzusammenhängende Maßnahmen ergreifen, die Budgets überschritten werden und das Problem nicht gelöst wird. Stattdessen wird es immer schlimmer“, schloss Alejandra Méndez Serrano.

Forderungen der an der ToxiTour México teilnehmenden Organisationen

Im Rahmen der virtuellen ToxiTour México in Deutschland stellten die Vertreter*innen der mexikanischen Organisationen eine Reihe von grundsätzlichen Forderungen an die Behörden in Deutschland, um einen Prozess der Unterstützung für die volle Gewährleistung der Rechte der betroffenen Gemeinden zu initiieren. Ihre Forderungen lauten:

- Dass die Europäische Union Instrumente entwickelt, die es den Opfern der ökologischen und sozialen Auswirkungen der Tätigkeit europäischer Konzerne außerhalb ihrer Herkunftsländer ermöglichen, Rechtsinstanzen in Anspruch zu nehmen, die die Rechte der betroffenen Menschen und Gemeinschaften schützen und die Unternehmen zur Einhaltung hoher Standards bei Umweltschutz, Gesundheit und Menschenrechten verpflichten.

- Wir glauben auch, dass es wichtig ist, dass die Europäische Union Druck auf den mexikanischen Staat ausübt, um allen in unserem Land ansässigen Industrieunternehmen die Einhaltung von Standards zur Prävention, zum Schutz, zur Sanktionierung und zur Wiedergutmachung von Schäden aufzuerlegen, die mindestens den Standards entsprechen, die in der Europäischen Union gelten.

- Dass die EU die Schaffung eines verbindlichen internationalen Rechtsinstruments unterstützt, um transnationale Unternehmen, die jenseits ihrer nationalen Grenzen tätig sind, unabhängig von ihrer Herkunft für die Schäden zur Rechenschaft zu ziehen, die sie direkt und indirekt für die Umwelt, die Gesundheit und die Menschenrechte der Menschen verursachen, die in den Gebieten leben, in denen diese Unternehmen tä-

tig sind.

– Dass die Europäische Union einen Mechanismus entwickelt, um die Korruptionspraktiken ihrer Unternehmen im Ausland zu überprüfen.

– Dass die europäische Gesellschaft und die Parlamentarier*innen auch weiterhin den Dialog mit mexikanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen öffnen, die sich für die Achtung der Menschenrechte und den Schutz der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen einsetzen, weil wir glauben, dass die Stärkung der Menschenrechtsinstitutionen auf internationaler Ebene ein erster Schritt in Richtung sozialer und ökologischer Gerechtigkeit ist und dass wir dafür globale Instrumente und Mechanismen brauchen, die die Rechte der Bevölkerung, die Verantwortung der Unternehmen und die Beseitigung der Straflosigkeit garantieren.

Es gibt keine soziale Gerechtigkeit ohne Umweltgerechtigkeit!

Die öffentlichen Veranstaltungen der virtuellen Tour in Deutschland

Die öffentlich zugängliche Veranstaltungstour mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland startete am 07.11. in München mit dem Webinar „Pure Poison: Einflüsse transnationaler Unternehmen und des Freihandels auf Menschen und Umwelt in Mexiko“⁽⁹⁾, veranstaltet vom Öku-Büro München und MISEREOR mit Unterstützung der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko. Als Referent*innen



Andrés Barreda von der Unión de Científicos Comprometidos con la Sociedad (UCCS) während seines Vortrags beim ToxiTour webinar in München „Pure Poison“, am 07.11.2020.

nahmen teil: Alejandra Méndez Serrano vom *Centro Fray Julián Garcés de Derechos Humanos y Desarrollo Local*, Alán Carmona von *Un Salto de Vida*, Andrés Barreda von der Unión de Científicos Comprometidos con la Sociedad (UCCS), Mónica Vargas Collazos von der Globalen Kampagne des Transnationalen Instituts (TNI) und Carola Hausotter, Koordinatorin der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko.

Die Moderation übernahmen Patricia Rendón vom Öku-Büro München und Barbara Schmidt, Leiterin von MISEREOR in Bayern.

Die zweite Station der virtuellen Tour fand am 13.11. in Berlin mit dem Webinar und der Online-Ausstellung „Im Schatten des Schadens“ statt. Sie wurde veranstaltet von México Vía Berlin und bot mit Fotos des Fotografen Martin Alvarez Mullally eine visuelle Tour durch die von der ToxiTour-Karawane in Mexiko 2019 besuchten Gebiete. Als Referentinnen nahmen teil: Alejandra Méndez Serrano von *Fray Julián Garcés*, Atahualpa Sofia Enciso von *Un Salto de Vida*. Es moderierten Peter Clausing und Mariana Almaraz von México Vía Berlin.⁽¹⁰⁾

Am 14.11. setzten wir die Tour in Leipzig mit der Unterstützung von Partner Südmexikos e.V. fort. Hier war das Gespräch darauf ausgerichtet, neben den Fällen von Umweltzerstörung in Tlaxcala und Jalisco auch die lokale Arbeit kennenzulernen, die von den Organisationen *Fray Julián Garcés* und *Un Salto de Vida* zur Verteidigung der Rechte der Gemeinden und in ihrer Geschichte im Umweltaktivismus entwickelt wurde. Gesprächsteilnehmerinnen waren Alejandra Méndez Serrano von *Fray Julián Garcés* und Graciela González Torres von *Un Salto de Vida*, mit der Moderation von Patricia Rendón vom Öku-Büro München und Katja Rameil von Partner Südmexikos.

Die vierte Station fand am 18.11. in Hamburg mit der Videokonferenz „Spurensuche: Umweltzerstörung durch internationale Konzerne in Mexiko“ statt, die im Rahmen der „Lateinamerika-Tage 2020: *América Latina en Movimiento*“ mit der Unterstützung von Zapapres und der Moderation von Jutta Klass veranstaltet wurde. Referent*innen: Alejandra Méndez Serrano von *Fray Julián Garcés* und Alán Carmona von *Un Salto de Vida*.⁽¹¹⁾

Am 25.11. kam die virtuelle Tour in Frankfurt an, unterstützt vom Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen und moderiert von Cristina Valdivia (EPN Hessen). Auf dem virtuellen Podium sprachen Atahualpa Sofia Enciso von *Un Salto de Vida*, Alejandra Méndez Serrano von *Fray Julián Garcés* und Benjamín Cortés von der Goethe-Universität Frankfurt, wobei es speziell um Volkswagen und die Auswirkungen der Automobilindustrie in der Region Tlaxcala und Puebla ging.⁽¹²⁾

Schließlich schlossen wir die virtuelle Tour am 27. 11. in Köln mit dem Panel „*ToxiTour México*“ mit der Unterstützung von Menschenrechte Mexiko-Köln und der Moderation von Santiago Penedo ab, das per Stream in den sozialen Netzwerken übertragen wurde. Als Referent*innen nahmen teil: Graciela González Torres von *Un Salto de Vida*, Alejandra Méndez Serrano von *Fray Julián Garcés*, Christian Wimberger von der Christlichen Initiative Romero, der das in Deutschland diskutierte Lieferkettengesetz thematisierte, und Kai Beutler von der IGAKK, der einen kritischen Blick auf die Rolle der Gewerkschaften in Mexiko warf.

Mit der virtuellen *ToxiTour México* in Deutschland erreichten wir etwa dreihundert Menschen, die direkt an den verschiedenen durchgeführten Aktivitäten teilnahmen – zusätzlich zu denen, die sich über soziale Netzwerke und Medien über die Themen der Tour informierten.

Weitere Informationen sind auf unserer Website zu finden:
<https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas.html>

- (1) <https://articulo19.org/wp-content/uploads/2020/07/DOCUMENTO-DE-ANÁLISIS-ELABORADO-POR-LAS-ORGANIZACIONES-DE-LA-SOCIEDAD-CIVIL-MEXICANA-EN-EL-MARCO-DEL-DIÁLOGO-DE-ALTO-NIVEL-2020.pdf>
- (2) <https://www.oeku-buero.de/luc%C3%ADa-baltazar-politische-gefangene-in-mexiko/articles/luc%C3%ADa-baltazar-politische-gefangene-in-mexiko.html>
- (3) Der komplette Beitrag von Atahualpa Sofia Enciso ist auf unserer Website zu finden: www.oeku-buero.de
- (4) <https://agua.org.mx/biblioteca/actualizacion-del-estudio-de-calidad-del-agua-del-rio-santiago-2/>
- (5) <https://estudiosdeldesarrollo.mx/observatoriodeldesarrollo/wp-content/uploads/2019/05/OD7-5.pdf>
- (6) Informe técnico de la cuenca hidrológica Río Alto Atoyac, INEGI, (2019). Recuperado de: Humedales https://www.inegi.org.mx/contenido/productos/prod_serv/contenidos/espanol/bvinegi/productos/nueva_estruc/702825189884.pdf
- (7) Der komplette Beitrag von Alejandra Méndez ist auf unserer Website zu finden: www.oeku-buero.de
- (8) <https://www.oeku-buero.de/details/toxitourmexico.html>
- (9) <https://www.oeku-buero.de/details/toxitourmexico.html>
- (10) <https://mexicoviaberlin.org/toxitour-de/>
- (11) <https://www.lateinamerika-tage.de/programm/di-18-11-spurensuche-umweltzerstoerung-durch-internationale-konzerne-in-mexiko/>
- (12) <https://www.epn-hessen.de/events/toxi-tour-mexico/>

Länderbericht

Trotz Fortschritten bei der Arbeit der eigens für den Friedensprozess eingerichteten Übergangsjustiz, stiegen die Gewalt und die Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien weiter. Das Land erlebte eine erneute Eskalation der Konflikte, wie sie zuletzt in den 80er und 90er Jahren zu beobachten gewesen war. Der Mangel an politischem Willen der Regierung, Korruption und der Krieg um Ressourcen ließen nicht zu, dass der Frieden seinen Raum fand. Die Natur und die Umwelt wurden ebenfalls stark belastet. Zusätzlich erschwerte die Pandemie die Lage erheblich und machte die Ungleichheiten im Land noch sichtbarer.

Trotz der Pandemie konnte man im Land einige positive wirtschaftliche Zahlen im Jahr 2020 beobachten⁽¹⁾, wie beispielsweise die niedrige Inflationsrate und die moderate Abwertung der Währung. Die Arbeitslosigkeit lag jedoch bei 15,9 Prozent und der geringe Mindestlohn für das Jahr 2021 wurde nach Berücksichtigung der Inflation um nur 1,89 Prozent auf einen gesamten Mindestlohn von umgerechnet etwa 254 Euro pro Monat erhöht. Das Haushaltsdefizit war erneut sehr hoch und es wurde eine erneute Steuerreform angekündigt. Gegen diese Ankündigung der Steuerreform gab es zahlreiche Proteste, da die Reform eine höhere Steuerbelastung für ärmere Bevölkerungsschichten vorsah. Zusätzlich ging auch 2020 noch 48 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung Kolumbiens einer geringbezahlten Beschäftigung im informellen Sektor nach. Innerhalb der Wirtschaft des Landes nahm die Produktion von illegalen Drogen nach wie vor einen großen Stellenwert ein. Der Umsatz der Anpflanzung und der Herstellung, ohne Export, wurde für 2019 auf eine Milliarde Euro geschätzt⁽²⁾.

Fortschritte bei der Umsetzung des Friedensabkommens

Bei der Aushandlung des Friedensabkommens mit der Guerillaorganisation Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Armee des Volkes (FARC-EP) wurde ein System für Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Nichtwiederholung entwickelt. Zu diesem gehören das Sondergericht für den Frieden (JEP), die Wahrheitskommission (CEV) und die Einheit für die Suche nach verschwundenen Personen (UBPD). Diese Institutionen verzeichneten im Jahre 2020 wichtige Fortschritte, hier heben wir einige von ihnen hervor:

JEP: Trotz eines reduzierten Budgets führte die JEP 38.068 gerichtliche Entscheidungen herbei. Außerdem sollen die Fälle von 12.714 bis Dezember zugelassenen Personen durch die Sonderjustiz bearbeitet werden. Von diesen Personen sind 76,9 Prozent ehemalige FARC-EP-Kämpfer und 23 Prozent staatliche Akteure⁽³⁾.



Sitzung der JEP mit der Frauenbewegung PETRAS Mujeres Valientes, die wir seit Dezember unterstützen.

CEV: Die CEV hat das Ziel, den Konflikt und vergangene Verbrechen im Land aufzuklären. Dazu sammelte die Kommission 2020 die Aussagen von 400 Personen, die mittlerweile teilweise im Ausland, zum Beispiel in Deutschland lebten und versuchte damit ein möglichst umfassendes Bild des Konflikts zu zeichnen. Die Aussagen wurden sowohl von Opfern als auch von Tätern und Zeugen des Konflikts abgegeben. Was die Arbeit der CEV erschwerte, war der fehlende Zugang zu den für die Erfüllung des Mandats notwendigen Informationen, wie Informationen von Geheimdiensten, die in der Vergangenheit an schweren und massiven Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren.

UBPD: Die UBPD hatte bis Dezember 2020 drei Personen lebend gefunden und mit ihren Familien wiedervereint und mehr als 97 Leichen von Vermissten gefunden und übergeben⁽⁴⁾. Nach Angaben des kolumbianischen Dokumentationszentrums für die Erinnerungsarbeit werden jedoch immer noch mehr als 80.000 Menschen im Land vermisst⁽⁵⁾. Das Zentrum war ebenfalls von dem fehlenden politischen Willen der aktuellen Regierung betroffen, die Suche nach der Wahrheit aktiv voranzubringen.

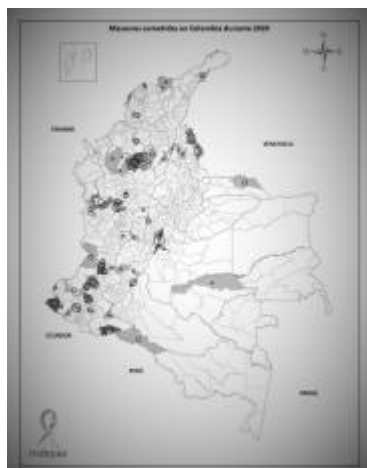
Der Friedensprozess führte zu einem neuen Lebensweg für ehemalige FARC Kämpfer*innen. Die UN-Mission in Kolumbien berichtete ständig über alternative Ansätze und Projekte von ehemaligen Guerrilla Mitgliedern, die sich ein Leben abseits des Konfliktes aufbauten. Insgesamt kann man sagen, dass die FARC Mitglieder zu einem großen Teil ihre Versprechen einlösten, während die Regierung den Friedensprozess verlangsamte und ihre Verpflichtungen nicht erfüllte. Wichtige Entscheidungsträger*innen im Land kritisierten immer wieder die JEP und sogar den Friedensprozess⁽⁶⁾.

Laut Berichten des US-amerikanischen KROC Instituts waren nur 43 Prozent der Maßnahmen des Abkommens weit fortgeschritten oder wur-

den bereits vollständig implementiert. Dabei erfuhren die Maßnahmen für die Transformation des ländlichen Raums bislang die geringste Umsetzung⁽⁷⁾. Ein Grund dafür könnte gewesen sein, dass sich die Maßnahmen der Regierung von den Vereinbarungen entfernten, die ursprünglich getroffen worden waren. Konkrete Beispiele dafür waren die neuen, sogenannten "Zonen für die Zukunft". Dabei handelte es sich um einen ergänzenden Plan zu den vereinbarten „Entwicklungsprogrammen mit territorialem Ansatz — PDET“ und den „Integrierten Gemeinde- und Kommunalprogrammen für Substitution und alternative Entwicklung“. Die neuen Zukunftszonen umfassten weniger Gemeinden als ursprünglich vereinbart. Sie beinhalteten einen Plan, der im Gegensatz zum PDET-Plan ohne die Beteiligung der Gemeinde ausgearbeitet worden war. In diesen speziellen Zonen wurde die militärische Präsenz verstärkt, jedoch wenig für die Verbesserung der Lebens- und Bildungssituation vor Ort getan⁽⁸⁾.

Unternehmensverantwortung

Weitere positive Beiträge der Mechanismen der Übergangsjustiz waren die Recherchen und Ermittlungen zu der Verantwortung von Unternehmen bei der Finanzierung illegaler Gruppen. Die Fälle der großen Konzerne Chiquita und Dole waren bereits seit einigen Jahren bekannt, nun standen jedoch weitere Firmen unter Verdacht, an der Finanzierung illegaler Gruppen beteiligt zu sein⁽⁹⁾. Dazu zählten unter anderem die internationale Firma Drummond, die eine Kohlemine in Kolumbien betreibt, sowie diverse große und kleine kolumbianische Unternehmen⁽¹⁰⁾.



Massaker in Kolumbien im Jahr 2020 laut der Beobachtungsstelle INDEPAZ

Gewalteskalation und Militarisierung

Der kolumbianische Konflikt entwickelte sich 2020 wieder hin zu einem Konflikt um Gebiete für die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und den Anbau legaler und illegaler Monokulturen sowie um die entsprechenden Zugangskorridore zu diesen Gebieten. Revolutionäre und paramilitärische Gruppen, staatliche Streitkräfte und sogar kriminelle ausländische Akteure

konkurrierten um die Kontrolle großer Teile des Landes. Vielen unterschiedliche Stellen beobachteten, dass die Gewalt wieder kontinuierlich anstieg.

Im Etat für den Verteidigungshaushalt war ein erneuter Anstieg auf einen Anteil von circa 13 Prozent des gesamten Regierungsbudgets (3,17 Prozent des BIP) zu verzeichnen⁽¹¹⁾. Dahingegen entsprach das Budget für die Friedenskonsolidierung nur circa 5 Prozent der Staatsausgaben. Diese Ausgaben enthielten das Budget für die JEP, die CEV, die UNBP, das CNMH, für die Maßnahmen zur Wiedergutmachung der Opfer, sowie für die Friedensbildung. Neben dieser verstärkten Militarisierung nahm auch die Überwachung durch Geheimdienste zu. So wurde 2020 bekannt, dass im Jahr 2019 wieder Menschenrechtsverteidiger*innen (MRV), Journalist*innen, Richter*innen und Politiker*innen durch Nachrichtendienste des Militärs ausgespäht worden waren⁽¹²⁾. Diese bereits angespannte Situation spitzte sich durch die Ankunft von Soldaten der Spezialeinheit U.S. Security Force Assistance Brigade (SFAB) im Rahmen einer Ausbildungs- und Beratungsmission gegen den Drogenhandel weiter zu. Dieser Einsatz wurde zunächst ohne die Zustimmung des Kongresses von der Regierung genehmigt⁽¹³⁾.

Mord an politischen und sozialen Vertreter*innen

Das Hohe Kommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen registrierte bis zum 15. Dezember 2020 die Ermordung von 120 MRV, das Nationale Institut für Entwicklung und Frieden (Indepaz) sogar 310⁽¹⁴⁾. Im Zusammenhang damit war eine starke Zunahme von Massakern im Land zu beobachten. Indepaz dokumentierte im letzten Jahr 91 Massaker mit 381 Mordopfern⁽¹⁵⁾. Dazu wurden im Jahr 2020 laut der UN-Mission für den Friedensprozess in Kolumbien 73 Ex-Kombattant*innen der Farc-EP ermordet. Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens stieg die Zahl somit auf 252 Ermordungen⁽¹⁶⁾. Kolumbien erschien wieder auf verschiedenen Listen als gefährlichstes Land für MRV und Umweltaktivist*innen.



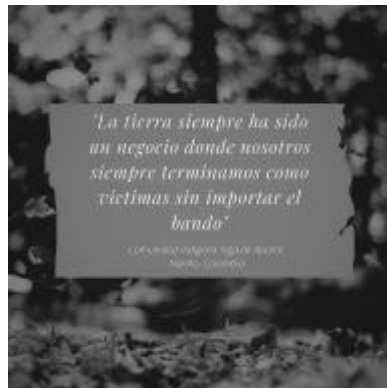
„Stop den Mord an sozialen Anführer*innen in Kolumbien“ - Die Stickers hat eine Kollegin von uns in München entdeckt und fotografiert.

Polizeigewalt und Kriminalisierung des sozialen Protests

Soziale Proteste als Form politischer Partizipation wurden durch extreme Polizeigewalt unterdrückt und durch willkürliche Gerichtsurteile kriminalisiert. Exemplarische Fälle waren die Proteste, die nach der Ermordung eines Rechtsanwalts in Polizeigewahrsam am 9. September aufkamen. Bei diesen Protesten wurden laut UNHCHR 13 Personen durch Schusswaffen von der Polizei getötet und über 248 Protestierende verletzt⁽¹⁷⁾. Im Hinblick auf die Kriminalisierung sozialer Bewegungen war der letzte Fall von drei Mitgliedern der Bewegung "Congreso de los Pueblos" zu nennen, der 2020 für Aufsehen sorgte⁽¹⁸⁾. Im Jahr 2020 wurde auch bekannt, dass die Drogenbehörde der USA (DEA) und die kolumbianische Staatsanwaltschaft an Täuschungsmanövern gegen die Friedensunterzeichner der FARC, Jesús Santrich und Iván Márquez, beteiligt gewesen waren. Sie hatten 2017 und 2018 versucht, den zwei Ex-Kommandanten Drogenhandel anzulasten und auf diese Weise die Umsetzung des Friedensprozesses behindert⁽¹⁹⁾. Aus diesem Grund griffen Santrich und Márquez 2019 wieder zu den Waffen.

Opfergruppen bleiben immer die gleichen

Im Jahr 2020 dokumentierte das UN-Büro für humanitäre Angelegenheiten in Kolumbien (UNOCHA) zwei weitere schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit: den Einsatz von Antipersonenminen und Massenvertreibungen. Die Zahl der Opfer von Antipersonenminen stieg im Vergleich zu 2019 um knapp die Hälfte an. Unter den Opfern waren 11,6 Prozent Minderjährige⁽²⁰⁾. Bei insgesamt 94 Massenvertreibungen verloren mehr als 25.300 Menschen gewaltsam ihr Zuhause. Ungefähr drei Viertel der Menschen, die im Jahr 2020 vertrieben wurden, gehörten indigenen (25 Prozent) und afrokolumbianischen (49 Prozent) Gemeinden an⁽²¹⁾. Ebenfalls ließ sich eine erneute Zwangsrekrutierung von Minderjährigen feststellen⁽²²⁾.



Botschaft anlässlich eines Vortrages bei unserer Rundreise im November

Die kolumbianischen Gäste bei unseren Veranstaltungen berichteten, dass die am meisten vom Konflikt betroffenen Gruppen seit Jahrzehnten die gleichen blieben: Indigene, Afrokolumbianer*innen, bäuerliche Ge-

meinschaften, Gewerkschafter*innen und Umweltaktivist*innen. In den Städten tauchten auch Personen, die der politischen, zivilgesellschaftlichen oder LGBTIQ* Bewegungen angehörten, in den Listen der Ermordeten auf.

Auswirkungen auf der Asylsuche

Deutschland und die Europäische Union (EU) investierten bereits hohe Milliardenbeträge in das Land⁽²³⁾. Diese Investitionen wurden teilweise in Form von Entwicklungskrediten ausgegeben⁽²⁴⁾ und hatten den Effekt, dass sie durch die Erhöhung der kolumbianischen Schulden zu einer politischen Abhängigkeit führten. Diese Abhängigkeit eröffnete den europäischen Ländern unter anderem einen privilegierten Zugang zu Rohstoffen. Außerdem hatten diese Programme auch den Effekt, dass Kolumbien als ein sicheres Herkunftsland bewertet wurde, was mit direkten Konsequenzen für Asylsuchende aus Kolumbien einherging. 2020 flohen 378 Opfer des Konfliktes nach Deutschland. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bearbeitete 2020 insgesamt 509 Asylanträge, wovon jedoch kein Einziger bewilligt wurde. Laut den Asylsuchenden gab die Bundesregierung als Begründung für die Ablehnungen an, dass Kolumbien politisch stabil sei und der Konflikt im Land durch die Auflösung der Guerrilla beigelegt worden sei. Während des gesamten Prozesses der Asylbeantragung litten die betroffenen Asylsuchenden unter Vorurteilen und Anfeindungen ihnen gegenüber und waren durch die Nichtanerkennung ihrer Asylgründe enormen Belastungen, auch psychischer Art ausgesetzt.

Der Gender-Ansatz

Eine weitere positive Auswirkung des Friedensabkommens mit den FARC-EP war das Gewicht, das die Geschlechterfrage gewann. Die kolumbianische Gesellschaft begann langsam, Gender-Themen in verschiedenen sozialen Räumen zu berücksichtigen. Leider war es noch ein sehr neues Thema inmitten einer machohaften und patriarchalischen Kultur. Ein Beispiel dafür waren das mangelnde Interesse der Regierung für das Thema und ihre Politik zum Schutz der LGBTIQ* Community. Bis Juli 2020 erzielten nur 68 Prozent der im Abkommen enthaltenen Bestimmungen mit Gender-Fokus einen gewissen Fortschritt. Noch ein Beispiel dieser machohaften und in Teilen gewaltverherrlichenden Kultur im Land waren schockierende Fälle von Vergewaltigungen indigener, minderjähriger Mädchen durch Mitglieder der Sicherheitskräfte. Im Juli 2020 gab der Kommandeur der kolumbianischen Armee diesbezüglich an, dass die Behörden seit 2016 gegen 118 Soldaten wegen angeblicher Fälle von sexuel-

lem Missbrauch ermittelten.

2020 wurde in Bogotá eine geschlechtsspezifische Quarantäne verhängt, die besagte, dass an einem Tag nur Männer und am anderen Tag nur Frauen das Haus verlassen durften. Trotz transgender-sensibler Bestimmungen in dem Dekret gab es Berichte über einige Fälle von polizeilichem Missbrauch gegenüber Transgendern und nicht-binären Personen⁽²⁵⁾. Diese Diskriminierung wurde auch dadurch untermauert, dass es zwar keine offizielle Statistik gab, wurde jedoch von mehr als 30 Mordfällen an Trans*Frauen im Jahr 2020 erfuhren.

Narco- und Para-Politik

Wir hatten schon im Jahresbericht 2019 unsere Sorge wegen der politischen Spaltung der kolumbianischen Gesellschaft geäußert. Diese Spaltung vertiefte sich 2020 zusehends. Sie betraf auch alternative Bewegungen, die darunter litten, dass sie es nicht schafften, gemeinsame Vertreter*innen zu finden, die sie alle repräsentierten. Die Spaltung wurde durch Ermittlungen und Berichte über Verbindungen zwischen Politiker*innen und paramilitärischen Gruppen oder Drogenhändlern noch vertieft. Die beiden wichtigsten Fälle 2020 dazu waren die Vorwürfe gegen den ehemaligen Präsidenten Alvaro Uribe⁽²⁶⁾ und gegen Präsident Duque. Die Untersuchung gegen Präsident Duque lehnte die Staatsanwaltschaft jedoch ab und ordnete gleichzeitig eine Verhaftung der für die Ermittlungen verantwortlichen Beamten an⁽²⁷⁾. Da dieser Fall zu Beginn der Pandemie aufkam, wurde er durch die Berichterstattung zur Pandemie und durch eine Kommunikationsstrategie zu- gunsten der Regierung überdeckt. Laut der Aufsichtsbehörde zur Überwachung staatlicher Akteure und Institutionen (Procuraduría General) hatte die kolumbianische Regierung angeblich Ressourcen des Friedensabkommens für diese Kommunikationskampagne genutzt⁽²⁸⁾.



Immer wieder dieser Kult der Narkokultur. Werbung für einen Raucherladen in München.

Die starke Nähe von Präsident Duque und dem ehemaligen Präsidenten Uribe zu Verantwortlichen der Legislative stellte 2020 ein besonderes Problem dar und sorgte im Zusammenhang mit verschiedenen Anti-Corona-Maßnahmen zu einer zu starken Machtkonzentration der Regie-

rung⁽²⁹⁾.

Pandemie inmitten eines Konflikts

Die Ausbreitung des Coronavirus traf auf eine, bereits durch andere Gesundheitskrisen gebeutelte Gesellschaft mit einem schwachen Gesundheitssystem. Das Land hatte in den letzten Jahren bereits mit den Krankheiten Dengue-, Zika- und Chikungunya-Fieber zu kämpfen und litt besonders darunter, dass es für diese Krankheiten bisher ebenfalls keinen Impfstoff gab⁽³⁰⁾. Besonders betroffen durch die Pandemie, aber auch durch die Maßnahmen zu deren Bekämpfung, waren immer wieder indigene und afrokolumbianische Gemeinden, Beschäftigte im informellen Sektor, sowie Schüler*innen und Studierende. Circa 70 Prozent der Schüler*innen und Studierenden hatten durch einen schlechten Zugang zu Rechnern oder zum Internet Probleme, regelmäßig am online Unterricht teilzunehmen. Kolumbien belegte eines der ersten Plätze in den weltweiten Statistiken der Infektionszahlen. Die Pandemie forderte viele Opfer und die Infektionslage war in vielen Bereichen, wie beispielsweise in den überfüllten Haftanstalten sehr besorgniserregend⁽³¹⁾. Zusätzlich verstärkte die Pandemie die bereits bestehende extreme soziale Ungleichheit noch weiter.



Die Pandemie hat große Ängste ausgelöst. Hier versuchten Hunderte von Menschen, einen Flug zurück nach Deutschland zu bekommen.

Umwelt

Die Ausgangssperren hatten einen kurzfristigen positiven Effekt auf die Luft- und Wasserqualität der Flüsse in den Städten, was jedoch nicht lange anhielt. Davor überwogen jedoch die negativen Auswirkungen auf die Umwelt und insbesondere auf die Biodiversität im Land. Der wichtigste Grund dafür waren Abholzungen. Offizielle Zahlen der Regierung zeigten, dass im kolumbianischen Amazonasgebiet in den vier Jahren seit dem Beginn des Friedensprozesses bis Juni 2020 mehr als 444.000 Hektar Wald abgeholzt wurden⁽³²⁾. Hauptursachen für die Abholzung im Land waren der Anbau von Koka und Marihuana, die Gewinnung von Kohle, die Vermarktung von Holz und die Viehzucht⁽³³⁾.



Ein Atemzug für die Luft. In Medellín ohne die Verschmutzungswolken waren die Berge wieder deutlich zu sehen.



Auch in Bogotá herrschte die frische Luft während des ersten Lockdowns. Seit vielen Jahren waren die Schneeberge von der Stadt aus nicht mehr zu sehen.

Die Regierung zeigte auch an Umweltfragen kein Interesse. Das Budget für Umwelt und nachhaltige Entwicklung wurde für 2021 deutlich geringer veranschlagt und machte nur 0,3% der geplanten nationalen Ausgaben aus⁽³⁴⁾. Ein weiteres Beispiel war die mangelnde Bereitschaft, das ESCAZU-Abkommen (ein regionaler Vertrag für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit) zu unterzeichnen. 12 Staaten ratifizierten es bereits⁽³⁵⁾. Dieser mangelnde Wille könnte mit dem Druck großer multinationaler Unternehmen zusammengehangen haben, die ihre Interessen durch die Umweltpolitik beeinträchtigt sahen und deshalb den kolumbianischen Staat verklagten⁽³⁶⁾. Auf der anderen Seite gab es auch Klagen von Gemeinden, die von dem Rohstoffabbau betroffen waren.

Die Anzahl der Menschen, die von Naturkatastrophen betroffen waren, besonders von Überschwemmungen und Sturzfluten, stieg um 104 Prozent gegenüber 2019 an. Mindestens 14 Departments (Verwaltungsgebiete) waren durch extreme Regenfälle, die Entwicklung des La-Niña-Phänomens und die Auswirkungen von Hurrikans besonders stark betroffen⁽³⁷⁾.

Ausblick auf 2021

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten, Joe Biden äußerte bereits sein Interesse, die Umsetzung des Friedensabkommens mit den FARC zu unterstützen. Jedoch war er bereits eine Schlüsselperson bei der Gestaltung des gescheiterten "Plan Colombia", der lediglich einseitig den Militärapparat in Kolumbien stark förderte. Deshalb bleibt abzuwarten, wie diese Unterstützung konkret aussehen wird. Folgende Punkte werden auch 2021 einen sehr hohen Stellenwert einnehmen: die Fortsetzung des Friedensprozesses, die Umsetzung der Landreformen und der Bericht der CEV, der im November 2021 vorgestellt wird. Da 2021 einige in den USA inhaftierte

Anführer von demobilisierten Paramilitärs nach Kolumbien ausgeliefert werden, könnten es sein, dass diese ebenfalls zum Aufklärungsprozess beitragen.

Die Regierung wird sich sicherlich auch weiterhin auf den wirtschaftlichen Aufschwung, den Kampf gegen illegale bewaffnete Gruppen sowie auf die Bereitstellung von Impfstoffen gegen das Coronavirus konzentrieren. Die Zivilgesellschaft wird ihrerseits weiterhin auf ein Ende des Konfliktes und die Umsetzung effektiver Maßnahmen drängen, um die Aggressionen gegen gesellschaftliche Vertreter*innen zu beenden. Weitere Themen wie der Wahlkampf im Vorfeld der Wahlen 2022, der Kampf gegen Korruption, die Steuerreform und der Kampf für mehr Umweltschutz werden auch eine wichtige Rolle spielen.

Quellen:

- (1) Daten aus: dane.gov.co, banrep.gov.co und mintrabajo.gov.co
- (2) dane.gov.co/files/investigaciones/pib/especiales/Boletin_enclave_ilicitos_2019pr.pdf
- (3) jep.gov.co/jepcifras/JEP%20en%20cifras%20-%20enero%2029%20de%202021.pdf
- (4) centrodememoriahistorica.gov.co/micrositios/balances-jep/desaparicion.html
- (5) centrodememoriahistorica.gov.co/micrositios/balances-jep/desaparicion.html
- (6) www.las2orillas.co/el-nuevo-ministro-de-defensa-esta-en-contra-de-la-jep
- (7) peaceaccords.nd.edu/wp-content/uploads/2020/12/201207-Corrected-Informe-de-Genero-2020.pdf
- (8) id.presidencia.gov.co/Paginas/prensa/2020/Consejo-de-Seguridad-Nacional-aprobo-los-planes-para-las-Zonas-Futuro-200730.aspx
- (9) colombiainforma.info/wp-content/uploads/2020/01/Base-de-datos-Empresas-Paramilitares.pdf
- (10) verdadabierta.com/solicitan-investigar-a-cuatro-grandes-empresas-por-presunta-financiacion-a-paramilitares
- (11) minhacienda.gov.co/webcenter/ShowProperty?nodeId=/ConexionContent/WC-C_CLUSTER-140009
- (12) procuraduria.gov.co/portal/Procuraduria-llamo-a-juicio-disciplinario-a-dos-generales_-cinco-coroneles_-tres-mayores_-un-teniente-y-dos-suboficiales-del-Ejercito-por-presuntos-perfilamientos-de-ciudadanos.news
- (13) amerika21.de/2020/06/240471/us-elitetruppe-kolumbien
- (14) indepaz.org.co/lideres/
- (15) indepaz.org.co/informe-de-masacres-en-colombia-durante-el-2020
- (16) colombia.unmissions.org/sites/default/files/english_version_20_enero_2021_informesg_dic2020.pdf
- (17) movimientodevictimas.org/protoger-a-quienes-nos-asesinan-es-una-conducta-de-un-gobierno-fascista-y-genocida und twitter.com/ClaudiaLopez/status/1304616215474769920

- (18) amerika21.de/2020/12/246358/hetzjagd-oppositionelle-kolumbien
- (19) amerika21.de/2020/11/245370/tacuschung-dea-farc-kolumbien
- (20) reliefweb.int/report/colombia/colombia-impacto-humanitario-y-tendencias-de-2020-15-de-enero-de-2020
- (21) reliefweb.int/report/colombia/colombia-impacto-humanitario-y-tendencias-de-2020-15-de-enero-de-2020
- (22) defensoria.gov.co/es/nube/comunicados/9743/Defensor%C3%ADa-alerta-por-reclutamiento-forzado-de-menores-durante-pandemia-reclutamiento-forzado-Defensor%C3%ADa.htm
- (23) ec.europa.eu/germany/news/eu-unterst%C3%BCtzt-friedensprozess-kolumbien-mit-575-millionen-euro_de
- (24) auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/kolumbien-node/bilateral/201522?openAccordionId=item-201526-0-panel
- (25) eldesgobiernodelaprendiz.info
- (26) en.wikipedia.org/wiki/Matarife
- (27) las2orillas.co/indignacion-contra-fiscal-por-captura-de-investigadores-que-descubrieron-nenepolitica
- (28) semana.com/semana-tv/semana-noticias/articulo/la-respuesta-del-gobierno-a-la-procuraduria-sobre-contrato-con-du-brands/676629
- (29) elespectador.com/noticias/politica/advierten-que-concentracion-del-poder-en-manos-de-duque/
- (30) youtu.be/9oxT0H4IQqY
- (31) oeku-buero.de/nachricht-508/kolumbien-in-zeiten-der-corona-pandemie.html#fuss1
- (32) maaproject.org/2020/colombia-2020
- (33) ideam.gov.co
- (34) idm.presidencia.gov.co/prensa/se-aprobo-presupuesto-general-de-la-nacion-para-2021-con-el-monto-mas-alto-201019
- (35) sostenibilidad.semana.com/actualidad/articulo/en-abril-entrara-en-vigor-el-acuerdo-de-escazu-y-colombia-sigue-sin-ratificarlo/58961
- (36) elcolombiano.com/colombia/las-14-millonarias-demandas-internacionales-contra-colombia-FI12297750
- (37) reliefweb.int/report/colombia/colombia-impacto-humanitario-y-tendencias-de-2020-15-de-enero-de-2020

Aktivitäten zu Kolumbien

Für unsere Arbeit war das Jahr 2020 sehr bewegend. Generell lassen sich unsere Aktivitäten thematisch in die Bereiche historisches Gedächtnis, Umweltgerechtigkeit, Unternehmensverantwortung, Friedenskonsolidierung sowie aktuelle politische und gesellschaftliche Ereignisse einordnen. In 13 Veranstaltungen haben wir mit unseren Themen über 550 Personen direkt erreicht. Dazu kamen verschiedene Presseveröffentlichungen, Netzwerksitzungen und ein Kooperationsprojekt mit einer Schule. Verstärkt wurde unsere Arbeit durch Advocacy Aktionen und Kampagnen. Unsere Plattform klimasolidaritaet.de erhielt im gesamten Jahr über 20.000 Besuche. Wir haben unsere Vernetzung sowohl in

Deutschland wie in Kolumbien erweitert. Wir sind nun nicht nur Teil der Menschenrechtskoordination Kolumbien (MRKK) sondern auch Mitglied eines neuen Netzwerkes von Kollektiven in Deutschland, die eine solidarische Arbeit für Kolumbiener leisten. Es freut uns auch sehr, dass wir auch die Akti-



Drehort eines Videos der Plattform Klimasolidarität und einige Monaten auch unser "Büro"

vitäten der kolumbianischen Wahrheitskommission (*Comisión para el Esclarecimiento de la Verdad* - CEV) unterstützen durften.

Erinnerungsarbeit

Wir haben drei Veranstaltungen in diesem Bereich durchgeführt, die erste im Juni zusammen mit dem Verein Aluna Minga zum Thema „Aufarbeitung der Vergangenheit und Zeugenschaft im kolumbianischen Friedensprozess“ mit Johannes Klein, der zu diesem Thema promovierte. Johannes erläuterte, wie wichtig die Zeugenschaft für die Friedenskonsolidierung ist, zeigte aber auch ganz kritisch auf, welche Probleme hinterherkommen könnten, wie etwa die Re-Viktimisierung der Zeug*innen.

Im Juni haben wir ebenfalls eine Veranstaltung der Arbeitsgruppe zur Unterstützung der CEV in Deutschland bei der Koordinierung unterstützt. Es ging um ein Gespräch mit verschiedenen Vertreter*innen indigener und afrokolumbianischer Gemeinden in Kolumbien, unter dem Titel „Memoria, resistencia y participación para la defensa de la vida en

el Cauca y el Chocó“ (Erinnerung, Widerstand und Engagement fürs Leben). Bei der Veranstaltung haben unsere Gäste gezeigt, wie schwierig die Friedens- und Erinnerungsarbeit inmitten eines Konfliktes ist, der offiziell nicht existiert. Drei der Gäste befanden sich in Spanien, da sie an einem Schutzprogramm für MRV teilnahmen. Ein anderer Gast konnte nicht teilnehmen, weil seine Gemeinde von bewaffneten Männern besetzt wurde. Wichtig für die Gäste war, auf die Schwierigkeiten in der Region durch die starke Militarisierung bei gleichzeitigem Mangel an sozialen Maßnahmen hinzuweisen. Ein Thema war auch die Situation von Frauen und der LGBTIQ*-Gemeinschaft, die noch immer sehr stark unter der Gewalt leiden.

Diversität

Die Gewalt gegen die LGBTIQ* Community hat uns sehr bewegt. Seit Anfang des Jahres hatten wir einen Trans*Aktivisten aus Bogotá unterstützt. Wir haben im Juli mit ihm und mit Kollektiven in Europa eine Veranstaltung zusammen konzipiert, die von verschiedenen Arbeitsgruppen der Wahrheitskommission koordiniert wurde. Die Veranstaltung erlaubte unserem Freund, neue Kontakte zu knüpfen und Kooperationen aufzubauen.

Klimasolidarität, soziale und Klimakonflikte und Unternehmensverantwortung

Im Jahr 2020 haben wir eine spanische Version unserer Plattform klimasolidaritaet.de programmiert. Die Plattform wurde mit einer Analyse der Auswirkungen von Großstaudämmen und 9 neuen Videos mit solidarischen Ideen gegen den Klimawandel ergänzt. Mit den Materialien der Plattform und dem Konzept der Klimasolidarität selbst haben wir uns an verschiedenen Aktionen beteiligt. Im Januar nahmen wir an dem Kongress „Vamos! Zukunftswege gestalten – Perspektiven aus Lateinamerika“ teil, der von MISEREOR, ZILAS



Teilnahme an dem Kongress Vamos! wo das Konzept der Klimasolidarität diskutiert wurde

und Casa Latinoamerica e.V. organisiert wurde. Dort durften wir bei einem Austausch zwischen Zivilgesellschaft, NGO und Wissenschaftler*innen unser Projekt vorstellen und konnten neue Köpfe für das Team

gewinnen. Im Lauf des Jahres haben wir die Plattform bei mehreren Gelegenheiten präsentiert, so zum Beispiel bei den Versammlungen von Fridays For Future, Students For Future und anderen Bewegungen, die für Klimagerechtigkeit kämpfen.

Für März hatten wir im Rahmen unserer Arbeit zu Klimasolidarität eine Reihe von Theateraufführungen des Stückes "Carbon" der Gruppe Freaks und Fremde aus Dresden vorbereitet. Leider konnten sie wegen der Einschränkungen durch die Pandemie nicht stattfinden.

In der zweiten Jahreshälfte wollten wir eine Rundreise mit zwei Vertretern von Bewegungen, die sich für Umweltgerechtigkeit und Unternehmensverantwortung einsetzen, durchführen. Wegen der Corona-Situation geschah dies virtuell und unter einem anderen Konzept. Die Rundreise umfasste sechs Veranstaltungen und ein Seminar unter dem Namen „Rohstoffausbeutung und Konflikt in Kolumbien nach dem Friedensabkommen von 2016“. Die Veranstaltungen fanden im November und Dezember statt. Dabei kooperierten wir mit verschiedenen kleinen und großen Organisationen aus 9 verschiedenen Städten in Deutschland. Wir sind virtuell durch verschiedene Regionen in Kolumbien gereist, wobei wir uns über die Auswirkungen von Großstaudämmen, illegalen und legalen Monokulturen sowie Nickel-, Gold- und Kohleabbau ausgetauscht haben. Wir haben auch schöne kolumbianische Volksmusik genossen.

Ziel der Rundreise war, einen Diskussionsraum anzubieten zum Thema Rohstoffausbeutung, in Regionen, die sehr stark vom Konflikt betroffen waren. Konzepte wie Klimasolidarität, Klimagerechtigkeit und Unternehmensverantwortung wurden in einem dreistündigen Online-seminar diskutiert und analysiert. Ergebnisse der Diskussionen waren die Wahrnehmung des Konflikts in Kolumbien als einen sozial-ökologischen Konflikt und die Bedeutung der Beteiligung der Kolumbianer*innen im Ausland und der internationalen Gemeinschaft.



Rede bei einer Kundgebung von Students For Future auf dem Geschwister-Scholl Platz in München

Die Gäste haben gezeigt, wie der Konflikt in den Regionen zunimmt, wie die Streitkräfte immer noch als Täter und nicht als Verteidiger agieren und wie die Umweltzerstörung besorgniserregend zunimmt.



Die Aufnahmen der Rundreise sind in Spanisch auf unserem Youtube-Kanal verfügbar. Mit den Statistiken sind wir sehr zufrieden.

Schularbeit: Klimagerechtigkeit und Migration

Trotz der Einschränkungen durch die Pandemie ist es uns gelungen, ein Schulprojekt im Form eines "Projekt-Seminars" in Kooperation mit dem Michaeli-Gymnasium in München-Neuperlach durchzuführen. Wir haben verschiedene thematische Inputs vorgetragen und dazu technische Workshops für die Schüler*innen angeboten. Als Ergebnis organisierten die Teilnehmer*innen eine Ausstellung und drehten vier Videos. Eines davon beleuchtet die Probleme der Kohleförderung in Kolumbien und deren Beziehung zu Deutschland, ein anderes den Einsatz von Luftkanonen gegen Hagel im Zusammenhang mit dem deutschen Automobilbau in Mexiko. Die Ausstellung bestand aus Fotos, Porträts und Texten über Erfahrungen von Menschen, die versuchten, die Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten zu überqueren. Als Einladung zu dieser Ausstellung ist ein weiteres Video entstanden.

Unternehmensverantwortung

Unternehmensverantwortung war nicht nur bei der oben genannten Rundreise Thema. Anfang des Jahres hat unser Kolumbienreferent Informationen zum Wasserkraftwerk Hidroituango in Kolumbien für die Teilnahme an der Jahreshauptversammlung von SIEMENS vorbereitet. Auch haben wir uns einem Communiqué angeschlossen, in dem die Organisation Rios Vivos fordert, dass sowohl nationale als auch internationale Unternehmen für ihre Verantwortung für die Katastrophen und sozialen Probleme, die durch den Bau des oben genannten Staudamms verursacht wurden, zur Rechenschaft gezogen werden⁽¹⁾.

Ein weiteres Thema, das uns im Jahr 2020 beschäftigte, war die illegale Lieferung von Waffen nach Kolumbien durch das Unternehmen Sig Sauer. Das Unternehmen wird dafür zum zweiten Mal verklagt. Nach einer Anfrage bei den kolumbianischen Behörden haben wir festgestellt,

dass verschiedene kriminelle Akteure Waffen dieser Firma für ihre Verbrechen verwenden.

Öffentlichkeitsarbeit und Advocacy

Zu den Aufgaben, die viel Zeit in Anspruch nahmen, gehörte die Öffentlichkeitsarbeit. Vor allem waren ganz wichtig die soziale Netzwerke und die E-Mails, um Nachrichten, Informationen und Anfragen unserer Kolleg*innen aus Kolumbien weiterzuleiten. Auch veröffentlichten wir Informationen, die sich insbesondere auf das CEV oder auf Probleme bezogen, die sich aus den Beschränkungen ergaben.

Weitere Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit waren Programme für unsere Sendungen bei Radio Lora, der Öku-Büro-Newsletter sowie Artikel für Medien wie amerika21, unter anderem zum Thema Coronavirus in Kolumbien.

Im Juni 2020 wurde Carlos Lehder Rivas, einer der größten Drogenbarone in Kolumbien in den 1970er und 80er Jahren, nach seiner Haftentlassung aus den USA nach Deutschland überstellt. Der 70-Jährige besitzt neben der kolumbianischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft. Für die Opfer des Medellín-Kartells und kolumbianische Menschenrechtsgruppen wäre es wünschenswert gewesen, Lehder aufzufordern, zum Prozess der Wahrheitsfindung beizutragen und entsprechende Aussagen zu machen. Wir haben dieses Anliegen in den Bundestag getragen.

Weiterhin haben wir uns verschiedenen Kampagnen unter anderem zu den Themen Polizeigewalt und Morde an Aktivist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen angeschlossen. Zu diesen Themen wurden Petitionen an Mitglieder des Deutschen Bundestages versendet. Darüber hinaus haben wir Asylsuchende weiter unterstützt und sind einem Arbeitskreis zu diesem Thema beigetreten.

Asylsuche in Deutschland war aber nicht die einzige Anfrage, die wir von MRV direkt bekommen haben. Wir haben verschiedene Fälle begleitet, wie den von zwei jungen Männern, die



Dreharbeiten für eine Kampagne zur Unterstützung des Generalstreiks und gegen die Ermordung sozialer Anführer*innen im Land.

von der Polizei Ende 2019 gewaltsam verschleppt wurden. Die Strafverfolgung der mutmaßlichen Täter wurde nie zu Ende geführt, unter anderem wegen der Einschränkungen durch die Pandemie. Es gibt noch keine Hinweise, was mit den beiden passiert ist.

Wir erwähnten schon die Unterstützung für den Trans*Genossen in Bogotá. Ebenso haben wir einen indigenen Vertreter, der dem Öku-Büro sehr nahe steht, unterstützt. Er wurde von indigenen Mitbürgern, die sich mit einer Gruppe von Drogenhändlern verbündeten, aus seiner Gemeinde vertrieben. Der Genosse wird für seine Arbeit zur Verteidigung seiner Gemeinschaft kriminalisiert.

Vernetzung

Als Ergebnis der virtuellen Rundreise zum Thema Rohstoffabbau und Konflikt haben wir uns entschlossen, eine Veranstaltung über das Engagement von in Deutschland lebenden Kolumbianer*innen zu wichtigen Themen in Kolumbien zu organisieren. Die Veranstaltung mit dem Titel „Bürgerschaftliches Engagement über Grenzen hinaus“ war der Beginn eines Netzwerks kolumbianischer Kollektive in Deutschland, die sich mit Fragen der Solidarität mit Kolumbien beschäftigen.

Bei der MRKK nahmen wir an den für 2020 geplanten Sitzungen online teil und unterstützten die Veranstaltung "Autoritarismus, Krieg und Pandemie. Menschenrechtliche Bilanz des zweiten Regierungsjahrs Duque", die von mehreren Organisationen der MRKK organisiert wurde⁽²⁾.

Blick auf 2021/2022

Wir glauben, dass lokale Bemühungen, die auf Solidarität und nachhaltigem und gemeinnützigem Wirtschaften basieren, zu Modellen für



Manuel de la Rosa und Tatiana Guprad begleiteten uns auch in diesem Jahr virtuell mit ihrer Musik.



Bei der Rundreise in November waren sie nicht nur als Musikerin und Musiker sondern auch als Referent*innen dabei und haben über die aktuelle Lage in der Region Montes de Maria berichtet.

strukturelle Veränderungen werden müssen, besonders in Zeiten der Krise. Deshalb bleibt das Konzept der #klimasolidarität der Eckpfeiler unserer täglichen Arbeit bei der Kolumbienstelle. In diesem Sinne bleiben als wichtigste Themen die online Plattform und die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sowie die Beobachtung und Unterstützung der Fortsetzung des Friedensabkommens. Im November 2021 wird das Abkommen 5 Jahre alt. Eine wichtige Rolle werden auch Solidarität, alternative Bildung und studentische Widerstandsbewegungen und die weitere Unterstützung der historischen Erinnerungsarbeit und des Friedensaufbaus in Kolumbien spielen. Wir werden uns ferner mit dem Thema Drogenhandel und den Folgen der Drogenproduktion für Mensch und Natur beschäftigen.

Quellen:

- (1) riosvivoscolombia.org/proteccion-para-las-comunidades-frente-al-riesgo-por-covid-19-generado-por-hidroituango
- (2) eldesgobiernodelaprendiz.info



Eines der vielen virtuellen Treffen, diesmal mit Vertreter*innen der Kollektive von Kolumbianer*innen in Deutschland.

Länderbericht

Zwei Themen beherrschten das Jahr 2020 in Nicaragua: Die Folgen der Pandemie COVID-19 und der beiden Hurrikane ETA und IOTA sowie die Wahlen im November 2021. Die Regierung bereitete sich auf diese Wahlen vor, indem sie die seit den Protesten 2018 ausgeübte Repression weiter verstärkte. Mit einer Reihe neuer Gesetze hofft sie, Kritik endgültig zum Verstummen zu bringen. Die politische Opposition setzt darauf, dass internationaler Druck die Regierung zu Wahlreformen zwingen wird und hofft dann, mit einer nationalen Koalition, die Regierung Ortega-Murillo besiegen zu können. Bisher sieht es aber so aus, als ob eine Vereinigung aller oppositionellen Kräfte kläglich scheitern wird.

Die Regierung Ortega und die Corona-Krise

Wie die Regierung Ortega im vergangenen Jahr versuchte, die Corona-Pandemie zu bewältigen, ist mehr als dubios. Am 9. März beschäftigte sich die Vizepräsidentin Rosario Murillo in ihrer täglichen Nachrichtensendung erstmals mit dem Thema Corona. Sie informierte die Nicaraguaner*innen, dass die WHO weltweit schon über 100.000 Fälle registriert habe, dass es aber in Nicaragua, Gott sei Dank, noch keinen Fall gegeben habe. Vier Tage später rief sie für Samstag, den 14. März zu landesweiten Märschen auf, die unter dem Motto standen „Liebe in der Zeit von Covid-19“.⁽¹⁾ Im Fernsehen konnte man sehen, dass dem Aufruf viele gefolgt waren, dicht gedrängt und ohne Masken. Sicher waren auch wieder Staatsangestellte dabei, für die solche „freiwilligen“ Aktionen Pflicht sind, wenn sie nicht ihre Stelle riskieren wollen. In der Woche darauf verkündete Rosario Murillo, dass der erste Fall Covid-19 in Nicaragua aufgetreten sei.

Seither veröffentlicht das Gesundheitsministerium MINSA regelmäßig Zahlen zu Covid-19, die aber immer so niedrig ausfallen, dass sie allgemein angezweifelt werden. Ansonsten blieb die Regierung bei ihrer Ver-



Plakat zu dem Aufruf zu den Märschen „Liebe in der Zeit von Covid-19“

harmlosung der Gefahr der aufziehenden Pandemie, hat bis heute nicht auf Massenversammlungen verzichtet, und achtete vor allem darauf, dass sie die Kontrolle über die Zahlen behielt. Diese Politik erregte großen Widerstand in Teilen des Medizinsektors. Dort bemühte man sich unabhängig vom Gesundheitsministerium Zahlen von an Covid-19 Erkrankten und Gestorbenen zu bekommen. Es bildete sich die Organisation *Observatorio Ciudadano COVID-19*, die eigene Untersuchungen anstellte und dabei auf viel höhere Werte kam.⁽²⁾ Zum Beispiel veröffentlichte die Organisation in der letzten Dezemberwoche, dass sie bisher 11.993 Krankheits- und 2.867 Todesfälle gezählt hätten. Dem gegenüber waren die Zahlen des MINSA 6.046 Kranke und 165 Tote – beides sehr viel geringere Werte als die in den Nachbarländern. Die Werte vom *Observatorio Ciudadano* sind aber nur Schätzwerte, die Zahlen stützen sich nicht auf „Labortests oder klinische Diagnosen“, wie die Organisation betont. Außerdem passen die Zahlen für Erkrankungen und Todesfälle nicht gut zusammen. Die „Verdachtsfälle“ auf Covid-19 sind in der Größenordnung wie sie auch in den Nachbarländern gemeldet werden. Hingegen ist die Zahl der Toten vergleichsweise sehr viel höher. Wenn man die Zahlen der Johns Hopkins University für die Nachbarländer den Zahlen des *Observatorio Ciudadano* für Nicaragua gegenüber stellt, so liegt die Todesrate in den Nachbarländern zwischen 1 und 4 %. *Observatorio Ciudadano* kommt aber auf einen Wert von fast 24 %⁽³⁾. Abgesehen davon ist aber offensichtlich, dass die Zahlen des Gesundheitsministeriums zu niedrig sind. Dies ist wohl auch die Wahrnehmung der WHO, die mehrfach die nicaraguanische Regierung um genauere Informationen gebeten hat.

Viele Organisationen der Zivilgesellschaft haben Aufklärungsarbeit über Corona geleistet und die Bevölkerung zu Vorsorge und Selbstschutz animiert. Was nicht immer überzeugend gelang. So lief über soziale Medien die Kampagne „*quédate en casa*“ (bleib zu Hause). Dies ist jedoch keine allgemein praktikable Strategie in einem Land, in dem 80 % der Bevölkerung im informellen Sektor arbeitet und nicht über die notwendigen Ressourcen verfügt, um zuhause bleiben zu können. Die Reaktion der Regierung auf die Kampagne war harsch. Der Präsident selbst hat die Kampagne in einer Fernsehansprache zurückgewiesen mit der Unterstellung, sie hätte die Zerstörung des Landes zum Ziel und würde von den gleichen Leuten betrieben, die dies schon einmal im April 2018 versucht hätten.⁽⁴⁾ Dies ist typisch für die Art und Weise, wie die Regierung auf Kritik reagiert. Und es passt zu den verschiedenen Fällen im Lauf der Corona-Krise, in denen Angestellte des Gesundheitswesens entlassen wurden, weil sie sich kritisch zur Gesundheitspolitik der Regierung geäu-

Bert hatten.⁽⁵⁾

Repression und ihre gesetzliche Verankerung

Die Repression wurde auch sonst im Jahr 2020 systematisch ausgebaut. Jeder Versuch einer Demonstration wurde von der Polizei im Keim erstickt. Sowohl politische Opposition als auch die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und kritischen Medien wurde im vergangenen Jahr noch schwerer, als es sowieso schon war. Aber es wird wohl noch schlimmer werden.

Es wurden im vergangenen Jahr einige Gesetze verabschiedet, die Kritik in Zukunft noch riskanter machen werden. Im Oktober 2020 verabschiedete die Nationalversammlung zwei Gesetze, die ganz offensichtlich der Regierung weitere „legale“ Mittel in die Hand geben sollen, um gegen missliebige Personen vorzugehen. Am 15. Oktober wurde das „Gesetz zur Regulierung ausländischer Agenten“⁽⁶⁾ verabschiedet. Es hat angeblich zum Ziel, die Finanzierung von Personen und Organisationen durch ausländische Quellen zu regulieren. Ein durchaus legitimes Ziel. Aber schon der Name „ausländische Agenten“ für alle, die Geld aus dem Ausland erhalten, zeigt, dass ein bestimmtes Ziel verfolgt wird. Da in Nicaragua viele Menschen Geld aus dem Ausland erhalten, gibt es eine lange Liste von Ausnahmen, die keine „ausländischen Agenten“ sind: Empfänger*innen von Remesas, Wirtschaftsunternehmen, Niederlassungen ausländischer Unternehmen, humanitäre und kirchliche Organisationen usw. Übrig bleiben vor allem NGOs, Medien und ihre Mitarbeiter*innen. Sie müssen sich in ein beim Innenministerium angesiedeltes Register einschreiben lassen, damit ihre Aktivitäten monatlich (!) analysiert und beurteilt werden können. Die damit verbundene Bürokratie, die nicht unbedingt funktionieren muss, gestattet es den Behörden bestimmt bei jeder Person, die das Missfallen der Regierung erregt hat, Verfehlungen zu finden.

Das zweite Gesetz, das „Gesetz zur Cyberkriminalität“⁽⁷⁾, das am 27. Oktober verabschiedet wurde, ist ähnlich strukturiert. Es gibt vor, die digitale Kommunikation regulieren zu wollen. Es wird aber sicher ein Mittel mehr sein, um Kritik an der Regierung zu erschweren. Die entscheidenden Passagen findet man im Artikel 30. Hier werden Strafen von mindestens einem Jahr vorgesehen für diejenigen, die "unter Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien falsche und/oder verzerrte Informationen veröffentlichen oder verbreiten, ...". Was falsche oder verzerrte Informationen sind, ist im Gesetz nicht definiert, wird also im Ermessen der Gerichte stehen, und die werden sicher



In der Nationalversammlung hat die FSLN mit 71 von 92 Sitzen eine erdrückende Mehrheit

im Sinne der Regierung entscheiden. Dieses Gesetz wurde flankiert von einem Präsidialdekret zur Nationalen Cybersicherheitsstrategie. Dessen Ziel ist es, die staatliche Kontrolle über das Internet zu intensivieren.

Im Dezember wurde dann noch das „Gesetz zur Verteidigung der Rechte des Volkes auf Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstbestimmung für den Frieden“⁽⁸⁾ verabschiedet. Es besteht praktisch aus einem Artikel und der spricht für sich selbst: „Nicaraguaner*innen, die einen Staatsstreich anführen oder finanzieren, die die verfassungsmäßige Ordnung verändern, die zu terroristischen Handlungen auffordern oder anstiften,“ ... usw. ...“ die die Verhängung von Sanktionen gegen den Staat Nicaragua und seine Bürger fordern, verherrlichen und beklatschen, sowie all diejenigen, die den höchsten Interessen der Nation, die in der Rechtsordnung vorgesehen sind, schaden, sind "Vaterlandsverräter" und können daher nicht gewählt werden.“ ... Wie gesagt, das Gesetz hat nur einen Artikel und in dem ist keiner der verwendeten Begriffe definiert. Natürlich denkt man sofort daran, dass die Regierung denjenigen, die an den Protesten 2018 teilgenommen haben, immer wieder vorwirft, sie seien „golpistas“, also auf einen „Staatsstreich“ aus gewesen. Es ist ganz offensichtlich, dass sich die Regierung damit auf die kommenden Wahlen vorbereitet und ein Mittel geschaffen hat, mit dem sie notfalls ihr unangenehme Kandidat*innen der Opposition verhindern kann. Dabei kann

sie sich, genauso wie bei den anderen Gesetzen, auf die Justiz verlassen, die sie inzwischen vollständig kontrolliert.

Außerdem hat die Regierungsmehrheit eine Verfassungsänderung beschlossen und lebenslänglich als maximale Haftstrafe eingeführt. Dieses Strafmaß kann in Zukunft bei „Hassverbrechen“ verhängt werden.⁽⁹⁾

Die Situation der Presse

Die Arbeitsbedingungen für kritische Medien ist seit den Protesten im Jahr 2018 unverändert schwierig. Die Zeitung *Confidencial* und der Fernsehsender *100% Noticias* sind weiter geschlossen. Sie versuchen als Internetportale weiterzuarbeiten. Am 11. September 2020 wurde die Einrichtung des Fernsehsenders *Canal 12* beschlagnahmt.⁽¹⁰⁾ Die Steuerbehörde DGI macht eine Steuerschuld von 21 Millionen Cordoba (US\$ 600.000) aus den Jahren 2011 bis 2013 geltend. *Canal 12* ist neben dem Sender *Canal 10* der einzige Sender in Nicaragua, der noch nicht von der Regierung kontrolliert wird. Dieses Vorgehen ähnelt sehr den Schikanen staatlicher Institutionen gegenüber der Zeitung *La Prensa*. 75 Wochen hatte der Zoll das Zeitungspapier, das *La Prensa* importieren wollte, festgehalten, am 7. Februar wurde das Material plötzlich freigegeben.⁽¹¹⁾ Ganz offensichtlich sollte die Zeitung ausgehungert werden. Sie hat aber überlebt, indem sie die Seitenzahl verringerte, Personal entließ und mit Internetabonnements neue Geldquellen erschloss.

Situation der Menschenrechte

Dass unter solchen Bedingungen immer wieder Menschenrechtsverletzungen gemeldet werden, kann nicht überraschen. Obwohl die Regierung bestreitet, dass es in Nicaragua politische Gefangene gibt, gehen Menschenrechtsorganisationen davon aus, dass Ende 2020 noch 110 Personen als solche angesehen werden mussten.⁽¹²⁾ Die Informationen, die von der Organisation *El Mecanismo* dazu veröffentlicht wurden, sind nicht sehr detailliert, sodass es schwer fällt zu beurteilen, ob man wirklich in allen der 110 Fälle von politischen Gefangenen sprechen kann. Aber es existieren klare Indizien dafür, dass es seit den Protesten 2018 in Nicaragua immer noch politische Gefangene gibt. Zum Jahreswechsel 2019/2020 waren nach Vermittlungen des Vatikans und des Internationalen Roten Kreuzes 91 Regimegegner*innen in den Hausarrest entlassen worden⁽¹³⁾ – ein nicht zu übersehendes Eingeständnis der Regierung, dass es politische Gefangene gab. Menschenrechtsorganisationen machten gleichzeitig

darauf aufmerksam, dass immer noch 65 Regimegegner*innen in Gefangenschaft wären. Dass diese Zahl inzwischen auf 110 gestiegen ist, zeigt, dass die politische Situation im Land immer noch weit von der Normalität entfernt ist, die die Regierung fast täglich beschwört.

2020 ereigneten sich die gravierendsten Menschenrechtsverletzungen bei der indigenen Bevölkerung an der Atlantikküste. Besonders die Zahl der Übergriffe auf Siedlungen der Mayangna im Biosphärenreservat Bosawás ist gestiegen. Die Ursachen sind älter und tieferliegender. Es geht dabei um schon lang andauernde Landkonflikte. Die indigene Urbevölkerung wird schon seit langem von der aus der Pazifikregion nach Osten strömenden mestizischen Bevölkerung mit allen Mitteln verdrängt. Dieser Konflikt hat sich im vergangenen Jahr verschärft und gezeigt, dass sich die nicaraguanische Regierung nicht genügend um den Schutz der Indigenen kümmert. 2020 wurden mehrfach Überfälle von Kolonisten auf Gemeinden der Mayangna und Miskito gemeldet.⁽¹⁴⁾ Der blutigste Überfall ereignete sich am 29. Januar auf die Mayangna-Gemeinde Alal im Biosphärenreservat Bosawás. Nach Aussagen der Angegriffenen überfielen 80 Angreifer das Dorf, vier Menschen wurden ermordet. Über das Verbrechen wurde weltweit berichtet. Vermutlich war dies die Ursache dafür, dass auch staatliche nicaraguanische Medien darüber berichteten und die Polizei aktiv wurde. Nach knapp zwei Wochen präsentierte die Polizei einen Schuldigen, sieben weitere seien identifiziert worden, wären aber flüchtig.⁽¹⁵⁾ Weitere Personen wurden

bisher nicht gefasst. Am 8. Juni meldeten Mitglieder der Gemeinde Alal, der einzige Inhaftierte befinde sich wieder auf freiem Fuß.⁽¹⁶⁾ Die Menschenrechtsorganisation CALPI berichtete von weiteren Überfällen im Jahr 2020, bei denen acht weitere Personen ermordet wurden. In den staatlichen Medien wurde darüber nicht berichtet.



Der einzige Schuldige für vier Tote und den Überfall auf das Dorf Alal, inzwischen angeblich wieder auf freiem Fuß

Weitere internationale Sanktionen

Die hier geschilderten anhaltenden Repressionen und Menschenrechtsverletzungen sind die Begründung für Sanktionen, die auch im Jahr 2020 wieder gegenüber Nicaragua verhängt wurden. Neben Einzelpersonen wie hohe Repräsentanten der Polizei, dem Finanzminister, dem Armeechef und Berater aus dem Umkreis Ortegas und einem weiteren Sohn sanktionierten die USA auch wieder Institutionen. Auch die EU und die Schweiz verhängten Sanktionen gegen Personen aus dem Kreis der von den USA Sanktionierten.

Die Wirtschaft schrumpft im dritten Jahr nacheinander

Die Folgen der Proteste im Jahr 2018 und der Corona-Pandemie sowie der beiden Hurrikane ETA und IOTA Ende 2020 haben gravierende wirtschaftliche Folgen für das Land. Diese lassen sich aber nicht einfach beziffern, da die Zentralbank neuerdings verschiedene Veröffentlichungen, zu denen sie per Gesetz verpflichtet ist, zurückhält. Daher können hier nur Zahlen des Wirtschaftswissenschaftlers Néstor Avendaño genannt werden, die teilweise auf Schätzungen beruhen.⁽¹⁷⁾ Aus einigen dieser Zahlen kann man schließen, wie stark die Menschen in Nicaragua betroffen und geschädigt sind. Die Zahl der Menschen, die im formellen Sektor (mit Sozialversicherung) arbeiten, fiel von 2017 bis 2020, jeweils zum Ende des dritten Quartals, um 21.8%. Die Ausgaben der privaten Haushalte fiel im gleichen Zeitraum um 9 %, die Importe sanken um 19.6%. Alles deutet darauf hin, dass es vielen Nicaraguaner*innen heute wesentlich schlechter geht als vor drei Jahren. Die Regierung verweist lieber auf die gesamtwirtschaftlichen Zahlen, die tatsächlich besser aussehen, weil der Export in der Zeit sogar um 11 % gestiegen ist. Das hat aber einen einzigen makaberen Grund – der Goldpreis ist in der Zeit um 36 % gestiegen. Seit diesem Jahr ist Gold das Hauptausfuhrprodukt Nicaraguas.⁽¹⁸⁾

Neue humanitäre Kredite

Seitdem Ende 2018 in den USA der sogenannte Nica Act in Kraft getreten war, hatte Nicaragua kaum noch Zugang zu internationalen Krediten. Mit der Coronakrise und den Schäden durch die Hurrikane ETA und IOTA änderte sich das, erleichtert dadurch, dass in den USA der Wechsel von Trump zu Biden anstand. Am 20. November 2020 genehmigte der Internationale Währungsfonds⁽¹⁹⁾ Nicaragua einen Kredit von US\$185,32 Millionen, um die wirtschaftlichen Folgen der

Corona-Pandemie zu bewältigen. Nur ein paar Tage später, am 23. November 2020, gab die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) bekannt, dass die von den Hurrikanen ETA und IOTA am schwersten betroffenen zentralamerikanischen Länder mit US\$1.200 Millionen beim Wiederaufbau unterstützt würden.⁽²⁰⁾ Das sind gute Voraussetzungen dafür, dass die Wirtschaft wieder Tritt fassen kann.

Die Opposition taumelt der Wahl entgegen

Was in diesem Bericht bisher zur aktuellen Situation in Nicaragua gesagt wurde, macht ganz klar, dass es im Augenblick wirklich nicht leicht ist, den Wähler*innen eine überzeugende politische Opposition anzubieten. Die Regierung versucht das mit allen, teilweise sehr repressiven Mitteln zu verhindern. Und es ist völlig klar, dass unter diesen Bedingungen eine erfolversprechende Strategie nur die Bildung eines möglichst breiten Bündnisses sein kann. Das Ziel einer solchen Strategie ist auch unumstritten: bei den nächsten Wahlen Daniel Ortega und die FSLN besiegen. Diese Strategie wurde versucht umzusetzen. Das führte am 25. Februar 2020 zur Gründung einer neuen politischen Organisation, der *Coalición Nacional*, der Nationalen Koalition. Sieben Organisationen schlossen sich zusammen: die beiden Organisationen *Alianza Cívica* und *Unidad Nacional Azul y Blanco (UNAB)*, die aus den Protesten 2018 hervor gegangen sind, die Bauernbewegung *Movimiento Campesino* und vier politische Parteien⁽²¹⁾. Aber es stellte sich schnell heraus, dass der Name der Organisation – Nationale Koalition – nicht mehr als die Bezeichnung eines Zieles war, von dem die Beteiligten sehr unterschiedliche Vorstellungen hatten. Am 25. Juni unterzeichneten die Mitglieder dann zwar eine gemeinsame Satzung. Aber schon dies war ein Kraftakt, der gerade noch gelang, und fast schon übertönt wurde von den immer lauterem Streitereien. Schon zu diesem Zeitpunkt war die Begeisterung der nicaraguanischen Wähler*innen sehr verhalten. Die Zeitung *Confidencial* veröffentlichte am 19. Juni Umfragewerte des Institutes CID-Gallup.⁽²²⁾ Die Antworten auf die Frage, wen die Befragten im Augenblick wählen würden, war für die Nationale Koalition bestimmt ernüchternd: FSLN 23%, UNAB 10%, *Alianza Cívica* 5%, PLC 3% und CxL 2%, „keine der Parteien“ 41%. 13% der Befragten antworteten nicht.

Heute zu Beginn des Jahres 2021 existiert die Nationale Koalition zwar noch, ist aber völlig zerstritten und im Begriff zu zerfallen. Auch bei der *Alianza Cívica* bröckelt es gefährlich. Die größte Gemeinsamkeit der Protagonist*innen ist, dass sich sehr viele Personen für geeignete

Präsidentenskandidat*innen halten und dass die Parteien, die eine Rechtspersönlichkeit haben, sich sehr gut vorstellen können, dass im November die Nationale Koalition unter ihrem Namen antritt. Die traditionellen politischen Parteien – PLC, CxL, PRD und FDN – machen einfach so weiter wie bisher, pflegen ihre Partikularinteressen und wechselseitigen Feindschaften und im übrigen ist Daniel Ortega an allem Schuld. Die neuen politischen Organisationen haben nicht genügend Kraft, um einen fundamentalen Politikwechsel zu erzwingen. Wobei anzumerken ist, dass viele der tonangebenden Personen in der *Alianza Cívica* und der UNAB auch aus dem traditionellen politischen Spektrum stammen. Bisher ist auch nirgends zu erkennen, wofür dieses geplante Wahlbündnis politisch eigentlich steht, außer natürlich für freie, transparente Wahlen.

Wahlen 2021

Inzwischen steht der 7. November 2021 als Termin für die nächste Präsidentschaftswahl und die Wahl zur Nationalversammlung fest. Im Augenblick dreht sich die Diskussion dazu hauptsächlich um die Frage, unter welchen Bedingungen diese Wahlen stattfinden werden. Mit dem Thema der anstehenden Wahlen in Nicaragua hat sich auch die Generalversammlung der OAS im Oktober 2020 beschäftigt. Das Ergebnis ist eine Resolution, die sehr klare Forderungen stellt.⁽²³⁾ Die nicaraguanische Regierung wird unter anderem aufgefordert, bei den Wahlen eine unabhängige, internationale Wahlbeobachtung zu garantieren. Außerdem werden konkrete Zusagen für eine Wahlreform, vor allem durch eine Umstrukturierung des Obersten Wahlrats, angemahnt. Dazu ist ganz konkret Mai 2021 als spätester Termin festgelegt. Bisher ist aber nicht abzusehen, welche Konsequenzen diese Forderungen haben werden. Eine gewisse Hoffnung besteht aber, dass der politische Wille der Nicaraguaner*innen bei den Wahlen im November zweifelsfreier zum Ausdruck kommt als in den vergangenen Jahren.

Wir sind gespannt und hoffen mit den Nicaraguaner*innen.

- (1) Nicaragua realizará caminata "Amor en tiempos del Covid-19", 13. März 2020 <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:101226-nicaragua-realizara-caminata-amor-en-tiempos-del-covid-19>
- (2) Observatorio Ciudadano COVID-19 <https://observatorioni.org/>, Wochenbericht 24. bis 30.12.2020 <https://observatorioni.org/wp-content/uploads/2021/01/24-al-30-diciembre-OCC-10-Semanal.pdf>

- (3) Johns Hopkins University (eigene Berechnungen für verschiedene Zeitpunkte) nach <https://gisanddata.maps.arcgis.com/apps/opsdashboard/index.html#/bda7594740fd40299423467b48e9ecf6>
Diese Werte stimmen gut überein mit den Werten, die im Infobrief Nov. 2020 des Nicaragua Vereins Hamburg (S. 4) veröffentlicht wurden https://www.nicaragua-verein.de/wp-content/uploads/2020/11/Infobrief_2020_final_web.pdf
- (4) <https://www.infobae.com/america/america-latina/2020/05/01/daniel-ortega-en-contra-de-la-cuarentena-por-coronavirus-en-nicaragua-el-que-date-en-casa-destruye-al-pais/>
- (5) <https://confidencial.com.ni/nacion/doctora-luz-indiana-talavera-confirma-despido-por-pensar-diferente/>
- (6) LEY N°. 1040, Ley de Regulación de Agentes Extranjeros Lunes 19 de Octubre de 2020
<http://digesto.asamblea.gob.ni/consultas/utl/pdf.php?type=rdd&rdd=7QJKEw6xPqI%3D>
- (7) Ley N°. 1042, Ley Especial de Cibercrimitos, La Gaceta, Managua, Viernes 30 de Octubre de 2020
<http://digesto.asamblea.gob.ni/consultas/utl/pdf.php?type=rdd&rdd=SN1tt24fk8U%3D>
- (8) Ley N°. 1055, Ley de Defensa de los Derechos del Pueblo a la Independencia, la Soberanía y Autodeterminación para la Paz
<http://digesto.asamblea.gob.ni/consultas/utl/pdf.php?type=rdd&rdd=94OTnl0sPuw%3D>
- (9) <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:107337-companera-rosario-murillo-en-multinoticias-14-09-20>
- (10) <https://www.despacho505.com/canal-12-confirma-embargo-de-sus-instalaciones-y-bienes-personales-de-su-propietario/>
- (11) <https://www.laprensa.com.ni/2020/02/06/politica/2637068-direccion-de-aduanas-autoriza-entrega-de-insumos-retenidos-a-la-prensa-por-mas-de-500-dias>
- (12) Mecanismo para el reconocimiento de personas presas políticas <https://presasypresospolicosnicaragua.org/>
- (13) <https://www.dw.com/es/gobierno-de-nicaragua-excarcela-a-91-opositores/a-51840958>
- (14) CALPI | Centro de Asistencia Legal a Pueblos Indígenas, Graves Violaciones a los Derechos Humanos de los Pueblos Indígenas Miskitu y Mayangna en la Región Autónoma de la Costa Caribe Norte (RACCN) de Nicaragua, <https://www.calpi-nicaragua.com/wp-content/uploads/2020/09/Graves-Violaciones-a-los-DDHH-de-los-PIA-de-Nicaragua-130920.pdf>
- (15) Capturan a integrante de la banda "Chabelo" autor de los delitos en perjuicio en la Comunidad Alal, <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:99994-capturan-a-integrante-de-la-banda-chabelo-autor-de-los-delitos-en-perjuicio-en-la-comunidad-alal>

- (16) <https://www.facebook.com/calpinicaragua/posts/4166665220018116/>
- (17) <https://nestoravendano.wordpress.com/>
- (18) Centro de Trámites de las Exportaciones (CETREX) Estadísticas <https://www.cetrex.gob.ni/website/servicios/estadisticas.jsp>
- (19) <https://www.imf.org/en/News/Articles/2020/11/20/pr20349-nicaragua-imf-executive-board-approves-us-185-3m-emergency-support-to-address-covid19>
- (20) <https://www.iadb.org/es/noticias/bid-banco-mundial-y-bcie-amplian-su-apoyo-centroamerica-tras-el-segundo-huracan> Eine Gemeinschaftsaktion von BID, Weltbank und Zentralamerikanischer Bank für Wirtschaftsintegration (BCIE)
- (21) Partido Restauración Democrática (PRD) – evangelikale Partei, Fuerza Democrática Nicaragüense (FDN) – eine Partei, die aus der ehemaligen Contra hervorgegangen ist, Yatama – indigene Partei von der Atlantikküste, und Partido Liberal Constitucionalista (PLC) – liberale Partei, von Arnoldo Aleman beherrscht.
- (22) <https://confidencial.com.ni/politica/cid-gallup-fsln-en-caida-pero-ganaria-si-la-oposicion-no-se-une/>
- (23) Resolución restablecimiento de las instituciones democráticas y el respeto de los derechos humanos en Nicaragua mediante elecciones libres y justas, 22 de octubre de 2020
http://scm.oas.org/doc_public/SPANISH/HIST_20/AG08237S03.docx

Aktivitäten zu Nicaragua

1. März: Beitrag für Amerika21: Opposition in Nicaragua schließt sich zu Nationaler Koalition zusammen

Die Proteste im Jahre 2018 gegen die Regierung in Nicaragua wurden von Menschen und Organisationen mit ganz unterschiedlichen Interessen und Ansätzen getragen. Anfang des Jahres 2020 erfolgte mit der Gründung der *Coalición Nacional* (Nationale Koalition) der erste Versuch, ein breites Oppositionsbündnis auf die Beine zu stellen. In unserem Beitrag gaben wir einen Überblick über die wichtigsten Gruppen in diesem Zusammenschluss.

<https://amerika21.de/2020/03/237790/nicaragua-opposition-nationale-koalition>

26. Mai: Onlineveranstaltung: CORONA-Pandemie in Nicaragua und die Bedeutung präventiver Gesundheit, mit Enrique Picado, Movimiento Comunal Nicaragüense

<https://www.oeku-buero.de/details/onlineveranstaltung-corona-pandemie-in-nicaragua-und-die-bedeutung-praeventiver-gesundheit.html>

Auf der Veranstaltung berichtete Enrique Picado über die aktuelle Lage in Nicaragua aufgrund der Corona-Pandemie und die daraus resultierenden Herausforderungen. Neben Informationen über das auf Prävention ausgelegte nicaraguanische Gesundheitssystem lag der Schwerpunkt der Veranstaltung auf den Aktivitäten des *Movimiento Comunal Nicaragüense*. Diese zielen darauf ab, die Bevölkerung bestmöglich zu informieren und ein Ausbreiten des Virus in den Gemeinden zu verhindern.



Im Anschluss der Veranstaltung veröffentlichten wir ein Interview mit dem Referenten auf unserer Website, in dem die wichtigsten Gedanken der Veranstaltung zusammengefasst sind.

https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas/articles/CORONA-Pandemie-Nicaragua-Bedeutung_prventiver_Gesundheit.html

22. Oktober: Online- und Präsenzveranstaltung: Klimawandel in Nicaragua - Anpassung und Gegenstrategien, Cynthia Rodriguez und Nardely Hernandez, Movimiento Comunal Nicaragüense

<https://www.oeku-buero.de/details/online-und-praesenzenveranstaltung-klimawandel-in-nicaragua-anpassung-und-gegenstrategien.html>

Am 22. Oktober sprachen wir mit Nardely Hernández und Cynthia Rodríguez vom *Movimiento Comunal Nicaragüense* (MCN) über die Auswirkungen des Klimawandels in Nicaragua sowie über deren Aktivitäten zur Anpassung an den Klimawandel. Im Kampf gegen die Auswirkungen des Klimawandels setzt das MCN zum einen auf die Organisation und die Sensibilisierung der Bevölkerung. Mittelfristig geht es dem MCN jedoch darum, weg von einem ständigen Reagieren auf Katastrophen hin zu einer Kultur der Prävention zu gelangen. Diese hat zum Ziel, die Auswirkungen möglicher extremer Wetterphänomene durch Maßnahmen im Vorfeld zu verringern und den Menschen auch unter den Bedingungen des Klimawandels ein Leben und Überleben in Würde zu ermöglichen.



Eine Zusammenfassung der Inhalte der Veranstaltung findet sich auf unserer Website.

<https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas/articles/klimawandel-nicaragua-anpassung-und-gegenstrategien.html>

Thesen des Öku-Büros zur Nicaraguadebatte

Als Ökumenisches Büro blicken wir auf eine lange Geschichte der Solidarität mit Nicaragua zurück. Insofern haben auch wir den Konflikt, der 2018 seinen gewalttätigen Höhepunkt hatte, intensiv verfolgt. Nach und nach sind wir zu der Überzeugung gekommen, dass die Situation

dort so komplex ist, dass wir weder einseitige Schuldzuweisungen noch das Unterstützen der einen oder der anderen Seite in diesem Konflikt für zielführend halten. Diese Position wurde von außen zum Teil missinterpretiert.

Aus diesem Grund haben wir uns nach intensiven Diskussionen entschieden, unsere Gedanken in Form von Thesen der Öffentlichkeit zur präsentieren. Wir hoffen, dass es uns damit gelingt, die Debatte um Nicaragua zu bereichern.

Nachzulesen sind die Thesen auf unserer Website unter:

<https://www.oeku-buero.de/artikel-zu-nicaragua/articles/thesen-des-öku-bueros-zur-nicaraguadebatte.html>

27. November: Artikel auf unserer Website: Nicaraguanische Justiz setzt Straffreiheit fort

Am Donnerstag, 19. November 2020, wurde der Regierungsanhänger und Gemeindeangestellte der Stadt Estelí, Abner Pineda, nach einem mehr als umstrittenen Richterspruch aus dem Gefängnis entlassen. Pineda war beschuldigt worden, im Juli dieses Jahres den Regierungsgegner Jorge Rugama Rizo nach einem Streit erschossen zu haben und nach der Tat an der Brandstiftung am Haus von dessen Familie beteiligt gewesen zu sein.

Wir berichteten über den Fall und die Problematik der Straffreiheit in Nicaragua auf unserer Webseite.

<https://www.oeku-buero.de/nachricht-502/titel-nicaraguanische-justiz-setzt-straftfreiheit-fort.html>

Perspectivas Diversas und Klimasolidarität

Im Rahmes des Projektes Perspectivas Diversas (PDIV) geben wir Aktiven und (entwicklungs-)politisch Interessierten die Möglichkeit, sich mit Referent*innen aus unseren Schwerpunktländern auszutauschen. Es geht um Themen wie Klimakrise und Klimasolidarität, Extraktivismus, Menschenrechte, Diversität und imperiale Lebensweise. Mit den Aktivitäten im Rahmen dieses Projektes möchten wir dazu anregen, verschiedene Perspektiven kennenzulernen und über unterschiedliche Vorstellungen über ein „Gutes Leben“ für alle und die möglichen Wege dorthin zu diskutieren.

Veranstaltungsreihe in und um München



Teil von PDIV ist eine Veranstaltungsreihe in und um München. Eine ausführlichere Beschreibung der Inhalte finden Sie in den jeweiligen Länderkapiteln dieses Jahresberichtes bzw. auf unserer Website unter:

www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas.html

- 26.5 Onlineveranstaltung: CORONA-Pandemie in Nicaragua und die Bedeutung präventiver Gesundheit mit Enrique Picado
- 26. 6 Widerstand in COVID19-Zeiten: Online-Gespräch und Musik mit der honduranischen Musikerin und Aktivistin Karla Lara
- 7.10. Stahl für den Globalen Norden – Knast für den Globalen Süden? Mit Juana Esquivel und Juana Zúñiga
- 22. 10 Online- und Präsenzveranstaltung: Klimawandel in Nicaragua - Anpassung und Gegenstrategien mit Nardely Hernández und Cynthia Rodriguez
- 7. 12. Bürgerschaftliches Engagement über Grenzen hinaus. Mit Diana Sepúlveda, Anderson Sandoval Lina Saenz und Constanza Ruiz Paetau
- 10.12. Onlineveranstaltung: Militarisierung in El Salvador und deren Auswirkungen auf die Arbeit von Basisorganisationen mit Rosa Lilian López
- 17.12. MigrAcciones: Gespräch über Migration aus Zentralamerika nach Mexiko mit Rubén Díaz Figueroa und Irazú Gómez Vargas

Klimasolidarität.de



Im Jahr 2020 setzten wir die Arbeit der Plattform klimasolidaritaet.de fort. Wir haben einen Text über Großstaudämme, neun Videos über Solidaritätsideen gegen den Klimawandel und eine spanische Version zahlreicher Texte auf die Website gestellt. Wir wurden eingeladen, das Konzept bei verschiedenen Veranstaltungen vorzustellen.

P-Seminar: Klimagerechtigkeit und Migration

Im Rahmen des P-Seminars in Kooperation mit dem Michaeli-Gymnasium thematisierten wir die Klimakrise und deren Zusammenhang mit den Konflikten in Ländern wie Kolumbien und Mexiko sowie der daraus resultierenden Migration. Als Ergebnis dieses Seminars organisierten die 15 Teilnehmer*innen eine Ausstellung, drehten vier Videos und produzierten eine Radiosendung. Thematisch konzentrierten sich die Schüler*innen auf die Probleme der Kohleförderung in Kolumbien, den Einsatz von Luftkanonen gegen Hagel (in Zusammenhang mit dem deutschen Automobilbau in Mexiko) und auf die Migration von Zentralamerika in die USA und Europa.

November/Dezember, virtuelle Rundreise: Rohstoffausbeutung und Konflikt in Kolumbien nach dem Friedensabkommen



Im Rahmen einer virtuellen Referent*innenrundreise verknüpften wir das Konzept der Klimasolidarität mit dem Konflikt und dem Friedensprozess in Kolumbien. Die Reihe umfasste sechs Abendveranstaltungen und ein vertiefendes Seminar. Thematisch ging um die Folgen legaler und illegaler Monokulturen sowie um den Abbau von Kohle,

Nickel und Gold. Eine ausführliche Beschreibung findet sich im Länderkapitel Kolumbien dieses Jahresberichts.

07. November bis 27. November, virtuelle Rundreise: Toxi-Tour, Wirtschaft die Vergiftet. Einflüsse transnationaler Unternehmen und des Freihandels auf Menschen und Umwelt in Mexiko

Die Toxi Tour Mexiko in Deutschland behandelte das Thema von Einflüssen transnationaler Unternehmen und des Freihandels auf Menschen und Umwelt in Mexiko. Die virtuelle Veranstaltungsreihe wurde in Zusammenarbeit zwischen dem Ökübüro und der deutschen Menschenrechtskoordination für Mexiko, Misereor, Zapapres, Mexico Vía Berlin, Partner Südamerikas, Menschenrechte Mexiko-Köln und Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen organisiert und durchgeführt. Eine ausführliche Beschreibung dieser Reihe steht im Länderkapitel Mexiko dieses Jahresberichts.



*Die oben beschriebenen Aktivitäten wurden gefördert durch
Engagement Global mit Mitteln des*



Weitere Aktivitäten zum Thema Klimasolidarität

10./11. Januar: Vamos! Zukunftswege gestalten – Perspektiven aus Lateinamerika

Im Januar stellten wir das Konzept der Klimasolidarität bei einer Versammlung von Students For Future sowie bei dem Kongress Vamos! Zukunftswege gestalten – Perspektiven aus Lateinamerika vor. Der Kongress wurde von MISEREOR, ZILAS und Casa Latinoamerica e.V. organisiert.

5. Februar, #Stop Adani - Diskussion und Protest zur Siemens-Aktionärsversammlung

Dank der andauernden Proteste von Fridays for Future kam die Kampagne gegen die größte Kohlemine Australiens zu Beginn des 2020 auch hierzulande an. Siemens CEO Kaeser musste für die Entscheidung, an einem Liefervertrag mit dem Unternehmen Adani festzuhalten, viel Kritik einstecken, ließ sich jedoch nicht umstimmen. Adani konnte weiter fest mit dem Kohleabbau rechnen, samt aller schädlichen Folgen für die lokale Umwelt und das globale Klima. Wir beteiligten uns an der Organisation einer großen Podiumsveranstaltung und einer sehr gut besuchten Pressekonferenz mit drei Gästen aus Australien zu diesem Thema. Gemeinsam mit Aktivist*innen u.a. von Campact demonstrierten wir vor der Münchner Olympiahalle und gestalteten mit XR eine Radiosendung. Dabei sprachen wir mit einer Vertreterin der von der Kohlemine betroffenen First Nations aus Australien. Die Gegenanträge des Dachverbandes kritischer Aktionär*innen zur Siemens-Hauptversammlung befassten sich auch mit dem Engagement des Münchner Konzerns in Kolumbien. Die im doppelten Wortsinn ungehaltene Rede⁽¹⁾ unseres Kolumbienreferenten finden Sie auf unserer Website.

28. März, Zentralamerikatag: Klimawandel in und Klimasolidarität mit Zentralamerika

Am 28.3. beteiligten wir uns an der Organisation und Durchführung des Zentralamerikatages von MissionEineWelt in Nürnberg. In einem Beitrag zu Klimasolidarität stellte unser Büro die Aktivitäten unserer Partnerorganisationen zur Anpassung an sowie deren Kampf gegen den Klimawandel vor.

4. September: Redebeitrag auf der Mahnwache Klimagerechtigkeit in Freising

Die Weltladen-Gruppe in Freising lud uns ein, eine Rede⁽²⁾ auf der Mahnwache Klimagerechtigkeit zu halten. Wir folgten der Einladung und beleuchteten das Thema Klimawandel aus der Perspektive Mittelamerikas und erläuterten das Konzept Klimasolidarität.

(1) <https://www.kritischeaktionaeere.de/siemens/auch-in-kolumbien-unterstuetzen-sie-die-kohleindustrie-rede-von-alejandro-pacheco/>

(2) <https://www.oeku-buero.de/details-28/unser-redebeitrag-auf-der-mahnwache-klimagerechtigkeit-in-freising-am-freitag-den-4-9.html>

Öffentlichkeitsarbeit

Unsere Radio-Produktion 2020

Radio war auch 2020 eine gute Ressource, um über unsere Arbeit zu berichten, Informationen über die Menschenrechtssituation in den Ländern, zu denen wir arbeiten, mitzuteilen und vor allem, um die Stimmen von Aktivist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und lokalen Basisorganisationen in El Salvador, Honduras, Nicaragua, Mexiko und Kolumbien hier hörbar zumachen.

„En la Linea“ – Unsere Sendung bei Radio Lora München

Jeden ersten Montag im Monat gestalten wir von 17 bis 18 Uhr eine Radiosendung beim freien Münchner Radio Lora 92,4. Während wir normalerweise meist live aus dem Studio senden, haben wir 2020 nahezu alle Sendungen vorproduziert. Erstmals gestalteten wir mit anderen gemeinsam auch ein größeres Feature.

Wir berichteten über politische Gefangene in Honduras in Zeiten von Corona, über den Bergbaukonflikt in Honduras, der zur Kriminalisierung von Umweltaktivist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen führt, und über die Entführung und das Verschwindenlassen mehrerer Garífuna-Aktivist*innen im Juli 2020. Darüber sprachen wir mit Miriam Miranda, die die afro-indigene Basisorganisation OFRANEH leitet.

Wir reflektierten zudem über die angespannte politische Lage in Nicaragua und über die Situation von Menschenrechtsverteidiger*innen in Kolumbien und die dortige Eskalation des internen gewaltsamen Konflikts und sprachen mit Gabriel Marrugo aus Chocó, Kolumbien, darüber.

Darüber hinaus berichteten wir über den Fall von Lucía Baltazar, die wie auch andere indigene Frauen und Menschenrechtsaktivist*innen in Mexiko ohne gerichtlichen Prozess inhaftiert ist. Außerdem thematisierten wir das Verschwindenlassen in Mexiko und sprachen mit María Isabel Cruz Bernal, Mitglied der Bewegung für unsere Verschwundenen (*Movimiento por Nuestros Desaparecidos*) in Mexiko, über diese Problematik.

Radio-Workshops mit Schüler*innen

Zu unserer Radioarbeit 2020 gehörte auch ein Programm für „en la linea“ mit einer Gruppe von Schüler*innen des Michaeli-Gymnasiums in München im Rahmen unseres gemeinsamen P-Seminar-Projekts. Wir konzipierten Workshops zur Radioproduktion für die Schüler*innen, um das Thema Migration und Menschenrechte zu behandeln. Die Schüle-

rinnen interviewten zwei Migrant*innen aus Honduras und Kolumbien, Gaba Sahory Reyes und Danny Carvajal, die von ihren Lebensgeschichten und Migrationserfahrungen erzählten. Anhand dieser Arbeit konnten die Schüler*innen mehr über die Realität der Gefährdung und Diskriminierung erfahren, denen LGBTIQ*-Menschen in Honduras ausgesetzt sind, sowie die Bedrohung und Lebensgefahr für Menschenrechtsverteidiger*innen in beiden Ländern erkennen.



Gaba Sahory Reyes während des Interviews

Klangreise „Maíz“

Ein zweisprachiges Special, das im Jahr 2020 von uns koproduziert wurde, war „Maíz“, das dem Thema Ernährungssouveränität in Mesoamerika gewidmet war. Es wurde als Klangreise zur Entdeckung von Mais als mythischer Pflanze und Identität der indigenen und ländlichen Gemeinschaften in Lateinamerika konzipiert. In „Maíz“ wurde zunächst kurz die Geschichte des Mais und dann seine Gegenwart in verschiedenen Anbauländern analysiert, um mögliche Wege zu Nachhaltigkeit und Ernährungssouveränität zu diskutieren. Das Radioprogramm entstand in Zusammenarbeit mit treemedia e.V., dem Kollektiv Tonalli und der Informationsstelle Lateinamerika (ila).

Homepage

Auf unserer Homepage www.oeku-buero.de geben wir einen aktuellen Einblick in unsere Arbeit. Wir publizieren ausgewählte Nachrichten aus unseren Schwerpunktländern sowie Urgent Actions, Hintergrundberichte und Spendenaktionen. Die Besucher*innen der Seite finden Informationen zu unseren Veranstaltungen und können unsere Publikationen herunterladen.

YouTube-Kanäle „Oeku Buero“ und „Klimasolidarität Jetzt!“

Auf unserem YouTube Kanal „Oeku Buero“ veröffentlichen wir immer wieder Clips von Aktionen, Veranstaltungen und Interviews mit unseren Referent*innen. 2020 konnten wir unsere digitalen Rundreisen zu Mexiko und Kolumbien über Youtube und Facebook live streamen und

damit ein breiteres Publikum erreichen als sonst. Wir verzeichneten 257 Aufrufe, 10 Stunden Wiedergabezeit und sechs neue Abonnent*innen

Die Rundreise zum Thema Rohstoffabbau in Kolumbien hatte einen großen Anteil an diesem Erfolg.

Die Reichweite betrug 3.709 davon 3,8 Prozent Klicks.

Seit 2019 haben wir unser Angebot durch den zweiten YouTube-Kanal „Klimasolidarität Jetzt!“ erweitert. Er verzeichnete 2020 983 Aufrufe, 130 Stunden Wiedergabezeit und 27 neue Abonnent*innen. Seine Reichweite lag bei 3.493 mit einer Klickrate von 5,5 Prozent.

Facebook

Unsere Facebookseite Oeku-Buero ergänzt das Informationsangebot unserer Website. Auch dort veröffentlichen wir Informationen zu unseren Schwerpunktländern, kündigen unsere Veranstaltungen an und kommunizieren mit unseren Publika. Unsere Posts zu den beiden Rundreisen hatten eine Reichweite von über 30.000 Personen. Der beste unbezahlte Post erreichte 6.600 Personen. Andere gut rezipierte Posts erreichten zwischen 1.000 und 3.000 Personen. Im Durchschnitt interagierten 120 Personen bei diesen Posts. Die Zahl unserer Abonnenten stieg übers Jahr um 164 auf 613, die Zahl der Likes von 370 auf 580.

Mailverteiler

Während unserer Veranstaltungen oder über unsere Homepage können sich Interessierte in verschiedene, thematisch gegliederte E-Mail-Verteiler eintragen. Sie bekommen dann von uns E-Mails mit Informationen sowie Einladungen, unsere Menschenrechts-Eilaktionen zu unterstützen. Darüber hinaus machen wir auf kommende Veranstaltungen in München und deutschlandweit aufmerksam.

Medienpräsenz

Wir vermittelten Medien und freiberuflichen Kolleg*innen Hintergrundinformation beziehungsweise Interviews und Kontakte mit unseren Gästen und in unseren Partnerländern. Zum Teil werden wir auch selbst als Gesprächspartner*innen angefragt. Wir veröffentlichen Beiträge bei amerika21 und in Zeitschriften oder geben Interviews.

Pressemitteilungen & Eilaktionen

Bei wichtigen Ereignissen in unseren Schwerpunktländern oder im Falle von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen übersetzen wir Eilaktionen unserer Partnerorganisationen oder schreiben gemeinsame

offene Briefe und Pressemitteilungen, um Entscheidungsträger*innen und Öffentlichkeit zu informieren und zum Handeln aufzufordern. Näheres dazu siehe unsere jeweiligen Länderaktivitäten.

Dossier: „Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen in Zentralamerika“



Menschenrechtsverteidiger*innen werden weltweit bedroht und verfolgt, stigmatisiert und diffamiert, zu Unrecht angezeigt, verhaftet, verletzt oder gar ermordet. Einige verschwinden spurlos. Auch in Zentralamerika zeigt sich dieses Phänomen immer häufiger. Während der Großteil dieser Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger*innen straflos bleibt, nimmt der Einsatz des Strafrechts und der Gesetzgebung mit dem Ziel, die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger*innen zu verhindern, stark zu. Was Kriminalisierung von anderen Übergriffen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen unterscheidet, ist der gezielte Einsatz des Gesetzes ge-

gen sie. Dadurch erlangen Repressalien einen Anschein von Legitimität: Menschenrechtsverteidiger*innen bekommen die Allmacht des Staates und großer Unternehmen zu spüren. Das Unrecht, das ihnen widerfährt, wird von den Autoritäten als rechtmäßige Handlung dargestellt. Teilweise werden dafür neue, sogar verfassungswidrige Gesetze eingeführt. Gemeinsam mit anderen Mitgliedern des Runden Tisches Zentralamerika erstellten wir 2020 eine umfangreiche Publikation um die Details und Hintergründe von Kriminalisierung in unseren Arbeitsgebieten näher zu beleuchten und mit den Betroffenen und Organisationen nach Auswegen zu suchen:

In einer einführenden Analyse werden Definition und Zielsetzung von Kriminalisierung erläutert, typische Straftaten und verantwortliche Akteur*innen benannt und die Auswirkungen für die Betroffenen und ihr Umfeld dargelegt. Im Anschluss gibt es einen kurzen Überblick über die Situation in den Ländern Guatemala, El Salvador, Honduras und Nicaragua.

Das 60-seitige Dossier soll dieses Unrecht sichtbar machen und dazu beitragen, die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen zu beenden. Dafür werden Handlungsempfehlungen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene gegeben.

Herzstück dieser Publikation sind neun ausführliche Fallbeschreibungen. Sie stehen exemplarisch für unterschiedliche Gruppen von Betroffenen, vielfältige Facetten von Kriminalisierung und Hunderte, wenn nicht Tausende kriminalisierter Menschenrechtsverteidiger*innen in der Region.

Veranstaltungsreihe „Perspectivas Diversas“

2020 hatten wir erneut die Möglichkeit, den Münchner*innen basisbewegte und solidarische lateinamerikanische Perspektiven näherzubringen. Mit internationalen Referent*innen erreichten wir online diverse Publika, darunter auch Schüler*innen, Studierende und Menschen verschiedenster Sprachen und Herkünfte. Näheres zu dieser Reihe findet sich im Extra-Kapitel des Jahresberichtes und in der 2020 neu eingerichteten Rubrik: <https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas.html>

Kooperation und Vernetzung

In München, Deutschland und Europa existieren eine Vielzahl von Organisationen, die sich mit dem Thema Nord-Süd befassen. Durch Kooperation und Vernetzung gewinnt unsere Arbeit an Qualität und Wirksamkeit. Hier einige Beispiele:

BUKO

Die BUnedesKOordination Internationalismus ist ein bundesweites Netzwerk, dem über 120 Eine-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Weltläden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im globalen Süden. Gedankenaustausch, Vernetzung und Verständigung über internationalistische linke Politik und Aktion stehen hier im Vordergrund. Das Ökumenische Büro ist Mitglied der BUKO und unterstützt deren Fortbestehen und Weiterentwicklung.

Honduras-Delegation, Europäisches Netzwerk der Honduras-Solidarität (RESH) Red EU Lat und Internationales Forum für Menschenrechte Honduras

Die überregionale Arbeitsgruppe Honduras-Delegation ist aus der Honduras-Delegationsreise 2010 hervorgegangen, die das Ökumenische Büro organisierte. Seither sind wir integraler Bestandteil dieses Arbeitszusammenhangs. Die meisten unserer Aktionen zu Honduras finden in Zusammenarbeit oder enger Abstimmung mit diesem Netzwerk und insbesondere der Berliner Gruppe Menschenrechtskette Honduras - *Cadena de Derechos Humanos Honduras* (CADEHO) statt. Wir sind Mitglied im 2018 gegründeten Europäische Netzwerk der Honduras Solidarität.

Das Ökumenische Büro vertritt die Honduras-Delegation zudem als eine von 38 Gruppen und NGOs im Brüsseler Advocacy-Bündnis Red EU-LAT und im Internationalen Forum für Menschenrechte in Honduras (*Foro Internacional de DDHH Honduras*) zu dem sich zahlreiche Organisationen aus Honduras und anderen Ländern 2020 zusammengeschlossen haben.

Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko

Wie seit vielen Jahren engagierten wir uns auch im Jahr 2020 in der Arbeit der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko (DMRKM). Unsere wichtigsten Aktivitäten zu Mexiko (siehe Mexiko Länderbericht) entstanden in enger Kooperationen mit der DMRKM. Vor allem die virtuelle Rundreise ToxiTour México 2020 planten und organisierten wir in bewährter Gemeinsamkeit. In sechs Veranstaltungen vom 05.11.20 bis zum 27.11.2020 – bemühten wir uns internationale Aufmerksamkeit für die dramatische Lage in den betroffenen Regionen zu erzeugen, für die auch deutsche Firmen mitverantwortlich sind.

Deutsche Menschenrechtskoordination Kolumbien

Im Rahmen unserer Arbeit zu Kolumbien sind wir Teil der Deutschen Menschenrechtskoordination Kolumbien.

Runder Tisch Zentralamerika

2013 entstand der Vorschlag, eine Koordination im deutschsprachigen Raum zu schaffen, um auf Themen besser reagieren zu können, die über die Ländergrenzen Zentralamerikas hinweg relevant sind. Über 20 Organisationen und Initiativen sowie einige Einzelpersonen sind seither Teil dieser Vernetzung. Wir arbeiten eng mit der Koordination zusam-

men, nehmen regelmäßig an Ländergesprächen im Auswärtigen Amt teil und beteiligen uns an der Programmgestaltung und Durchführung der bisher aller zwei Jahre stattfindenden Tagung des Runden Tisches und an weiteren gemeinsamen Initiativen.

Mission Eine Welt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB)

Mit der protestantischen Landeskirche verbindet uns eine langjährige gute Zusammenarbeit. Wie bereits in früheren Jahren beteiligten wir uns 2020 an der Vorbereitung und Durchführung des Zentralamerika-Tags der ELKB in Nürnberg.

Netzwerk München e.V.

Das Ökumenische Büro ist schon seit der Gründung des Netzwerks München e.V. Mitglied. Das Netzwerk München e.V. setzt sich in München für selbstverwaltete Strukturen ein und vergibt Gelder für Projekte, Veranstaltungen und selbstverwaltete Betriebe. Die Gelder werden entweder als Zuschüsse oder als zinslose Darlehen vergeben. Zwischen den Mitgliederversammlungen entscheidet der Beirat kollektiv über die Förderung von beantragten Projekten.

Nord Süd Forum München e.V.

Das Nord Süd Forum e.V. ist ein Zusammenschluss von über 50 Münchner Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die im entwicklungspolitischen Bereich aktiv sind, darunter das Ökumenische Büro. Ziel ist es, in den Industriestaaten des „Nordens“ durch Bildungs-, Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit, die Anliegen der Menschen des „Globalen Südens“ zu thematisieren.

Portal amerika21.de

Das Lateinamerika-Nachrichtenportal mit Sitz in Berlin hat sich als aktuellstes und umfangreichstes deutschsprachiges Medium mit Nachrichten zu Lateinamerika etabliert. Für a21 verfassen wir Beiträge beziehungsweise arbeiten den Autor*innen mit aktuellen Informationen aus erster Hand zu.

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre

Seit mehreren Jahren arbeiten wir mit dem Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V. zusammen, besonders zur Jah-

reshauptversammlung der Siemens AG in München. Da die Tätigkeiten deutscher Konzerne in unseren Schwerpunktländern und deren Auswirkungen auf die Menschenrechte zunehmend in den Fokus unserer Arbeit rücken, beschlossen wir 2015, dem Verband beizutreten. Mit insgesamt 25 weiteren Mitgliedsorganisationen beobachtet der Dachverband die Aktivitäten von börsennotierten Unternehmen wie Adidas, Bayer, Daimler, Deutsche Bank, RWE, Siemens, ThyssenKrupp und anderen. Die kritischen Aktionär*innen beteiligen sich an Hauptversammlungen und melden sich mit eigenen Kampagnen zu Umweltschutz, Arbeits- und Menschenrechten, Transparenz und einem Stopp der Rüstungsproduktion zu Wort.



Mikrofon mit Schutzmaske wegen Covid 19. So haben wir unsere Radioprogramme *En la Linea* 2020 produziert

Spenden und Förderung

2020 war ein außergewöhnliches Jahr, das außergewöhnliches Handeln erforderte. Mehr als sonst erreichten uns vielfache Anfragen und Notrufe von befreundeten und Partnerorganisationen. Wir bedanken uns bei allen Spender*innen, die es möglich gemacht haben, dass wir in den multiplen Notlagen größere und kleinere Geldbeträge vor allem nach Zentralamerika schicken konnten. Insgesamt kamen über 35.440 Euro zusammen. Wir sehen sie als Zeichen der Solidarität mit Bewegungen, mit denen wir am gemeinsamen Ziel eines langfristigen strukturellen Wandels arbeiten.



Wieder Kraft und Hoffnung schöpfen: Das Frauennetzwerk RNDDH aus Honduras organisierte Soforthilfe für von den Hurrikans Eta und Iota Betroffene und unterstützte Frauen dabei, Wut und Trauer zu verarbeiten.

Traumabewältigung nach den Tropenstürmen

In der Extremsituation nach den Verwüstungen durch die Tropenstürme Eta und Iota im November (siehe Länderbericht Honduras) waren wir gefragt, die Weiterarbeit befreundeter Organisationen in Honduras zu unterstützen: Eine kleinere Soforthilfe ging an die Garifuna-Organisation OFRANEH, eine große Summe später an das feministische Landesweite Netzwerk von Menschenrechtsverteidigerinnen in Honduras (*Red Nacional de Defensoras de Derechos Humanos en Honduras*, RNDDH). Neben der materiellen Soforthilfe und der medizinischen Versorgung spielten Selbstfürsorge und kollektive Fürsorge eine grundlegende Rolle für die Arbeit der RNDDH. Sie schreiben in ihrem Bericht: „Unsere Reisen (in die Gemeinden, Anm.d.Red.) haben uns gezeigt, dass es notwendig ist, Heilungsprozesse anzustoßen und sich nach all den Traumata durch COVID-19 und die Krise durch die Hurrikans an die Kraft zu erinnern, die Organisationen und Frauenverbände haben.“

Hilfe nach Überschwemmung in der Region Bajo Lempa / El Salvador



José Guevara (ACUDESBAL) vor überfluteten Feldern in der Region Bajo Lempa, El Salvador.

Die Spendenaktion vor Weihnachten half ACUDESBAL (Vereinigte Gemeinden am unteren Lempa) bei der Beseitigung von Flutschäden, die durch den Tropensturm ETA verursacht wurden.

Unterstützung in der COVID-Pandemie

Ziel der Spendenaktion für die LGBTIQ*-Organisation *Asociación LGTB Arcoíris de Honduras* war es, die Arbeitsfähigkeit der Organisation zu Beginn der COVID-Krise zu unterstützen. Während der strikten Ausgangssperre hungerten vor allem die Mitglieder der Trans*Frauen-Gruppe *Muñecas de Arcoíris*. Diese mussten mit dem Lebensnotwendigen versorgt werden (siehe Bericht zu unserer Arbeit zu Honduras). Auch in El Salvador hungerten die Menschen wegen der dort verhängten Restriktionen. Unsere Partnerorganisationen ACUDESBAL versorgte, so gut es ging bedürftige Familien mit Lebensmitteln. Spenden gingen auch an das *Movimiento Comunal Nicaragüense* in Nicaragua zum Kauf von Desinfektionsmitteln und Schutzausrüstung für die Gesundheits-promotor*innen.

Ausbildung für kommunitäre Radios

Unsere Freund*innen von COMPPA (*comunicadoras y comunicadores por la autonomía*) mit Sitz in Chiapas begleiten seit 15 Jahren mit Ausbildung und Technik das autonome Schaffen freier Radios in Zentralamerika. Für die Durchführung der Aktivitäten von COMPPA und des Mit-



Ausbildung von Korrespondent*innen kommunitärer Radios.

telamerikanischen Netzwerks der kommunitären, indigenen, garifuna und feministischen Radios realisierte COMPPA mit Unterstützung des Öku-Büros in Jahr 2020 eine Spendenkampagne. Die Spenden ermöglichen die Weiterarbeit am zweiten Radio-Handbuch (erscheint 2021) und eine vierwöchige Arbeitsreise des COMPPA-Teams nach Honduras.

Karla Lara und José Antonio Velásquez: „Ein Beat, der dich begleitet“

Im Juni 2020 bereiteten die Singersongwriterin Karla Lara und der Pianist José Antonio Velásquez ein Online-Konzert unter dem Titel *Un Compás que acompaña*. Wir warben Spenden bei den hiesigen Fans der beiden ein und durften gemeinsam mit COPINH, MADJ, CDM aus Honduras, APN aus Norwegen und *La Voz de los de Abajo* aus den USA dazu beitragen, dass dieses politisch-poetische Kammerkonzert Wirklichkeit wurde. Heute ist es – auch – eine schmerzlich-schöne Möglichkeit, José Antonio, der im Oktober 2020 verstarb, noch einmal gemeinsam mit Karla zu erleben (siehe auch: Kapitel Aktivitäten zu Honduras in diesem Jahresbericht).



Un Compás que Acompaña - Karla Lara
<https://youtu.be/OdojctieThc>



Proteste gegen die Zerstörung des Parks von Cuisnahuat.

Kampf gegen die Zerstörung des Parks von Cuisnahuat - El Salvador

In Cuisnahuat im Departamento Sonsonate wehren sich die Bewohner*innen gegen die Zerstörung ihres historischen Parks. Auf Anfrage unserer Partnerorganisation RACDES (Netz der Kommunitären Umweltschützer*innen El Salvadors) leisteten wir einen kleinen finanziellen Beitrag zur Unterstützung der Protestierenden (siehe auch Aktivitäten Länderbericht El Salvador).

Umweltbildung für Kinder und Jugendliche in Nicaragua

Regelmäßige Spenden für das *Movimiento Comunal Nicaragüense* ermöglichen wieder einmal die Durchführung von Projekten mit Kindern und Jugendlichen im Landkreis San Ramón im Departement Matagalpa. Derzeit liegt dabei der Schwerpunkt auf Umweltbildung sowie Umwelt- und Klimaschutz.

Liquidambar - Mexiko

Das Kollektiv *Liquidambar* ist eine Partnerorganisation von Menschenrechteverteidiger*innen aus Mexiko. Diese hat zur Unterstützung der Künstlerin Lucía Baltazar, Angehörige der indigenen Nahuja-Gemeinde in Guerrero und anderen, sich in Gefangenschaft befindenden indigenen Frauen aufgerufen. Ende des Jahres starteten wir einen Spendenaufruf und einem Appell zur Solidarität, um die schwierige Situation von Lucía Baltazar und ihren vier Mitgefangenen etwas zu erleichtern.

Bildcredits

| | |
|-------------------|--|
| S.7 | IPUPresident |
| S. 9 | ARPAS |
| S.10 | CRIPDES |
| S.13 | CRISTOSAL |
| S.14, S. 124 | RACDES |
| S. 20 | Privat via Facebook |
| S. 21 | Rel-Uita Luis Méndez, Cesario Padilla |
| S. 23 | Gobierno de Honduras |
| S. 27, 32, 33, 36 | OFRANEH |
| S. 39 | Peg Hunter (CC BY-NC 2.0) |
| S. 40 | Leonel George |
| S. 41 | Comité Municipal en Defensa de los Bienes Comunes y Públicos Tocoa |
| S. 44 | Consejo Nacional Anticorrupción CNA Honduras |
| S. 46 | Giorgio Trucchi |
| S. 47, 48 | Red Lésbica Cattrachas |
| S. 56, 58 | desinformemonos.org |
| S. 57 | Rubén Díaz Figueroa (Movimineto Migrante Mesoamericano) |
| S. 63 | Colectivo Liquidambar/ Lucía Baltazar |
| S 65 | Martín Álvarez Mullaly, OPSUR |
| S. 78 | Camilo Conde, Fundación Colibríes |
| S. 79 | Observatorio INDEPAZ |
| S. 80 | Lena Meier |
| S. 81 | Stefanie Moreno |
| S 84 | Rieke Roth |
| S. 85 | Anibal Pacheco C. |
| S. 86 | @inalper / Digital RCN radio |
| S. 93 | Manuel de la Rosa & Tatiana Guprad |
| S. 95, 100 | el19digital |
| S. 98 | Asamblea Nacional Nicaragua, twitter |
| S. 116 | FDCL-Verlag Berlin (CC BY-NC-SA 4.0) |
| S. 121 | RNDDH |
| S. 122 | ACUDESBAL |
| S. 123 | COMPPA |

Alle anderen: Öku-Büro

Ökumenisches Büro



**Lateinamerika • El Salvador
Honduras • Kolumbien • Mexiko • Nicaragua
Internationalismus • emanzipativ • kritisch
Menschenrechte • Kultur • solidarisch • Bildung**

www.oeku-buero.de

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die uns unterstützt haben, für ihren Beitrag zu einem gelungenen Jahr 2020 und freuen uns über Rückmeldungen zu diesem Bericht.

Wir sind offen für tatkräftige Unterstützung.
Das Team des Ökumenischen Büros

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.

Pariser Straße 13
81667 München
Tel. ++49-89-448 59 45
Fax ++49-89-48 76 73
e-Mail: info@oeku-buero.de

Spendenkonto:
Konto-Nr. 5617 62 58
Stadtsparkasse München
BLZ: 701 500 00
IBAN: DE65 7015 0000 0056 1762 58
SWIFT: SSKMDEMM